



61. Sitzung

Mittwoch, 29. Mai 2013

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel und Vizepräsidentin Kersten Artus

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin

Gedenkworte zum Tode des ehemaligen Präsidenten der Bürgerschaft und Ersten Bürgermeisters Peter Schulz 4653

Abwicklung und Änderung der **Tagesordnung** 4653

Aktuelle Stunde 4653

FDP-Fraktion:

Vernachlässigte Stadtteilschulen: Rabe befeuert Schulstrukturdiskussion

Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP 4653, 4660, 4663

Lars Holster SPD 4654, 4662
Karin Prien CDU 4655, 4663
Dr. Stefanie von Berg GRÜNE 4656, 4662, 4664

Dora Heyenn DIE LINKE 4657
Ties Rabe, Senator 4658
Dr. Walter Scheuerl CDU 4660, 4663

Fraktion DIE LINKE:

Kein Dach, kein Essen, kein Gespräch. Senat verschließt Ohren, Augen und Herz für die Not der Flüchtlinge aus Libyen

Christiane Schneider DIE LINKE 4664, 4671
Ksenija Bekeris SPD 4665
Kai Voet van Vormizeele CDU 4666
Antje Möller GRÜNE 4667, 4672
Martina Kaesbach FDP 4668
Detlef Scheele, Senator 4669

SPD-Fraktion:

Speicherstadt und Kontorhausviertel bereit für Nominierung zum UNESCO Weltkulturerbe – Bewerbung in Hamburg gemeinsam vorantreiben!

(nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

CDU-Fraktion:

Rot-grüne Steuerpläne – Gift für Mittelstand und Arbeitsplätze

(nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

GRÜNE Fraktion:

Viele Fragen nach Brand auf Atomfrachter am 1. Mai – Um-

gang mit Gefahrgut muss auf den Prüfstand		Tim Golke DIE LINKE	4690
(nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)		Beschlüsse	4691
Antrag der FDP-Fraktion:		Große Anfrage der CDU-Fraktion:	
Kein Wertpapierankauf durch den hsh finanzfonds!		Hamburg – Metropole der Chancen	
– Drs 20/7996 –	4672	Wie international ist Hamburg?	
Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	4672, 4679	– Drs 20/7408 –	4691
Andrea Rugbarth SPD	4674	Karin Prien CDU	4691
Thilo Kleibauer CDU	4675	Philipp-Sebastian Kühn SPD	4692
Anja Hajduk GRÜNE	4676, 4680	Dr. Anjes Tjarks GRÜNE	4694
Norbert Hackbusch DIE LINKE	4677	Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	4695
Dr. Peter Tschentscher, Senator	4678	Kersten Artus DIE LINKE	4696
Beschlüsse	4681	Kenntnisnahme	4697
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		Senatsmitteilung:	
Wasser ist ein Menschenrecht! Wasser und sanitäre Grundversorgung für alle Hamburger und Hamburgerinnen sicherstellen		Bericht zur Mitte der 20. Legislaturperiode über die Arbeit des Hamburger Integrationsbeirats	
– Drs 20/7995 (Neufassung) –	4681	– Drs 20/7963 –	4697
Cansu Özdemir DIE LINKE	4681, 4687	Ali Simsek SPD	4697
Doris Müller SPD	4682	Nikolaus Haufler CDU	4698
Birgit Stöver CDU	4683	Phylliss Demirel GRÜNE	4699
Katharina Fegebank GRÜNE	4684	Martina Kaesbach FDP	4700
Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	4686	Cansu Özdemir DIE LINKE	4701
		Kazim Abaci SPD	4702
Beschlüsse	4687	Beschluss	4703
Antrag der SPD-Fraktion:		Senatsmitteilung:	
Erweiterten Mieterschutz erhalten – verlängerte Kündigungs-schutzfrist erhalten!		Stellungnahme des Senats zum Ersuchen der Bürgerschaft vom 18. April 2012 "Inklusion in Arbeit" – Drucksache 20/3664 –	
– Drs 20/7974 –	4687	– Drs 20/7962 –	4703
dazu			
Antrag der FDP-Fraktion:		Regina-Elisabeth Jäck SPD	4703
Verlängerte Kündigungs-schutzfristen zielgerichtet ein-setzen – Bedarf auf Stadtteil-ebene prüfen		Dr. Friederike Föcking CDU	4704
– Drs 20/8157 –	4687	Katharina Fegebank GRÜNE	4706
Dirk Kienscherf SPD	4688	Martina Kaesbach FDP	4707
Hans-Detlef Roock CDU	4689	Cansu Özdemir DIE LINKE	4708
Olaf Duge GRÜNE	4689		
Dr. Kurt Duwe FDP	4690	Beschluss	4709
		Antrag der CDU-Fraktion:	

Starke Stadtteilschulen: Zehn-Punkte-Programm für eine starke Umsetzung		Große Anfrage der CDU-Fraktion:	
– Drs 20/8004 –	4709	Lernt jede Hamburger Schülerin und jeder Hamburger Schüler Hamburgs wichtigste Kulturinstitutionen kennen?	
Robert Heinemann CDU	4709, 4714	– Drs 20/7409 –	4724
Lars Holster SPD	4711	Beschluss	4724
Dr. Stefanie von Berg GRÜNE	4711		
Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP	4712	Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
Dora Heyenn DIE LINKE	4713	Volkspetition "Hamburg atmet auf!"	
Beschlüsse	4715	– Drs 20/7948 –	4724
Antrag der GRÜNEN Fraktion:		Beschlüsse	4724
Kommunales Wahlrecht für Bürgerinnen und Bürger aus Nicht-EU-Ländern		Bericht des Wissenschaftsausschusses über die Drucksache 20/7296:	
– Drs 20/8017 –	4715	Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Härte- und einer Wartezeitquote bei der Zulassung zu Masterstudiengängen (Senatsantrag)	
dazu		– Drs 20/7961 –	4724
Antrag der FDP-Fraktion:		dazu	
Kommunales Wahlrecht für Bürgerinnen und Bürger aus Nicht-EU-Ländern		Antrag der CDU-Fraktion:	
– Drs 20/8158 –	4715	Kein bürokratischer und rechtlich zweifelhafter Schnellschuss bei der Zulassung zu Masterstudiengängen!	
Phyliss Demirel GRÜNE	4715, 4719	– Drs 20/8150 –	4724
Sabine Steppat SPD	4717	Beschlüsse	4724
Kai Voet van Vormizeele CDU	4718	Bericht des Innenausschusses über die Drucksachen 20/7423 und 20/7571:	
Martina Kaesbach FDP	4720	Verlängerung des Glasflaschenverbotsgesetzes (Antrag der SPD-Fraktion) und Verlängerung des Glasflaschenverbotes (Antrag der GRÜNEN Fraktion)	
Tim Golke DIE LINKE	4721	– Drs 20/7992 –	4725
Farid Müller GRÜNE	4722	Beschlüsse	4725
Dr. Kurt Duwe FDP	4723	Antrag der CDU-Fraktion:	
Beschluss	4723		
Bericht des Eingabenausschusses:			
Eingaben			
– Drs 20/7922 –	4723		
Bericht des Eingabenausschusses:			
Eingaben			
– Drs 20/7923 –	4723		
Beschlüsse	4723		
Sammelübersicht	4723		
Beschlüsse	4723		

Klassenwiederholungen und bessere Lernförderung als päd- agogische Instrumente		Übergang von Klasse 4 nach Klasse 5 sichern	
– Drs 20/7999 –	4725	– Drs 20/8151 –	4727
Beschlüsse	4725	Beschlüsse	4727
Antrag der CDU-Fraktion:			
Probleme mit wild lebenden Katzen ernst nehmen			
– Drs 20/8002 –	4725		
Beschlüsse	4725		
Antrag der CDU-Fraktion:			
Hoher Nachfrage an der Schule Strenge in Wellingsbüttel Rechnung tragen			
– Drs 20/8003 –	4726		
dazu			
Antrag der Fraktion DIE LINKE:			
Transparenz bei den Aufnah- meverfahren bei Schulanmel- dungen schaffen			
– Drs 20/8188 (Neufassung) –	4726		
Dennis Thering CDU	4726		
Lars Holster SPD	4726		
Beschlüsse	4727		
Antrag der GRÜNEN Fraktion:			
Arbeitsbedingungen für Sexar- beiterinnen und Sexarbeiter nachhaltig verbessern!			
– Drs 20/8016 –	4727		
Beschlüsse	4727		
Antrag der GRÜNEN Fraktion:			
Rechtssicherheit für Schülerin- nen und Schüler der Hambur- ger Langformschulen schaffen!			
– Drs 20/8018 –	4727		
dazu			
Antrag der CDU-Fraktion:			

Beginn: 15.01 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Ich darf Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Wir trauern um Dr. Peter Schulz, der am 17. Mai im Alter von 83 Jahren verstorben ist. Mit ihm verlieren wir einen großen Politiker, der sich der hanseatischen Tradition verpflichtet fühlte, standfest, unaufgeregt und voller Pflichtgefühl zum Wohle unserer Heimatstadt zu dienen. Wir trauern um einen klugen, warmherzigen Mann. Ob als Präses der Justizbehörde, als Erster Bürgermeister und schließlich als Präsident der Bürgerschaft, jedes seiner Ämter führte er mit Klugheit, Sachverstand und dem Ziel vor Augen, Schritt für Schritt etwas Bleibendes für unsere Gemeinschaft zu schaffen. Geprägt von seinen Erfahrungen in der NS-Zeit und der jungen DDR hat er sich sein Leben lang für Freiheit und Demokratie eingesetzt. Umso intensiver warb Peter Schulz als Bürgerschaftspräsident für das Vertrauen der Menschen in den Parlamentarismus und appellierte an seine Kolleginnen und Kollegen, ihr eigenes Handeln immer an diesem Maßstab zu messen. Vieles in seiner Laufbahn als Politiker war deshalb von Erfolg gekrönt, weil er in seinem Wirken eine Glaubwürdigkeit und Verbindlichkeit ausstrahlte, die ihm über die Fraktionsgrenzen hinweg viel Anerkennung brachte. Er hat sich um unsere Freie und Hansestadt verdient gemacht und ihre Geschicke bis zu seinem Tod aktiv und intensiv begleitet.

Wir werden Peter Schulz stets ein ehrendes Andenken bewahren. Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie und seinen Angehörigen.

Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren! Wir steigen nun gleich in die heutige Tagesordnung ein und werden mit der Aktuellen Stunde beginnen.

Vorher teile ich Ihnen noch mit, dass die Fraktionen, abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats, übereingekommen sind, drei weitere Tagesordnungspunkte zu vertagen. Das sind die Große Anfrage aus Drucksache 20/7395 und die Anträge der Fraktionen DIE LINKE und der CDU aus den Drucksachen 20/7994 und 20/8001, die Tagesordnungspunkte 3b, 27 und 33.

Wir kommen zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind fünf Themen angemeldet worden, und zwar von der FDP-Fraktion

Vernachlässigte Stadtteilschulen: Rabe befeuert Schulstrukturdiskussion

von der Fraktion DIE LINKE

Kein Dach, kein Essen, kein Gespräch. Senat verschließt Ohren, Augen und Herz für die Not der Flüchtlinge aus Libyen

von der SPD-Fraktion

Speicherstadt und Kontorhausviertel bereit für Nominierung zum UNESCO Weltkulturerbe – Bewerbung in Hamburg gemeinsam vorantreiben!

von der CDU-Fraktion

Rot-grüne Steuerpläne – Gift für Mittelstand und Arbeitsplätze

und von der GRÜNEN Fraktion

Viele Fragen nach Brand auf Atomfrachter am 1. Mai – Umgang mit Gefahrgut muss auf den Prüfstand

Ich rufe zunächst das erste Thema auf. Frau von Treuenfels, Sie haben das Wort.

Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Vorab möchte ich Ihnen im Namen der FDP-Fraktion – und ich darf wohl sagen, im Namen des ganzen Hauses – für Ihre eindrucksvolle Würdigung des verstorbenen Präsidenten des Senats und der Bürgerschaft, Dr. Peter Schulz, danken. Ich denke, dass es im Sinne dieses großen Hamburgers ist, wenn wir hier über das Allgemeinwohl Hamburgs und deswegen insbesondere auch über die Schulpolitik intensiv diskutieren werden. Damit fange ich jetzt an.

Meine Damen und Herren! Hamburg steuert wieder einmal auf eine Schulstrukturdebatte zu. Das haben wir eigentlich gar nicht nötig, denn G8 am Gymnasium und G9 an den Stadtteilschulen existieren ja schon nebeneinander. Dass es nun wieder eine neue Strukturdebatte gibt, hat nicht nur eigentlich, sondern sogar ganz bestimmt mit Ihrer Schulpolitik zu tun, Herr Rabe. Die zweite Säule im Hamburger Schulsystem wackelt. G9 an Stadtteilschulen stellt für viele Eltern derzeit keine Alternative dar, wenn es um die Anmeldung an einer Schule mit dem Abschlussziel Abitur geht. Nur 9 Prozent der Kinder mit Gymnasialempfehlung, also sozusagen mit der Zielperspektive Abitur im Rucksack, werden an den Stadtteilschulen angemeldet. Also nicht einmal ein Zehntel der Eltern wollen, dass ihr Kind an der Stadtteilschule Abitur macht. Das belegt: Die Stadtteilschulen sind für Schüler mit dem Ziel Abitur schlichtweg nicht attraktiv genug. Deshalb fordern Eltern, das G9 an Gymnasien wieder einzuführen. Wer die Eltern in dieser Situation nicht ernst nimmt, führt die Stadt geradewegs in eine neue Strukturdebatte.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels)

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Streitgespräche in großen Tageszeitungen reichen nicht aus, um das zu verhindern, Herr Senator. Der Unmut der Eltern ist ein Arbeitsauftrag, den Kern des Problems endlich anzugehen. Dessen Ursache liegt allerdings, das muss auch einmal benannt werden, in der Untätigkeit von Schwarz-Grün. Diese Schulreform wurde im Wege der Primarschulreform schlichtweg im Stich gelassen, um nicht zu sagen völlig ignoriert.

(Beifall bei der FDP)

Diese Vernachlässigung setzt sich unter Ihnen jetzt schon seit Jahren fort, Herr Senator. Statt die Etablierung der Stadtteilschule endlich zur Chefsache zu machen, bleiben Sie so gut wie untätig und appellieren stattdessen an uns Oppositionsparteien, die Stadtteilschule ja nicht schlechtzureden. Wir reden die Lage nicht schlecht, an vielen Stadtteilschulen ist die Lage de facto schlecht, und das liegt an Ihrer Untätigkeit.

(Beifall bei der FDP – *Gerhard Lein SPD*: Jetzt kommen Ihre Vorschläge!)

– Die kommen im Schulausschuss.

Nur ein Beispiel. Während der Haushaltsberatungen im Dezember 2012 hat die Bürgerschaft ein Konzept zur Stärkung der Stadtteilschulen eingefordert. Bis heute liegt nichts Konkretes vor. Dabei sind es gerade die neugegründeten Stadtteilschulen, die sich schwertun. Sie können nicht auf bestehende Gesamtschulstrukturen aufbauen und brauchen deshalb dringend mehr Unterstützung. Anstelle eines Konzepts aus der Schulbehörde mehrten sich nun die Brandbriefe an die Schulbehörde – wunderbar. Die Reaktion von Senator Rabe: prüfen, überlegen, abwiegeln, also de facto eher nichts.

Meine Damen und Herren! Wenn sich die Stadtteilschule nicht als starke zweite Säule des Hamburger Schulsystems etabliert, hätte die Wiedereinführung des G9 an Gymnasien vor allem einen Effekt. Es wäre der langfristige Einstieg in die Einheitschule, diesmal nur von oben. Die Gymnasien würden dann zu einer überlaufenen Schulform, während den Stadtteilschulen die Schüler wegblieben.

Ohne Zweifel muss auch das G8 an Gymnasien verbessert werden, das wissen wir alle. Ob die Entschlackung der Bildungspläne das Mittel der Wahl ist oder ob es nicht auf die Umsetzung an den einzelnen Schulen ankommt, darüber sollten wir im Schulausschuss sehr ausführlich diskutieren. Das Problem allerdings lösen wir nur dann, wenn wir uns endlich auf dessen Kern konzentrieren. Noch einmal: Wir müssen G9 an den Stadtteilschulen so stärken, dass die zweite Säule im Hamburger Schulsystem auf festem Boden steht und nicht mehr wackelt. Um das zu erreichen, müssen

Sie, Herr Rabe, endlich aufhören, einerseits in Sachen Ganztags, Inklusion und Sprachförderung immer höhere Ansprüche an die Schulen zu stellen, sie andererseits aber immer weniger in die Lage zu versetzen, diese Anforderungen erfüllen zu können.

Herr Senator Rabe, Ihre grundsätzliche Haltung des Aussitzens dieser wachsenden Probleme akzeptieren wir nicht.

(Beifall bei der FDP)

Sie müssen in jeder der fast 60 Stadtteilschulen einzeln prüfen, wie diese gestärkt werden können. Nur wenn Ihnen das gelingt, werden Sie eine unnötige neue Strukturreform verhindern können. Die Schulen brauchen, das wissen wir alle in dieser Stadt, nach den Reformen der vergangenen Jahre nichts mehr als Ruhe und Kontinuität, um alle Herausforderungen meistern zu können. Deswegen appellieren wir an Sie: Stärken Sie die Stadtteilschulen als echte zweite Säule im Hamburger Schulsystem, damit die Schulen in Ruhe arbeiten können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP – *Gerhard Lein SPD*: Und wo waren die Vorschläge?)

Präsidentin Carola Veit: Nun erhält das Wort Herr Holster.

Lars Holster SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe eine große Bitte an alle Schulpolitiker in diesem Haus: Wir müssen endlich aufhören, die Stadtteilschule schlechtzureden und von jedem Thema ausgehend eine Schulstrukturdebatte herbeizureden.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion steht zu dem Zwei-Säulen-Modell. Das haben wir den Hamburgerinnen und Hamburgern zugesagt, und darauf kann sich jeder in dieser Stadt verlassen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zunächst auf die Stadtteilschulen eingehen. Was wurde da in der Vergangenheit nicht alles gefordert und beantragt. Fast jede Woche konnte man von einer neuen wissenschaftlichen Studie oder einer Veranstaltung lesen, und alle hatten das gleiche Ergebnis: Egal, ob die Grundschule nun vier oder sechs Jahre dauert oder sogar eine Einheitsschule besucht wird, egal, ob wir das Sitzenbleiben wieder einführen oder nicht,

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*: Machen wir!)

und egal, ob wir eine innere Differenzierung im Unterricht herbeiführen oder auch nicht, das Wichtigste ist die fachliche Kompetenz der Pädagogen. Wir brauchen nur unsere Schüler zu fragen. Jeder

(Lars Holster)

Schüler antwortet auf die Frage "Wie bewertest du den Unterricht an deiner Schule?" mit dem Satz: "Das kommt auf den Lehrer an." Und genau hier müssen wir ansetzen. Neben der fachlichen Ausbildung brauchen wir noch mehr Praxisanteile im Studium und geeignete Instrumente, um Studienanfängerinnen und Studienanfänger gezielt in ihrer Studienwahl zu stärken oder ihnen gegebenenfalls auch ausdrücklich abzuraten. Dadurch stärken wir nicht nur die Stadtteilschulen, sondern alle Schulformen in unserer Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Aber was machen wir Schulpolitiker? Jede Woche wirft die eine Fraktion der anderen – oder vorzugsweise dem Schulsenator – vor, er oder sie würden die Stadtteilschule schwächen. Ich glaube, dass hier keiner die Stadtteilschule schwächen will, denn eines müssen wir bedenken. Das Gymnasium hatte über 300 Jahre, die Stadtteilschule bislang drei Jahre Zeit, sich zu etablieren, und trotz dieser kurzen Zeit hat sie Erfolge vorzuweisen. Ich glaube, dass wir der Stadtteilschule einen großen Gefallen täten, wenn wir diese mehr würdigen und unsere Arbeit als Schulpolitiker etwas unaufgerechter machen würden.

Dieses Unaufgeregte ist das nächste gute Stichwort, denn, liebe Frau von Treuenfels, ob ein Volksbegehren für eine Wiedereinführung des G9 an Gymnasien zum Erfolg führt, entscheidet sich nicht in der Bürgerschaft, sondern das entscheiden alle Hamburger Wählerinnen und Wähler. Wir als SPD-Fraktion stehen ganz eindeutig für die demokratische Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger, aber wir sagen auch ganz klar: Bitte bedenkt bei eurer Entscheidung die Folgen und Konsequenzen. Wir würden den Gymnasien diese Strukturdebatte gerne ersparen. Wir haben starke Stadtteilschulen, die als echte Alternative das Abitur nach neun Jahren ermöglichen. Wir brauchen engagierte Lehrerinnen und Lehrer, die sich nicht erneut um Rahmenpläne, Struktur- und Schulbaufragen kümmern sollten, sondern um ihren Unterricht. Das muss jetzt im Fokus stehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Frau Prien das Wort.

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will nicht verhehlen, liebe Frau von Treuenfels, dass mich Ihre Debattenanmeldung ein wenig verstört hat, um es einmal vorsichtig auszudrücken. Ich habe nämlich, anders als Sie, nicht den Eindruck, dass wir in unserer Stadt im Moment eine Schulstrukturdebatte führen würden, und das ist auch gut so. Gott sei Dank haben Hamburgs Schülerinnen und Schüler, Lehrer und Schulleitungen überhaupt kein Interesse an einer solchen Debatte.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Mehr noch: Die Menschen sind es müde, ständig über neue Reformen zu sprechen. An den Schulen sind Konsolidierung und Ruhe zum Arbeiten gefragt.

Wenn Ihre Debattenanmeldung so verstanden werden soll, dass durch die schlechte Umsetzung der Stadtteilschule – darauf komme ich gleich noch – sozusagen von hinten aufgezügelt indirekt auch eine neue Strukturdebatte über das Gymnasium angezettelt werden soll, dann kann man das vielleicht so sehen. In Wirklichkeit sind aber diejenigen, die über G8 und G9 diskutieren, wohl eher am Gymnasium und dem Schicksal ihrer eigenen Kinder interessiert. Das ist verständlich und richtig, aber dabei geht es, glaube ich, weniger um unsere gesamte Schulstruktur und die Stadtteilschule.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD – *Gerhard Lein* SPD: Genauso ist es!)

Was allerdings wirklich nottut, ist eine Debatte, und zwar eine konstruktive Debatte über die Schulqualität insbesondere auch an der Stadtteilschule. Wir haben Gott sei Dank noch die Situation, dass die Anmeldezahlen an der Stadtteilschule stabil sind. Insofern haben wir noch nicht wirklich einen Zustand erreicht, der die Stadtteilschule in die Nähe des Scheiterns bringen würde, es gibt aber Handlungsbedarf; dazu haben wir heute noch eine weitere Debatte. Wir haben ein Zehn-Punkte-Programm vorgelegt, und es wäre eine super Idee gewesen, dazu vielleicht einen Zusatzantrag zu formulieren und eigene Vorschläge auf den Tisch des Hauses zu bringen, über die wir dann konstruktiv hätten diskutieren können. Nun rückt die Debatte ein bisschen in die Abendstunden, das ist eigentlich schade. Aber jetzt genug auf der FDP rumgehackt.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Die SPD will offensichtlich unseren Antrag nicht an den Schulausschuss überweisen. Das ist, lieber Herr Holster, wirklich ein schwaches Bild. Damit erweisen Sie den Hamburger Schülerinnen und Schülern einen Bären dienst.

(Beifall bei der CDU)

Zur Sache, um der Debatte heute Abend nicht zu sehr vorzugreifen. Wir alle erinnern uns: Die Einführung des Zwei-Säulen-Systems mit der Stadtteilschule war eine absolut notwendige Reaktion auf die Tatsache, dass Haupt- und Realschulen immer mehr zu Restschulen verkamen und es auch eine negative Sozialauswahl an diesen Schulen gab, die einfach nicht mehr akzeptabel war. Wir wollten die Stadtteilschule alle gemeinsam in dieser Stadt. Und zu diesem Bekenntnis – Herr Holster, da bin ich völlig bei Ihnen – müssen wir stehen. Wir können nicht nach zwei oder drei

(Karin Prien)

Jahren sagen, dass alles Mist ist, was wir hier machen.

(Beifall bei der CDU)

Es war aber eben auch ein Ergebnis der Enquete-Kommission, dass die Überfrachtung der Stadtteilschule mit der Inklusion diese neue Schulform wahrscheinlich überfordern würde, und genau das erleben wir gerade. An manchen Stadtteilschulen führt die Einführung der Inklusion nach dem Konzept, das der Senat sich überlegt hat, dazu, dass eine Überforderung entsteht und der Kollaps droht. Bei diesem System müssen Sie nachsteuern, Herr Rabe, das wird so keinen Erfolg haben. Sie gefährden Inklusion und Stadtteilschulen gleichermaßen.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt andere Probleme, ich will nur zwei nennen. So geht es zum Beispiel auch um die Frage, ob dieses System der Schulaufsicht, das eingeführt wurde und ausschließlich regional organisiert ist, wirklich geeignet ist, um bei einer Neueinführung eines gesamten Schulsystems zu guten Ergebnissen zu kommen. Darüber müssen wir, ehrlich gesagt, neu nachdenken. Wir brauchen eine stärkere Konzentration der Schulaufsicht auf die einzelnen Schulformen, damit hier wirklich mehr Unterstützung und Beratung stattfinden kann.

(Beifall bei der CDU)

Zudem ist die Sache mit dem individualisierten Lernen und der Kompetenzorientierung aus meiner Sicht ein bisschen zu sehr überzogen worden: individualisiertes Lernen ja, natürlich als Grundhaltung gegenüber jedem einzelnen Schüler. Aber da, wo es um die Frage der richtigen Abwägung zwischen Fachwissen einerseits und Techniken andererseits geht, ist das Pendel zu sehr ausgeschlagen, da muss gegengesteuert werden. Auch hier bitten wir Sie, Herr Senator, die Schulen stärker zu unterstützen, was die Entwicklung von Curricula angeht.

Schließlich will ich das Thema äußere Differenzierung ansprechen. Die Attraktivität der Stadtteilschule auch für leistungsstarke Schüler muss – Frau von Treuenfels, da haben Sie recht – natürlich gestärkt werden, und dazu gehört mehr äußere Differenzierung. Da nützen auch keine ideologischen Scheuklappen, das müssen wir in Angriff nehmen. Wir müssen auch an eine bessere Berufsorientierung heran, aber darüber sprechen wir heute Abend zu späterer Stunde noch einmal gemeinsam in der Sache. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat Frau Dr. von Berg.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch wenn CDU und SPD verneinen, dass es eine Schulstrukturdebatte

in dieser Stadt gibt, so können wir die Ohren nicht davor verschließen. Wir haben leider eine neue Schulstrukturdebatte in dieser Stadt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Debatte kommt nicht von ungefähr, denn wir hätten nicht eine Elterninitiative wie diese Initiative pro G9, wenn wir starke Stadtteilschulen hätten. Immer wieder haben wir darauf hingewiesen, dass Stadtteilschulen ernsthaft zu stärken sind. Immer wieder haben Schulleitungen eingefordert, ihre Schulen ernsthaft zu unterstützen. Alle diese Warnungen hat Senator Rabe in den Wind geschlagen. Die Stadtteilschulen sind im Regen stehen gelassen worden, und die Pressemitteilungen, die dazu geschrieben wurden, sind nichts weiter als reine Lippenbekenntnisse. Die Versuche, die zur Stärkung der Stadtteilschulen unternommen wurden, offenbaren, dass der Senator bei der Steuerung überhaupt keinen Kompass hat. Wir fordern dringend ein, dass der Stadtteilschule wieder eine Richtung gegeben wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Carl-Edgar Jarchow* FDP)

Sie haben einen historischen Fehler gemacht, Herr Senator Rabe, Sie haben nämlich das Grundsatzreferat abgeschafft; ich habe es Ihnen schon ein paar Mal gesagt. Das wäre ein Thinktank gewesen, um der Stadtteilschule tatsächlich einen Kompass zu geben.

(*Dirk Kienscherf* SPD: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Die eilige Einrichtung der Arbeitsgruppe ist nichts anderes als ein Reparaturbetrieb. Und so haben wir in den vergangenen zweieinhalb Jahren erlebt, dass die Politik des Senators in Bezug auf die Stadtteilschulen ohne Richtung, ohne Ziel und ohne Kompass war.

Die Liste der Versäumnisse ist lang: die völlige Untersteuerung und Unterversorgung der Inklusion, die Streichung von 92 Stellen für die Berufsorientierung, eine Verunsicherung von Eltern, Lehrkräften und Schülerinnen bei der immer wieder neu sortierten Berufsorientierung und bei den Bildungsplänen, die Abschaffung des besonderen Anmeldeverfahrens, die Abschaffung des zweiten Lernentwicklungsgesprächs. Immer wieder hat man in den Eindruck: Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln.

Wir fordern den Senator nachdrücklich auf, die Alarmsignale ernst zu nehmen und eine echte Unterstützung der Stadtteilschule vorzunehmen. Und wenn hier gesagt wird, wir würden die Stadtteilschule schlechtreden, dann möchte ich Ihnen noch einmal die Realität vor Augen führen, wie sie sich in der Neubewertung der Sozialindizes offenbart. Ich habe mir das gestern noch einmal in Ruhe angeschaut. Es ist eine erdrutschartige Veränderung

(Dr. Stefanie von Berg)

zwischen den Stadtteilschulen und den Gymnasien festzustellen. Drei Viertel der Gymnasien sind mittlerweile in den höchsten KESS-Indizes 5 und 6 angesiedelt, während fast die Hälfte der Stadtteilschulen in den niedrigsten KESS-Indizes 1 und 2 angesiedelt ist. Hier offenbart sich die soziale Spaltung dieser Stadt in den beiden Schulformen, und das ist die Auswirkung der Schulpolitik der letzten zweieinhalb Jahre.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP – *Juliane Timmermann SPD*: Ach, das ist doch ein Witz, Frau von Berg!)

Wir fordern, dass Sie endlich Ihre Hartleibigkeit und Ihre Beratungsresistenz aufgeben. Wir fordern, dass Stadtteilschulen ernsthaft gestärkt werden. Wir als Oppositionsfraktionen haben immer wieder Vorschläge dazu gemacht und auch, das Portemonnaie aufzumachen. Wir fordern im Zuge der Schulstrukturdebatte, die in dieser Stadt ausgebrochen ist, G8 endlich zu verbessern.

Wir wollen auf jeden Fall Schulstrukturreformen vermeiden; dazu stehen wir als GRÜNE. Vielleicht wäre eine Idee, einmal zu überlegen, ob man ein paar Ausnahmen zulassen könnte, vielleicht fünf Schulen, um auszuprobieren, welche Auswirkung G9 auf die Schulstruktur hätte, welche Auswirkung es auf die Kosten und die ganze Umstrukturierung hätte. Senator Rabe, Sie werden mit Sicherheit gleich in die Bütt gehen. Ich habe gehört, dass Sie in Ihrer Behörde schon G9 vorbereiten und würde gerne von Ihnen wissen, ob das stimmt. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Frau Heyenn hat jetzt das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als ich den Titel des Themas, das die FDP-Fraktion für die Aktuelle Stunde angemeldet hat, gelesen habe, habe ich gegrübelt, was sie damit wohl schon wieder meinen. Nachdem ich Sie gehört habe, Frau von Treuenfels, muss ich Ihnen sagen, dass Ihr Einsatz für die Stadtteilschule absolut scheinheilig ist. Wovon Sie Angst haben – das haben Sie deutlich gesagt –, ist ein Gymnasium für alle, ein Abitur für alle. Sie reden von vernachlässigten Stadtteilschulen. Ich habe nicht den Eindruck, dass die Stadtteilschulen vernachlässigt werden, ich glaube, sie werden über Gebühr belastet und ständig überfordert, sowohl von Lehrerseite als auch von Eltern- und von Schülerseite.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein Beispiel dafür ist die Inklusion. Im Grunde wissen alle in diesem Hause, dass weit über 95 Prozent der Inklusion von den Stadtteilschulen geleistet werden muss. Das können die Stadtteilschulen

überhaupt nicht leisten, vor allen Dingen nicht bei dieser Ausstattung. Leider wurde unserem Antrag während der Haushaltsdebatte nicht gefolgt, in Klassen mit Kindern, die eine besondere pädagogische Betreuung brauchen, eine Doppelbesetzung einzuführen. Auch was den Schulbau anbetrifft, GBS und die Mittagessensituation sind die Stadtteilschulen sehr stark belastet und überfordert und insbesondere auch die Berufsorientierung.

Eines kann man dem Senator nicht vorwerfen, dass er nichts tut. Er tut eine ganze Menge, nur tut er aus unserer Sicht leider häufig auch das Falsche. Da ist zum Beispiel die Berufsorientierung. Der SPD-Senat will ein verbindliches Konzept einführen. Der Grund dafür sind die verheerenden Zahlen der Schulabgängerbefragung, nach der nur 17 Prozent der Schulabgänger und Schulabgängerinnen nach der Klasse 10 einen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommen. Damit kann man nicht zufrieden sein und die Frage ist, was man dagegen tut. Wir haben in einer Anfrage nachgefragt, und der SPD-Senat behauptet allen Ernstes, dass er glaubt, durch mehr Berufsorientierung mehr Jugendliche in Ausbildung zu bringen. Wir glauben, es fehlen einfach Ausbildungsplätze. Es gibt für die These, durch mehr Berufsorientierung auch mehr Ausbildungsplätze zu schaffen, keine belastbaren Zahlen.

Ohnehin läuft in der Berufsorientierung, die ein guter Ansatz ist, einiges schief. Da ist zum Beispiel die starre Kooperation von Stadtteilschulen mit ganz bestimmten Berufsschulen. Teilweise demotiviert das die Jugendlichen eher, als dass es sie motiviert. Wenn zum Beispiel im AV Dual alle ehemaligen Schülerinnen und Schüler einer bestimmten Stadtteilschule, die keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, in eine ganz bestimmte Berufsschule gehen müssen, zum Beispiel in die G19, die Berufsschule für Bau mit dem Schwerpunkt Metall- und Holzarbeiten, dann ist das durchaus problematisch, wenn diese Jugendlichen eigentlich beispielsweise Interesse am Gesundheitswesen haben. Dann schalten diese Jugendlichen ab, denn das ist demotivierend. Und dann wird die Quote, die Sie immer einfordern von AV Dual, dass möglichst viele der Jugendlichen eine berufliche Ausbildung bekommen sollen, immer niedriger. Daran muss gearbeitet werden.

Ganz schlimm ist, wenn in den Berufsschulen jetzt auch noch bewährte Werkstätten geschlossen werden sollen. Ich war gerade in der G19, da gibt es eine Holzwerkstatt und eine Metallwerkstatt, und alleine die Ausstattung hat einen Wert von 300 000 bis 500 000 Euro. Die pädagogische Arbeit, die dort geleistet wird, ist überhaupt nicht hoch genug einzuschätzen, gerade bei Jugendlichen, die nur sehr schwer einen Zugang zum Lernen finden. Das zu schließen, halten wir auch für einen völlig falschen Weg.

(Dora Heyenn)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vom Grundsatz her tun Sie, Frau Prien, der Stadtteilschule überhaupt keinen Gefallen, wenn Sie darauf hinweisen, dass die zwei Säulen deswegen geschaffen wurden, damit die Hauptschulen und Realschulen eine bessere Perspektive haben. Ich habe das Zwei-Säulen-Modell immer so verstanden, dass zwei gleichberechtigte Schulformen zum Abitur führen. Man kann die Stadtteilschule nicht auf Haupt- und Realschüler reduzieren; das ist falsch.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Wir fordern, dass Berufsorientierung nicht nur an Stadtteilschulen stattfindet. Wir fordern, dass Berufsorientierung und Studienorientierung sowohl an Stadtteilschulen als auch an Gymnasien stattfindet. Auch die Inklusion hat an beiden Schulen, an Gymnasien und Stadtteilschulen, stattzufinden. Nur so stärken wir die Stadtteilschule und nicht, indem wir sie über Gebühr belasten und sie mit Aufgaben befrachten, die sie gar nicht leisten kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Senator Rabe.

Senator Ties Rabe: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! An prominenter Stelle – das Publikum ist da, alle Abgeordneten sind da – reden wir im ersten Debattenbeitrag über die wichtigste Schulreform der letzten fünf Jahre. Ich habe natürlich damit gerechnet, dass alle sagen, was nicht klappt. Das ist auch wichtig und gehört zu den Aufgaben des Parlaments. Ich habe aber auch damit gerechnet, dass Sie uns sagen, was wir denn nun besser machen sollen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Unsere Vorschläge haben Sie abgelehnt! – Dietrich Wersich CDU: Das haben wir gemacht; Sie müssen es nur lesen!)

Hier will ich ausdrücklich der CDU danken. Die Vorschläge sind nicht unsere, aber es war wenigstens der Versuch, auch über Lösungen zu sprechen. Ich würde mir wünschen, dass die anderen Fraktionen auch einmal Lösungen vorlegen würden und nicht ständig nur auf das hinweisen, was nicht klappt. Das gehört auch zu einer guten Schulpolitik dazu.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir Lösungen suchen, dann müssen wir zunächst einmal fragen, welche Rolle die Stadtteilschule im Hamburger Schulsystem hat. Hier höre ich immer wieder von Herrn Scheuerl und der CDU, dass es eigentlich eine Haupt- und Realschule sei. Ich finde diese Einschätzung falsch; das ist nicht unser Leitbild für die Stadtteilschule.

Für uns ist die Stadtteilschule eine Schule, die ein klares Versprechen gibt. Das Versprechen lautet: Lieber Schüler, liebe Schülerin, du kannst mehr als du denkst, du kannst mehr als dir die Eltern und vielleicht die Lehrer zutrauen. Streng dich an, gib dir Mühe, wir fördern dich. Die Stadtteilschule ist damit keine Sandkiste, kein Jugendzentrum und keine therapeutische Anstalt. Sie setzt auf Leistung, auf Bildung, auf mehr Lernzeit und gute Pädagogik. Sie ist ein Versprechen, durch mehr Bildung voranzukommen. Das ist unser Leitbild für die Stadtteilschule.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben sechs Maßnahmen auf den Weg gebracht, um dieses Leitbild zu erreichen.

Erstens: Wir setzen bei der Stadtteilschule auf sehr gute Bildungsabschlüsse. Das ist der Hauptschulabschluss, der Realschulabschluss, aber es ist auch das Abitur. Wir wissen, dass nicht jeder das Abitur schaffen kann, aber es können mehr, als wir heute glauben. Erinnern wir uns: Zu meiner Zeit waren es gerade 20 Prozent der Schulabgänger. Selbst im Bundesdurchschnitt ist mittlerweile die Zahl deutlich angestiegen. Das zeigt, was hier möglich ist. Deswegen wollen wir Stadtteilschulen, die das Abitur anbieten, und dafür tun wir viel. Wir geben an die Stadtteilschulen eben nicht nur Haupt- und Realschullehrer, sondern auch Gymnasiallehrer, und wir bauen dort in einem rasenden Tempo Oberstufen auf. Darf ich daran erinnern, dass jetzt gerade an zwölf Hamburger Stadtteilschulen das erste Mal in der Schulgeschichte das Abitur abgenommen wird. Wenn diese Legislaturperiode beendet ist, dann werden 18 neue Stadtteilschulen mit eigenen Oberstufen die Möglichkeit zum Abitur bieten. Das ist der erste wichtige Baustein, um wirklich auf Bildung, auf Qualität und auf Anspruch zu setzen. Diese Maßnahme gibt der Stadtteilschule eine klare Perspektive.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens: Mehr Leistung braucht natürlich Rückenwind. Das bedeutet für uns, dass die Schülerinnen und Schüler mehr Lernzeit brauchen. Das ist eindeutig ein Hinweis auf die Prädestinierung der Stadtteilschule, sie zur Ganztagschule auszubauen. In den vergangenen 25 Jahren haben wir durchschnittlich eine Schule pro Jahr aus dem Haupt-, Real- und Gesamtschulbereich zu einer Ganztagschule gemacht.

(Dietrich Wersich CDU: Machen Sie 50 Jahre oder 100; dann wird die Statistik noch besser!)

– Herr Wersich, hören Sie doch kurz zu; das kann auch Ihnen nichts schaden.

Wir haben das geändert. Seit wir an der Regierung sind, machen wir jedes Jahr sieben – das ist das

(Senator Ties Rabe)

Siebenfache – Stadtteilschulen zu Ganztagschulen.

(Dietrich Wersich CDU: Das ist doch eine Veräppelung der Leute!)

In diesem Sommer sind 22 zusätzliche Stadtteilschulen Ganztagschule geworden. Das ist unsere zweite Antwort auf die Herausforderung Stadtteilschule.

(Beifall bei der SPD)

Drittens: Sie erklären, dass die Inklusion die Stadtteilschulen belastet. Ich will einmal daran erinnern, dass wir das gemeinsam beschlossen haben und damals CDU und GAL an der Regierung waren. Wir haben diesen Beschluss unterstützt, aber umsetzen können hätten Sie ihn schon lange. Tun Sie deswegen heute nicht immer so, als seien Sie damals gar nicht dabei gewesen.

(Dietrich Wersich CDU: Das ist nicht nur heiße Luft, das ist nur laue! – Gegenruf von Dirk Kienscherf SPD: Können Sie mal den Pöbler da beruhigen!)

– Sie, Herr Wersich, und Sie, Frau Prien, mögen das nicht hören, aber wahr ist es trotzdem. Schauen Sie in die Bürgerschaftsprotokolle.

(Dietrich Wersich CDU: Aber Sie müssen es doch heute machen! Sie können doch nicht immer über die Vergangenheit klagen!)

Ich sage heute und hoffe, dass ich damit nicht der Einzige in diesem Hause bin ...

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Ich bitte das Haus, Herrn Senator Rabe ausreden zu lassen oder sich ansonsten zu Zwischenfragen zu melden.

Senator Ties Rabe (fortfahrend): Ich stehe nach wie vor dazu, dass dieser Beschluss richtig war, denn wenn die Stadtteilschule jungen Menschen neue Chancen geben soll, dann sicherlich auch den Schülerinnen und Schülern, die bisher an den Förder- und Sonderschulen wenig Chancen hatten. Natürlich ist das eine schwierige Aufgabe, aber wir sollten auch nicht jeder Horrormeldung glauben. Seit dem Jahr 2008 haben die Förderschulen in jedem Jahrgang 200 Schüler verloren. Diese 200 Schüler sind jetzt an den Grundschulen beziehungsweise in jedem Jahrgang an den Stadtteilschulen. Das ist eine Aufgabe, das will ich nicht leugnen, aber sie verteilen sich auf 300 Parallelklassen mit 6000 Schülerinnen und Schülern der Stadtteilschule. Und wer angesichts solcher Zahlen den Eindruck erweckt, eine Stadtteilschule sei jetzt eine bessere Sonderschule geworden, der redet wider besseres Wissen eine Schulform absichtlich schlecht. Das stimmt nun weiß Gott nicht.

(Beifall bei der SPD – *Dora Heyenn DIE LINKE: Das hat kein Mensch gesagt!*)

Um diese 200 Schülerinnen und Schüler pro Jahrgang ordentlich zu beschulen, lassen wir die Stadtteilschule nicht allein. Ich will gar nicht viel über Konzepte sagen, dafür langt die Zeit nicht. Ich rede jetzt über Lehrer.

(Dietrich Wersich CDU: Wann kommen wir mal zu den Inhalten?)

Wir haben für jeden Jahrgang der Stadtteilschule 80 zusätzliche Pädagogen für diese 200 Schüler auf den Weg gebracht. Herr Wersich, ich darf auch Sie daran erinnern, dass das genau doppelt so viele sind, wie Sie sich damals ausgedacht haben. Das zeigt ebenfalls, wer sich wirklich für die Stadtteilschule einsetzt. Sie waren das nicht, wir tun das.

(Beifall bei der SPD)

Viertens: Die Stadtteilschule als neue Schulform braucht an einigen Stellen Rückenwind, aber nicht an allen. Die größten und attraktivsten Hamburger Schulen sind nämlich Stadtteilschulen, das dürfen wir nicht ausblenden, aber einige haben es schwer: schwierige Standorte, bauliche Lage, die Unübersichtlichkeit mehrerer Kollegien, schwierige Stadtteile. Diese Schulen brauchen Rückenwind. Wir haben deshalb für sieben Stadtteilschulen ein besonderes Programm zur Unterstützung auf den Weg gebracht. Dazu zählt, dass wir mit zusätzlichem Personal die Arbeit der Klassenlehrer fördern, dass wir die Elternarbeit fördern, dass wir ein Netzwerk von Unterstützern an diesen sieben Schulen aufbauen, und bestimmten Schülergruppen ermöglichen wir sogar ein zusätzliches Lernjahr. Das Programm ist nicht billig, aber ich will deutlich sagen, dass es das erste Mal ist, dass ein Senat gezielt für Schulen in schwieriger Lage ein umfangreiches Programm auf den Weg bringt, das insbesondere Stadtteilschulen Rückenwind gibt. Das zeigt ebenfalls: Wir handeln, damit die Stadtteilschule besser wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum vorletzten Punkt. Die Berufsorientierung wird uns heute noch beschäftigen, aber man darf an dieser Stelle sagen, dass sie eine sehr wichtige Angelegenheit ist, die der Stadtteilschule eine starke Stellung geben kann. Der Philosoph Seneca sagte bereits: Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir. Er sagt es übrigens genau umgekehrt, aber ich lasse es mal weg.

Genau dieser Hinweis auf das spätere Leben ist eigentlich das Spannende. Viele Jugendliche und ihre Eltern machen sich Sorgen, was nach der Schule passieren wird. Finde ich einen Anschluss im Studium, im Beruf, wie geht es weiter? Häufig bekommen Schüler am Ende der Schulzeit ein Zeugnis und dann heißt es: Sieh zu, wie du glück-

(Senator Ties Rabe)

lich wirst. Das wollen wir mit den Stadtteilschulen zusammen ändern. Wir werden eine Berufs- und Studienorientierung in den Klassen 8, 9 und 10 einführen, die dazu beiträgt, diese Schülerinnen und Schüler stark zu machen, sie zu beraten und in den Beruf zu begleiten. Mit der neuen Berufs- und Studienorientierung für das Leben lernen ist das Profil der Stadtteilschule.

Damit komme ich zum letzten Punkt. Ich habe jetzt fünf Maßnahmen dargestellt. Ich bin zwei Jahre und zwei Monate im Amt und will nicht wiederholen, was alles getan wurde. Sie können es sehr leicht an den Zahlen sehen. Schauen Sie sich die Personalzuweisung für die Stadtteilschulen an. 2010 bekam eine Stadtteilschule laut Zuweisungsschlüssel für 100 Kinder 7,7 Pädagogen. Wir haben diesen Zuweisungsschlüssel mittlerweile um mehr als 15 Prozent heraufgesetzt. Das heißt, heute bekommen die Stadtteilschulen für die gleiche Schülerzahl rund 550 Pädagogen mehr. Das sind mehr als 550 Stellen zusätzlich. Zeigen Sie mir den Bereich im öffentlichen Dienst, der solch einen enormen Rückenwind bekommen hat. Das, meine Damen und Herren, ist die Summe all dieser Anstrengungen. Das ist auch unsere Antwort darauf, eine gute Schulform in Gang zu bringen, ihr Rückenwind zu geben. Wir reden nicht nur, wir handeln.

(Beifall bei der SPD)

Damit komme ich zum Schluss. Die Stadtteilschule, das sagte ich anfangs, gibt der Stadt ein Leistungsversprechen. Sie ist nicht die zweitbeste Schule, Herr Scheuerl und die CDU.

(Dietrich Wersich CDU: Wer hat denn das gesagt?)

Sie ist nicht die Haupt- und Realschule. Sie ist die Schule, die sehr klar sagt: Streng dich an, wir fördern dich, du kannst viel mehr, als du glaubst. Die Stadtteilschule ist die Schule, die Aufstieg durch Bildung ermöglicht. Wir werden dafür sorgen, dass dieses Versprechen auch eingelöst wird. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Bevor ich Frau von Treuenfels das Wort erteile, muss ich Sie, Herr Senator, darauf hinweisen, dass Sie mehr als das Doppelte der den Abgeordneten zur Verfügung stehenden Redezeit in Anspruch genommen haben.

Frau von Treuenfels, Sie haben das Wort.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Aber vom Inhalt her war's die Hälfte!)

Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt genau drei Anmerkungen, die ich zu machen habe. Ich wundere mich in erster Linie wirk-

lich über die CDU. Vor zwei Jahren mussten Sie doch feststellen, was es heißt, einer Elterninitiative kein Gehör zu schenken.

(Dietrich Wersich CDU: Das war auch nicht so!)

Es kam eine Debatte in Gang, die Sie alle überrollt hat. Heute hören wir von Frau Prien, die damals auch nicht genau wusste, wo sie eigentlich stand, dass es dieses Problem gar nicht gibt und niemand darüber reden möchte. In den Schulen, in denen meine Kinder sind, wird unter Eltern und Kindern – ob auch unter Lehrern, das weiß ich nicht – viel darüber geredet. Das totzuschweigen ist das Allerdümmste, was man machen kann. Damit vergrößert man das Problem nur, und später wird man damit nicht mehr fertig. Diese Stadt hat es gemerkt, und ich verstehe überhaupt nicht, dass Sie das nun ignorieren wollen – im Gegensatz zu den GRÜNEN, die das damals mitverantwortet haben, aber gelernt haben und genau wissen, dass man das nicht ignorieren soll. Ich erinnere daran, dass hier keine Volksentscheide entschieden werden, Herr Dressel. Was aber hier entschieden wird, ist, wie wir damit umgehen. Wenn Sie den Elternwillen nicht ernst nehmen

(Dr. Andreas Dressel SPD: Die nehmen wir sehr ernst! – Karin Timmermann SPD: Das müssen Sie uns nicht erzählen!)

oder Initiativen nicht ernst nehmen, dann fallen Sie genauso, wie die CDU gefallen ist. Das möchte ich Ihnen nicht raten. Denn wenn Senator Rabe dieses Versprechen, das er der Stadt und vor allem den Schülern und den Schulen gegeben hat, einlösen würde und könnte, dann wäre uns allen geholfen, dann bräuchten wir über diese Dinge nicht zu diskutieren, denn genau das sehen wir als Ziel für die Stadtteilschule an.

(Beifall bei der FDP – *Gerhard Lein SPD: Jetzt wissen wir ja, welchen Kronzeugen Frau Kirsch hat!*)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dr. Scheuerl hat nun das Wort.

Dr. Walter Scheuerl CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Senator Rabe! Die Überschrift dieses Themas der Aktuellen Stunde lautet eingangs "Vernachlässigte Stadtteilschulen". In dem Zusammenhang muss ich eines feststellen. Nur einer meiner Vorredner hat die Begriffe Realschul- und Hauptschulabschluss genannt. Das war Herr Senator Rabe.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Nee, auch Frau Prien!)

– Frau Prien auch, doch zwei.

(Dr. Walter Scheuerl)

Herr Senator Rabe, wir sollten öfter miteinander als übereinander sprechen. Und wichtiger, wir sollten an dieser Stelle der Geschichtsklitterung vorbeugen. Als über den Abschlussbericht der Enquete-Kommission abgestimmt wurde, in dem dann mehrheitlich, von der CDU-Fraktion insbesondere, die Einführung der Stadtteilschule empfohlen wurde, hat die SPD gegen das Votum gestimmt. Die SPD hat sich in ihrem Sondervotum zur Schulstruktur dafür ausgesprochen – Zitat –:

"Ziel ist eine Schule für alle."

Nachzulesen auf Seite 84 des Berichts,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Und wir haben uns weiterentwickelt!)

nur damit niemand sagt, es hätten alle die Stadtteilschule eingeführt.

Nun komme ich aber zum eigentlichen Punkt. Wir haben gerade eine sehr abgehobene Debatte gehört, die sich vor allem mit dem Traum des Abiturs für alle befasst. Ich möchte Sie daher in die Realität zurückholen. Gestern titelte die "Hamburger Morgenpost" – ich teile die Ansicht dieser Überschrift überhaupt nicht und distanzieren mich davon.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Aber wenn eine Hamburger Tageszeitung wie die "Hamburger Morgenpost" eine Schlagzeile bringt:

"Teenies zu doof für die Lehre"

ohne Fragezeichen, dann ist das ein Grund, darüber nachzudenken, was schief läuft, bevor sich Hamburger Schulabsolventen um Ausbildungsplätze bewerben. Im "Hamburger Abendblatt" vom Oktober 2012 wird niemand Geringeres als die zuständige Schulrätin aus der Behörde von Herrn Rabe, Frau Elisabeth Rüssmann, zitiert. Das Problem, über das damals im Oktober berichtet wurde, ist der Umstand, dass Hamburger Ausbildungsplätze zurzeit mehrheitlich noch immer zu über 50 Prozent an Schulabsolventen aus dem Umland gehen und nicht an Hamburger Absolventen von Stadtteilschulen und Gesamtschulen mit Haupt- und Realschulabschluss. Frau Rüssmann, die Schulrätin, sagt – Zitat –:

"Wir müssen die Grundkenntnisse der Schüler stärken."

Weiteres Zitat:

"Wir müssen zum Beispiel die Arbeitshaltung und das Pflichtgefühl der jungen Leute verbessern."

Was heute in der Debatte passiert ist und was offenbar in der Schulbehörde auf der Etage von Herrn Rabe passiert, ist, dass alle immer über eine gleichwertige Schule nachdenken. Die Stadtteilschule sei doch eigentlich dafür da, dass alle das gleichwertige Abitur machen. Richtig, man kann

auch an der Stadtteilschule das Abitur machen, wenn man das Zeug dazu hat und die Schulzeit gut verbringt.

(Juliane Timmermann SPD: Die gibt es auch!)

Herr Senator Rabe und liebe SPD-Fraktion, es ist aber doch nicht damit getan, dass man die Schüler durchlaufen lässt, zuschaut, sich um die Inhalte nicht kümmert und dann sagt: Was wollt ihr denn werden, jetzt machen wir ein Berufseingliederungsprogramm. Dahin sind wir doch inzwischen gekommen. Ich möchte Sie, Herr Rabe, daran erinnern, wie in Ihrer Amtszeit unter Ihrer Verantwortung, und nicht durch das Primarschulgesetz im Oktober 2009, in die Stadtteilschulen hineinregiert worden ist. Sie, Herr Rabe, dulden einen praktischen Verzicht auf die äußere Differenzierung in den Stadtteilschulen. Sie, Herr Rabe, sind dafür zuständig, dass die Inklusion in den Stadtteilschulen völlig unzureichend geplant ist und umgesetzt wird. Sie, Herr Rabe, sind dafür zuständig, dass die Bildungspläne in den Stadtteilen, nach denen die Schüler schließlich lernen sollen – von Klasse 5 bis 9 Hauptschulabschluss oder 10 Realschulabschluss –, weitgehend entfachlicht sind und nur noch kompetenzorientiert vor sich hingelernt wird.

(Beifall bei der CDU – Dr. Monika Schaal SPD: Sie haben die gesamte Debatte verschlafen!)

Sie haben völlig zu Recht gesagt, Herr Senator Rabe, die Stadtteilschule sei mehr. Die Stadtteilschule ist aber auch mehr als nur eine zweite Schulform für das Abitur. Die Stadtteilschule muss, und das ist unser aller und vor allem Ihr Auftrag als zuständiger Senator, sich endlich auch darum kümmern dürfen, gute Hauptschul- und gute Realschulabschlüsse zu vermitteln. Das ist der eigentliche Auftrag.

(Beifall bei der CDU – Juliane Timmermann SPD: Das macht sie doch auch!)

Ich komme zum Schluss. Es reicht nicht, die Stadtteilschule zu einer schlechteren Gesamtschule zu machen. Für alle zum Nachlesen: In allen Schulformvergleichen bei PISA waren die Realschulen in Hamburg, aber auch in allen anderen Bundesländern, in allen Fächern besser als die Gesamtschulen. Wer also den Aufbau und die Struktur der Stadtteilschulen vernachlässigt und zulässt, dass die Stadtteilschulen auf das strukturelle und inhaltliche Niveau der Gesamtschulen absinken, sieht sehenden Auges zu, dass die Stadtteilschulen ihren Auftrag nicht erfüllen können. Deswegen appelliere ich an Sie, sich die 10 Punkte aus dem CDU-Antrag, den wir später diskutieren werden, sehr genau anzusehen, zu beherzigen und umzusetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Frau Dr. von Berg erneut das Wort.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Scheuerl, Sie reden mal wieder wie ein Blinder von der Farbe.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Stadtteilschule ist eine gleichwertige Schulform neben dem Gymnasium. Ich kann es gar nicht oft genug betonen, und hier bin ich ganz bei Senator Rabe und Herrn Holster und übrigens auch bei Frau von Treuenfels.

(*Gerhard Lein SPD:* Das ist der Schmerz der CDU!)

Es ist eine absolut gleichwertige Schulform, und wir haben auch Vorschläge gemacht, wie man diese gleichwertige Schulform tatsächlich auch gleichwertig gestalten kann. Es ist nicht so, dass wir nur Kritik äußern. Wir haben gesagt, wir brauchen einen Inklusionsfonds – das war unser Haushaltsantrag –, damit Inklusion auskömmlich ausgestattet wird. Wir haben einen Antrag, dem Gott sei Dank auch zugestimmt wurde, auf Kooperation zwischen den Oberstufen eingebracht, damit alle Stadtteilschulen zum Abitur führen, denn das ist das allerwichtigste Ziel, das wir in dieser Stadt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben gefordert, die Lernentwicklungsgespräche beizubehalten, denn sie sind ein sehr wichtiger Baustein – wir werden das in der nächsten Bürgerschaftssitzung besprechen – für die Beratung von Eltern bei der Wahl der Schulform in der Grundschule und auch in Klasse 5 und 6. Durch die Abschaffung des zweiten Lernentwicklungsgesprächs ist den Eltern ein total wichtiges Instrument genommen worden, sich zu entscheiden.

(*Juliane Timmermann SPD:* Das ist nicht abgeschafft!)

Wir haben gefordert, das besondere Anmeldeverfahren beizubehalten, um auch die starken Stadtteilschulen zu stärken. Wir haben Berufsorientierung an beiden Schulformen gefordert. Es ist doch realitätsfremd zu glauben, nur die Stadtteilschulen würden auf den Beruf vorbereiten. Schauen Sie sich doch einmal an, wer in einer dualen Ausbildung landet. Das sind unheimlich viele Gymnasialschülerinnen und -schüler. Die brauchen Berufsorientierung ganz genauso, und selbstverständlich soll Studienorientierung nicht nur am Gymnasium, sondern auch an der Stadtteilschule stattfinden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

Nicht zuletzt fordern wir, und darüber werden wir heute beschließen, dass echte Langformschulen nicht zu einer totalen Posse in dieser Stadt ver-

kommen, sodass selbst die Sendung "extra 3" sich dem widmen muss.

Ich will noch eine Bemerkung zu Herrn Senator Rabe machen. Sie gehen auf sieben Stadtteilschulen ein, die besondere Unterstützung bekommen. Wir haben 57 Stadtteilschulen, und 25 davon sind in sozial schwieriger Lage. Das heißt, sieben davon bekommen Hilfe, die anderen nicht. Die müssen sich mit den Ressourcen behelfen, die sie halt haben. Ich habe schon einmal gesagt, dass ich manchmal das Gefühl habe, wir würden in zwei verschiedenen Städten leben oder mit verschiedenen Menschen reden. Die Schulleitungen der Stadtteilschulen sind mit dem, was sie bekommen, einfach nicht zufrieden, weil sie wirklich teilweise in Not sind. Ich möchte Sie noch einmal deutlich darauf hinweisen und bitten, dem Gehör zu schenken, damit wir diese Schulstrukturdebatte hier beenden können.

Einen Satz noch. Meine Frage nach der Vorbereitung von G9 in der Behörde haben Sie leider nicht beantwortet, aber das kann man noch einmal anfragen.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Senator Ties Rabe:* Das macht die Behörde nicht!)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt hat Herr Holster das Wort.

Lars Holster SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich einen Satz zu Frau Prien sagen. Ich bin sehr beeindruckt und sehr erfreut über die klare Haltung zu G8 und G9 bei der CDU-Fraktion. Ich glaube, in diesem Bereich kann ich mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen sehr freuen; vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Es ist aber noch jemand in der CDU-Fraktion. Herr Dr. Scheuerl, Sie haben eben gesagt

(Zuruf von *Dietrich Wersich CDU*)

– Herr Wersich, haben Sie gehört, was er eben gesagt hat? –, die Schülerinnen und Schüler liefen durch die Stadtteilschule durch, sie würden das so irgendwie machen. Das ist eine Denunzierung der Lehrerinnen und Lehrer an der Stadtteilschule, und das lassen wir hier so nicht stehen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Zu Haupt- und Realschulabschlüssen als Schwerpunkt sagen wir nein. Jede Stadtteilschule mit einer Oberstufe, jede Stadtteilschule mit einem starken Abitur, das ist unser Weg. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Frau von Treuenfels hat das Wort.

Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Ich will nur noch einen letzten Satz sagen, weil ich diese Debatte sozusagen angezettelt habe. Das habe ich mit Absicht getan, und Sie, Herr Holster, wussten auch warum. Es geht mir nicht darum, um noch einmal auf Sie einzugehen, nur das Gymnasium zu schützen. Ich finde dieses Vorurteil der Scheinheiligkeit langsam aber sicher etwas langweilig. Es geht in Wirklichkeit um eine Sache; das sage ich Ihnen noch einmal Ihrer Zwischenrufe wegen. Es geht mir überhaupt nicht darum, dass Hamburg wieder eine Strukturreform und eine sich ausweitende Debatte bekommt, im Gegenteil. Und warum geht es mir nicht darum? Weil ich glaube, dass die Schulen davon einfach genug haben, dass sie es satt haben, und deswegen bin ich auch keine Kronzeugin. Ich weiß, was passiert, wenn man den Elternwillen nicht ernst nimmt. Deswegen und nur deswegen müssen wir das zugrunde liegende Problem deutlich bearbeiten. Genau darum geht es hier, und ich glaube, im Laufe der Debatte hat das auch fast jeder verstanden.

(Dietrich Wersich CDU: Wir haben das schon nach Ihrem zweiten Beitrag verstanden!)

Ich bin sehr froh darüber, dass wir nachher noch einmal über die Stadtteilschule sprechen. Etwas sollten wir jetzt wirklich tun: Wir müssen das G8 stärken, wir müssen die Stadtteilschule stärken und auch die Oberstufe stärken. Die CDU sollte sich aus verschiedenen Meinungen einmal eine Haltung bilden, das würde auch ein bisschen weiterhelfen. Dann können wir das schaffen, und dann können wir auch den Elternwillen entspannt ernst nehmen; man sollte ihn nur nicht totreden. Das ist es, warum ich hier angetreten bin. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Frau Prien hat noch einmal das Wort.

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Anna von Treuenfels, wenn Sie keine Schulstrukturdebatte führen wollen, dann lassen Sie es doch einfach und reden über die Probleme, die tatsächlich an den Gymnasien und den Stadtteilschulen zu bearbeiten sind.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Es hilft nämlich auch kein Schönreden, lieber Herr Senator Rabe. Sie selbst haben doch im Januar eine Arbeitsgruppe eingesetzt, weil die Probleme den Stadtteilschulen auf den Nägeln brennen. Sie selbst wollen doch im Juni Vorschläge vorlegen.

Offensichtlich haben Sie keine Lust, über unsere Vorschläge im Ausschuss zu debattieren. Das finde ich ein bisschen dünn. Es geht doch aber völlig an der Realität vorbei, so zu tun, als gäbe es an der Stadtteilschule keine Probleme.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN – Zurufe von der SPD)

Nun weiß ich, dass es totalen Spaß macht, Herrn Dr. Scheuerl immer falsch zu verstehen. Das ist sozusagen schon Volkssport in unserem Hause geworden. Den Spaß will ich Ihnen auch nicht nehmen. Es steht aber doch völlig außer Frage, dass Stadtteilschule und Gymnasium zwei gleichwertige Schulformen sind, das ist doch gerade das Wesen des Zwei-Säulen-Systems.

(Lars Holster SPD: Das hat er aber nicht gesagt!)

Eine künstliche Debatte heraufzubeschwören, als ob die CDU das in irgendeiner Weise bestreiten würde, ist, ehrlich gesagt, lächerlich. Dem Niveau in diesem Hause wird das nicht gerecht, jedenfalls nicht dem Niveau, das wir haben sollten.

(Beifall bei der CDU – Gerhard Lein SPD: Gut, dass Sie das noch einmal sagen!)

Das ändert aber doch nichts an der Tatsache, dass die Schülerinnen und Schüler an der Stadtteilschule nicht nur die Chance haben sollen, nach neun Jahren ein gutes Abitur zu machen, sondern die sollen auch einen guten mittleren Schulabschluss, so heißt das inzwischen, Herr Senator, und einen ersten Abschluss machen können. Das ist unsere Absicht, und das hat Herr Dr. Scheuerl zu Recht angesprochen. Ihn dafür zu diffamieren, ist wirklich lächerlich.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Dr. Scheuerl.

(Lars Holster SPD: Jetzt kann er sich entschuldigen!)

Dr. Walter Scheuerl CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Als ich im Oktober 2009, als über das Primarschulgesetz abgestimmt wurde, das erste Mal dort oben saß und Frau Heyenn, glaube ich, mich sah und ansprach, habe ich nicht damit gerechnet, dass mein Name in dieser Schuldebatte eine solche Rolle spielt, dass plötzlich jeder anfängt, sich an mir abzukämpfen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Das spricht dafür, dass es gute Argumente sind. Die Wahrheit hört niemand gern, und deswegen möchte ich an einer Stelle noch einmal einhaken. Herr Holster, wir sind uns doch völlig einig darin, dass das Abitur an einer Stadtteilschule nicht nur

(Dr. Walter Scheuerl)

nach außen, wenn es darum geht, sich damit zu bewerben, sondern auch nach innen in der Vorbereitung auf das Abitur und in der Fachlichkeit und im Anspruch dieser Abiturprüfung mit den Gymnasien völlig gleichwertig sein muss. Sie nicken, wir sind uns darin einig.

(Karin Timmermann SPD: Gott sei Dank!)

Dann, Herr Holster, müssen Sie aber auch zur Kenntnis nehmen – das muss man einfach sehen und man muss überlegen, welche Folgerungen man daraus zieht –, dass zum Beispiel bei der LAU-13-Untersuchung Herr Vieluf, der nun völlig unverdächtig ist, schulpolitisch mit mir einer Meinung zu sein – Herr Vieluf war Staatsrat unter Frau Goetsch –, sagt, eine Schule für alle sei das Beste überhaupt. Er hat damals bei der LAU-13-Untersuchung, bei der der Leistungsstand von Gesamtschülern und Gymnasiasten verglichen wurde, glasklar festgestellt, dass die Gesamtschüler am Ende von Klasse 10 in Mathe und Deutsch ungefähr ein Jahr hinter den Gymnasiasten zurückliegen. Er hat ferner in derselben Untersuchung festgestellt – und davon distanziert er sich bis heute nicht –, dass in den Abiturjahrgängen der Gesamtschulen die Leistungen der Schülerinnen und Schüler in Klasse 13 oft immer noch auf dem Niveau sind, das am Gymnasium mehrheitlich schon in der Vorstufe, damals Klasse 11, erreicht wurde. Wenn ich das sehe, dann muss Herr Rabe doch reagieren und überlegen, wie man die Vorbereitung dieser angehenden Abiturienten in der Zeit bis zum Übergang in die Oberstufe, also bis zum Ende von Klasse 10, so verändert, dass diese dann auch – Sie sprechen immer von Gleichwertigkeit – eine gleichwertige Vorbereitung haben, um in der Oberstufe zu brillieren und ein gutes Abitur machen zu können. Das ist eine Verantwortung, die die Schulbehörde hat. Wir erleben aber – und deswegen ist für die Abiturienten die Stadtteilschule im Moment nicht gleichwertig –, dass Herr Rabe es zugelassen hat, dass selbst im Vergleich zu den Gesamtschulen ein inhaltlicher Rückschritt erfolgt ist, noch weniger äußere Differenzierung, noch weniger Fachlichkeit. Und da setze ich an und sage: Das muss sich ändern.

Unabhängig davon zum Bildungsauftrag.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Gestatten Sie, bevor Sie mit dem Thema beginnen, eine Zwischenfrage von Frau Dr. von Berg?

Dr. Walter Scheuerl CDU: Selbstverständlich.

Zwischenfrage von Dr. Stefanie von Berg GRÜNE: Herr Dr. Scheuerl, 50 Prozent der Kinder gehen zum Gymnasium, 50 Prozent zur Stadtteilschule. Sie fordern für die Stadtteilschule eine äü-

ßere Differenzierung, aber für das Gymnasium nicht. Das verstehe ich nicht. Sie tun gerade so, als ob die 50 Prozent der Schülerinnen und Schüler auf dem Gymnasium nicht heterogen wären. Ist das richtig?

Dr. Walter Scheuerl CDU (fortfahrend): Richtig, Frau Dr. von Berg, ist, dass Schülerinnen und Schüler dann besonders gut gefördert werden, wenn sie im Rahmen einer äußeren Differenzierung – und das Gymnasium ist eine Differenzierung auf den Schulabschluss Abitur – die Möglichkeit bekommen, sich in Kursen oder Klassen auf ihre Schulabschlüsse vorzubereiten; so sieht es unser Schulgesetz vor. Die Schulabschlüsse an der Stadtteilschule sind nun einmal: Hauptschulabschluss, Realschulabschluss und Abitur – drei Abschlüsse.

(Dr. Stefanie von Berg GRÜNE: Das war nicht die Frage!)

Das heißt, wir müssen endlich zurück zu einer äußeren Differenzierung in den Stadtteilschulen,

(Zuruf von Jens Kerstan GRÜNE)

damit die Schülerinnen und Schüler dort vernünftig vorbereitet werden. Und, Herr Holster, Sie müssen für den Teil, der dort das Abitur macht – das werden nie alle sein, Sie werden nie 100 Prozent Abiturienten in Hamburg erreichen –,

(Juliane Timmermann SPD: Na Gott sei Dank!)

eine gleichwertige Vorbereitung sicherstellen, und daran fehlt es im Moment. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Thema gibt, rufe ich das nächste Thema auf, angemeldet von der Fraktion DIE LINKE:

Kein Dach, kein Essen, kein Gespräch. Senat verschließt Ohren, Augen und Herz für die Not der Flüchtlinge aus Libyen

Das Wort bekommt Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Seit dem 15. April, seit über sieben Wochen, lebt eine große Gruppe von Kriegsflüchtlingen aus Libyen in Hamburg auf der Straße – Wind, Regen und Kälte ausgesetzt. Sie sind ohne ein Dach über dem Kopf, mittellos und ohne Anspruch auf öffentliche Leistungen. Viele sind krank und waren wochenlang ohne medizinische Versorgung. Auch wenn Sie sich auf die Rechtslage berufen können, diese Missachtung der Menschenwürde von Kriegsflüchtlingen ist eine Schande für diese Stadt.

(Christiane Schneider)

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Kürzlich hat Hamburg über 100 000 Menschen auf dem Evangelischen Kirchentag begrüßt und mit seiner Gastfreundschaft geworben.

(Erster Vizepräsident Frank Schira übernimmt den Vorsitz.)

"Soviel du brauchst" – mit dieser Losung hat sich der Bürgermeister bei der Eröffnung des Kirchentags gerne geschmückt. Das scheint für die in Hamburg gestrandeten Flüchtlinge aus Libyen nicht zu gelten. Für sie gelten nicht einmal humanitäre Mindeststandards; selbst ein Gespräch hat ihnen der Senat verweigert. Hätten sie sich nicht selbst öffentliche Aufmerksamkeit erkämpft und gäbe es nicht so viele solidarische Menschen, die sie unterstützen, dann würde der Senat die humanitäre Katastrophe vor seinen Augen einfach ignorieren. Auch jetzt ist nicht klar, wann diese Menschen wenigstens eine Unterkunft erhalten. Handeln Sie sofort und ohne Wenn und Aber.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Ziehen Sie sich nicht auf die rechtliche Situation zurück. Ja, die ist, wie sie ist. Diese Kriegsflüchtlinge fallen rechtlich durch den Rost, sie sind einfach nicht vorgesehen. Aus Libyen teils geflohen, teils vertrieben, Opfer des Bürgerkriegs und des Kriegs, an dem NATO und EU beteiligt waren, waren sie zunächst in Italien gestrandet. Und natürlich können Sie sich jetzt empören, wie Italien versucht, die Flüchtlinge loszuwerden. Man hat einfach ihre Elendsunterkünfte geschlossen und ihnen Papiere und bis zu 500 Euro in die Hand gedrückt mit der Aufforderung, nach Norden zu verschwinden. Auch wir kritisieren den Umgang Italiens mit den Flüchtlingen, aber wir erinnern auch daran, dass die EU 2011 unter Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge aus Libyen verweigert hat. Wir erinnern daran, dass der EU-Flüchtlingsfonds die Finanzierung von Notunterkünften für Flüchtlinge in Italien im Februar 2013 eingestellt hat. Die Aufnahme der Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Nahen Osten ist aber eine gesamteuropäische Aufgabe, keine südeuropäische, die nur die EU und ihre Mitgliedsländer gemeinsam lösen können.

Wenn Sie sich als Europäer begreifen, Herr Scholz, der Sie nicht da sind, Herr Scheele, der Sie hinausgegangen sind, Herr Neumann

(Dr. Andreas Dressel SPD: Herr Scheele sitzt da!)

– Herr Scheele, der Sie nicht hinausgegangen sind –, dann handeln Sie als Europäer. Setzen Sie sich für eine europäische Lösung ein, nicht irgendwann, sondern unverzüglich,

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

und tragen Sie den Streit in der EU darüber nicht auf dem Rücken der Flüchtlinge aus. Es geht jedenfalls überhaupt nicht, dass Ihnen nichts anderes einfällt, als die Flüchtlinge nach Italien zurückzuschicken, und dann auch noch mit der Begründung, dass sie dort eine Arbeitserlaubnis hätten. Das empfinde ich – entschuldigen Sie die Wortwahl – als zynisch. Als ob Sie, Herr Scheele, noch nie von der Situation in Italien und von der Situation der Flüchtlinge in Italien gehört hätten. Gerade hat bordermonitoring.eu einen Bericht veröffentlicht. Die Erstaufnahmeeinrichtungen sind total überfüllt und bieten nur für kurze Zeit Unterkunft, danach sind die meisten Flüchtlinge obdachlos. Sie hausen in Parks, alten Kasernen, stillgelegten Bahnhöfen, Baracken. Aus der Obdachlosigkeit heraus ist es unmöglich, Arbeit zu finden. Anerkannte Flüchtlinge und andere Schutzberechtigte haben in Italien keinerlei Zugang zu sozialen Sicherungssystemen. Sie leiden unter massiver Armut, mangelndem Zugang zum Gesundheitswesen, behördlichen Schikanen, rassistisch motivierten Überfällen und totaler Perspektivlosigkeit. Mit der Verschärfung der Krise wird die Situation für die Flüchtlinge immer unhaltbarer. In eine solche Situation darf man niemanden zurückjagen.

(Beifall bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE – Olaf Ohlsen CDU*: Zurückjagen, was für eine Wortwahl!)

Hier versagt nicht nur Italien, hier versagt die EU. Deshalb fordern wir Sie auf, sich auf Bundes- und europäischer Ebene für die Fortentwicklung des bestehenden Flüchtlingsschutzes einzusetzen, um insbesondere für die Bürgerkriegs- und Kriegsflüchtlinge einen wirksamen Schutz und eine angemessene Rechtsstellung zu schaffen.

Wir appellieren an den Senat, sich hier und jetzt für eine Kontingentlösung einzusetzen, von der die hier gestrandeten afrikanischen Flüchtlinge aus Libyen profitieren, die in den letzten beiden Jahren so viel Furchtbares erlitten haben. Führen Sie bis zu einer solchen Lösung die Flüchtlinge nicht nach Italien zurück. Stellen Sie eine Unterkunft bereit, und wenn es keine andere rechtliche Möglichkeit gibt, dann richten Sie einen Sonderfonds ein, damit die Flüchtlinge wenigstens ihre Grundbedürfnisse befriedigen können. Das ist Hamburg ihnen schuldig.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Bekeris hat das Wort.

Ksenija Bekeris SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Den Ton, den Sie, liebe Kollegin von der Fraktion DIE LINKE, mit dem Titel dieser Anmeldung angeschlagen haben, ist nicht angemessen für das Thema.

(Ksenija Bekeris)

(Beifall bei der SPD)

Sie unterstellen dem Senat Untätigkeit und sogar unterlassene Hilfeleistung. Das geht zu weit und das ist in der Sache und auch im Ton nicht angemessen.

(Beifall bei der SPD – *Dora Heyenn DIE LINKE*: Aber das ist so!)

Ich wünsche mir eine Versachlichung der Debatte. Das ist angesichts der Not der afrikanischen Flüchtlinge nicht leicht, aber den Flüchtlingen helfen keine emotionsgeladenen Versprechungen. Ich sage ganz deutlich: Hamburg will humanitäre Hilfe leisten und Hamburg wird dies auch tun. Es hat Gespräche mit den Flüchtlingen gegeben, wie zuletzt gestern Mittag geschehen. Wir ducken uns also nicht weg, Frau Möller.

(Beifall bei der SPD – *Antje Möller GRÜNE*: Ich habe doch gar nichts gesagt!)

Ich möchte auch noch einmal darauf hinweisen, dass die Stadt und die Zivilgesellschaft im Rahmen des Winternotprogramms Erhebliches geleistet hat. Dort sind die betroffenen Flüchtlinge bis Mitte April untergekommen und haben Beratungen über ihre Möglichkeiten in Hamburg erhalten. Das war das größte Winternotprogramm, das die Stadt jemals aufgelegt hat.

(*Jens Kerstan GRÜNE*: Und jetzt ist der Winter vorbei, und nun?)

Seit Pfingsten ist der Senat damit befasst, humanitäre Hilfe für die afrikanischen Flüchtlinge aus Libyen zu ermöglichen. Es geht dabei in erster Linie darum, Unterbringungsmöglichkeiten zu finden. Aber diese Suche ist sehr schwierig. Seit Monaten sucht die Sozialbehörde gemeinsam mit den Bezirken händierend nach Flächen, die wir für die öffentlich-rechtliche Unterbringung nutzen können. Alle, die diese Debatte im Sozialausschuss verfolgen, wissen, wie schwierig es ist, in dieser Sache weiterzukommen. Ich appelliere an dieser Stelle noch einmal an alle. Wir brauchen eine gesamtstädtische Solidarität mit den Menschen, die in unsere Stadt kommen und hier Zuflucht suchen. Es ist wohl an der Zeit für ein zivilgesellschaftliches Bündnis, und da appelliere ich an alle im Haus, an die Kolleginnen und Kollegen, an die Presse und auch an die Öffentlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Im Fall der afrikanischen Flüchtlinge muss ich aber davor warnen, diesen Menschen große Hoffnung zu machen.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Nur helfen sollte man ihnen einfach!)

Niemand, auch Sie nicht, Frau Schneider, kann sich hinstellen und ihnen eine Lebens- und Arbeitsperspektive in Hamburg versprechen. Das ist rechtlich nicht möglich, und das ist auch unredlich.

(Beifall bei der SPD und bei *Christoph Ahlhaus CDU* – Zurufe von den GRÜNEN und der LINKEN)

Die Stadt Hamburg als Land und Kommune kann bestehende Gesetze nicht aufheben, das wissen Sie, und auch laute Zwischenrufe machen es nicht möglich. Es geht also um humanitäre Hilfe. Der Senat sucht, wie schon gesagt, gemeinsam mit den Kirchen intensiv nach einer Möglichkeit der Unterbringung. Die afrikanischen Flüchtlinge haben bereits jetzt Zugang zu den Tagesaufenthaltsstätten, sie haben Zugang zu ärztlicher Versorgung, und auch die Beratungsstellen stehen ihnen offen. Es gibt also Hilfsangebote, und das verschweigen Sie.

(Beifall bei der SPD)

Eine dauerhafte Bleibeperspektive können wir ihnen aber nicht bieten, so ehrlich müssen wir sein. Der politische Kampf für eine bessere europäische Flüchtlingspolitik kann nicht auf kommunaler Ebene geführt werden, sondern der wird im Bund geführt.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss an dieser Stelle aber auch deutlich sagen, dass ich das Vorgehen der italienischen Behörden sehr schwierig finde. Pässe ausstellen und Geld in die Hand drücken, das kann nicht die Lösung sein. Hier muss die Bundesregierung mit der italienischen Regierung ins Gespräch kommen, und dabei muss auch die dramatische Situation der Flüchtlinge in den Lagern in Italien ein Thema sein.

(Beifall bei der SPD)

Bei diesem Thema ist noch auf vielen Ebenen etwas zu tun. Für Hamburg habe ich die Herausforderung bei der Unterbringung geschildert. Wir haben in unserem vorgelegten Integrationskonzept die Situation der Flüchtlinge mit aufgerufen, Hamburg ist also tätig, auch im Fall der afrikanischen Flüchtlinge. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Voet van Vormizeele hat das Wort.

Kai Voet van Vormizeele CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einer Bitte an alle Fraktionen beginnen. Die Medienberichte der letzten Tage haben viele Emotionen geweckt und zum Teil auch zu Vorwürfen zu Beginn dieser Debatte geführt. Wir sind es uns selbst als Parlament, aber auch als Stadt schuldig, dass wir das, was wir hier gemeinsam debattieren, ernsthaft debattieren. Deshalb sollten wir im Ton und in der Argumentation vielleicht etwas angemessener sein.

(Kai Voet van Vormizeele)

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Bei allem Verständnis dafür, dass sich Menschen momentan in einer besonderen, schwerbelasteten Situation befinden, ärgert es mich manchmal, wenn ich den Eindruck bekomme, dass der eine oder andere dieser Gruppe von Menschen, der wir die Pflicht haben zu helfen, bewusst versucht, Hilfe angedeihen zu lassen, die eigentlich keine Hilfe ist. Wir brauchen eine Diskussion über Maßnahmen, die wir jetzt ergreifen können, wir brauchen aber keine Grundsatzdiskussion oder gar den Missbrauch dieser Gruppe für andere politische Ziele.

(Zuruf von *Dora Heyenn DIE LINKE*)

– Wenn Sie es so verstanden haben, Frau Heyenn, dann haben Sie es durchaus richtig verstanden.

Es geht um eine Gruppe von Menschen, für die wir die Pflicht haben, eine kurzfristige humanitäre Lösung zu finden. Das müssen wir hinkriegen. Frau Bekeris hat – wie ich finde, durchaus zu Recht – den Ansatz formuliert, dass eine zivilgesellschaftliche Lösung gefunden werden müsse. Sie werden meine Fraktion bei der Suche nach einer solchen Lösung durchaus an Ihrer Seite finden. Wir müssen aber auch deutlich – und das ist gerade für die betroffenen Menschen wichtig – für eine ehrliche Debatte und eine ehrliche Signalsetzung einsetzen. Und das Signal kann und darf nicht sein, dass diese 300 Flüchtlinge mit dieser Ausgangslage eine Zukunft in dieser Stadt haben. Das wird es nicht sein und das darf es nicht sein; das gehört zur Ernsthaftigkeit dieser Debatte auch dazu.

Wir müssen gemeinsam überlegen, wie wir kurzfristige Lösungen finden. Wir müssen aber auch, und das ist mir sehr wichtig, Italien und anderen Mitgliedstaaten im Schengener Raum deutlich machen, dass das In-die-Hand-Drücken von Bahntickets und Geldern keine Lösung von Flüchtlingsfragen ist. Das ist nicht hinzunehmen, das kann Hamburg nicht akzeptieren.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Wir können es besonders deshalb nicht akzeptieren, weil den Menschen damit falsche Hoffnungen gemacht worden sind. Es ist schlimm, dass der Eindruck erweckt wurde, bei uns würde es weitergehen, hier könnte mit dieser Art von Schengen-Visa gearbeitet werden. Das stimmt nicht, das ist falsch. Deshalb müssen wir, so schwer es uns manchmal im Einzelfall fallen mag, auch konsequent bleiben. Aber wir müssen auch humanitäre Lösungen finden mit dem klaren Ziel, dass diese Flüchtlinge nach Italien zurück müssen. Das muss Italien klar sein, das muss den beteiligten Flüchtlingen klar sein, und das müssen wir auch jedem Hamburger deutlich sagen.

Ein letztes Wort. Ich habe eben schon auf den Beitrag von Frau Bekeris hin gesagt, dass Sie in dieser Frage die größte Oppositionsfraktion an Ihrer Seite finden werden. Ich erwarte vom Senat aber auch, dass er handelt. Tun Sie das gemeinsam mit dem Bund, denn auch der Bund hat hier eine Verpflichtung. Das ist kein Problem, das Hamburg mit eigener Außenpolitik lösen könnte, es ist ein europäisches Problem. Wenn wir jetzt gehört haben, dass wir dieses Problem auch deshalb haben, weil es kein Rückführungsabkommen mit Italien gibt, weil wir alle bisher dem vielleicht politisch naiven Glauben anhängen, Rückführungsabkommen würden im Schengen-Raum nicht gebraucht, dann haben wir zumindest da etwas gelernt und müssen nun schnellstens gemeinsam mit dem Bund Lösungen finden.

Noch einmal klar und deutlich: Die Lösung lautet, kurzfristige humanitäre Hilfe, aber dann Rückführung nach Italien.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Möller hat das Wort.

Antje Möller GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, Versachlichung der Debatte ist ein guter Appell. Wir sind froh, dass überhaupt eine Debatte stattfindet.

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal, dass dem Senat seit Mitte März durch ein Schreiben des BMI bekannt ist, dass Flüchtlinge aus Italien kommen. Seit Anfang März schließt Italien seine Flüchtlingsunterkünfte, und es war klar, dass das Signal mitgegeben wurde, es gibt 500 Euro und man könne sich im restlichen Europa innerhalb des Schengener Raums bewegen. Das Signal ist angekommen, nur hat der Senat nichts getan, das ist das Problem.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Einzelne Abgeordnete haben Schriftliche Kleine Anfragen zu diesem Thema gestellt, aber der Senat hat sich tatsächlich – Frau Bekeris, ich sage es hier noch einmal – weggeduckt. Jetzt muss er wieder auftauchen, weil vor zwei Wochen endlich das öffentliche Interesse geweckt wurde und wir eine Debatte in dieser Stadt haben; da hilft das Wegducken nämlich nicht mehr.

Ein bisschen selbstgerecht fand ich Ihre Rede schon – eigentlich ziemlich selbstgerecht, um es ein bisschen schärfer zu sagen –,

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

weil die Situation dieser Flüchtlinge durchaus etwas mit Hamburg zu tun hat. Sie hat vor allem etwas mit der europäischen Asylregelung zu tun, und

(Antje Möller)

sie hat auch etwas damit zu tun, dass niemand sich dieses Themas ernsthaft annehmen will.

Es ist keine Lösung, die Flüchtlinge nach Italien zurückzuschicken, wenn es keine Änderung des italienischen Verhaltens im Umgang mit den Flüchtlingen gibt, Herr van Vormizeele.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Von daher darf man das hier auch nicht so laut sagen, ebenso wenig, wie man nicht so laut sagen darf, dass es für alle Flüchtlinge einen Aufenthalt in Deutschland geben wird; das wäre genauso fahrlässig. Nur ist die Frage, was Hamburg eigentlich macht. Welche Angebote gibt es denn vom Senat? Wenn man sich einmal anschaut, was in den letzten mehr als zehn Wochen gelaufen ist, dann hat es Mitte April für vier Tage eine, wie es immer so schön heißt, zielgruppenorientierte Beratung im Pik As gegeben. Das war es an Angebot für die Flüchtlinge, die ursprünglich aus Libyen gekommen sind. Die Aufgabe, die das Flüchtlingszentrum bekommen hat, hieß: Kümmern Sie sich darum. Inzwischen gibt es ein Hin und Her, ob die Diakonie zuständig ist oder das Flüchtlingszentrum, und mit den Flüchtlingen selber hat bis vorgestern niemand gesprochen. Wenn niemand spricht und alle sich wegducken, dann ist das nicht ausreichend.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Auch die Tatsache, dass Menschen bei diesem Regenwetter seit nunmehr sieben Wochen ohne Unterkunft sind und erst jetzt, wo öffentlich diskutiert wird, seit zwei Wochen intensiv Gespräche mit der Kirche, mit Einrichtungen und löblicherweise auch mit dem Senat geführt werden, ist doch ein Armutszeugnis. Sie wissen seit Anfang März, dass dieses Thema auf uns zukommen wird, weil klar war, dass das Winternotprogramm im April ausläuft. Es hätte in dieser Stadt also längst eine Lösung geben müssen für diese Menschen.

Das Verknüpfen mit der Suche nach Plätzen in einer öffentlichen Unterbringung auch für andere Flüchtlingsströme finde ich völlig unangemessen,

(Beifall bei *Phyliss Demirel GRÜNE*)

weil das eine mit dem anderen überhaupt nichts zu tun hat.

Sie sprechen von Hilfsangeboten und appellieren an die Solidargemeinschaft. Liebe Kollegin, wir müssen schlicht und einfach eine Entscheidung treffen. Wenn das in diesem Fall nichts anderes als die Entscheidung für das Aufstellen von Zelten gewesen wäre,

(*Ksenija Bekeris SPD*: Wer hier wohl selbstgerecht ist, also wirklich!)

dann wären die Menschen schon seit sechs Wochen aus dem Regen heraus.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Kaesbach hat das Wort.

Martina Kaesbach FDP: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn man mit den Flüchtlingen aus Libyen, Nigeria, Togo oder Ghana – denn auch daher kommen sie – spricht, dann erklären diese: Wir wollten unser Land nicht verlassen, uns ging es dort gut. Sie berichten, dass sie in Italien arbeiten wollten, aber man ließ sie nicht, man wies sie hinaus. Eines muss man sich bei diesem Thema vor Augen führen: Die libyschen Flüchtlinge haben ihr Schicksal nicht gewollt. Man mag den Nato-Militäreinsatz 2011 in Libyen und vor allem dessen Motivationslage beurteilen wie man will, die Folgen für die Bevölkerung sind erheblich.

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Das Land befindet sich noch im Aufbau. Im Juli letzten Jahres wurde ein allgemeiner Nationalkongress gewählt. Teile des Landes sollen noch unter der Gewalt von Milizen sein. Das Auswärtige Amt hat Libyen für Touristen als Gefahrenland deklariert. Insofern kann man sich darüber streiten, ob eine Abschiebung im humanitären Sinne akzeptabel wäre. Italien hat die Flüchtlinge aus Libyen aufgenommen und ihnen nicht nur ein Aufenthaltsrecht gewährt, sondern, wie wir hörten und lasen, ihnen auch sogenannte Fremdpässe ausgehändigt, mit denen sie sich im gesamten Schengener Raum aufhalten können. Die Flüchtlinge berichten, dass sie in Italien in temporären Unterbringungen untergebracht waren, bis diese einfach geschlossen wurden. Sie bekamen 500 Euro in die Hand gedrückt und wurden in den Norden geschickt; Letzteres dementiert die italienische Regierung aktuell. Wenn Italien aber tatsächlich eine Weiterleitung der Flüchtlinge in den Schengener Raum betrieben hat, dann ist das ein Skandal, um Herrn van Vormizeeles Worte zu wiederholen. Nach dem Dubliner Abkommen ist bekanntlich der Mitgliedsstaat, der die Aufenthaltserlaubnis erteilt hat, für die Prüfung des Asylantrags zuständig.

Etwa 250 afrikanische Flüchtlinge sollen im Februar nach Hamburg gekommen sein. Sie fanden im Winternotprogramm ein Dach über dem Kopf. Seitdem das Winternotprogramm am 15. April seine Tore geschlossen hat, leben sie auf der Straße. Viele wurden aufgrund der schlechten Witterung krank. An dieser Stelle muss grundsätzlich festgestellt werden: Dubliner Abkommen, Schengen und Italien hin oder her, die Flüchtlinge dürfen nicht zum Spielball der Politik werden.

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und bei *Antje Möller GRÜNE*)

Mit den Flüchtlingen kam die Not nach Hamburg, und damit ist es nicht nur die Not der Flüchtlinge,

(Martina Kaesbach)

sondern auch Hamburgs Not. Völlig verwunderlich ist der Umstand, dass der Senat – Frau Möller hat es eben benannt – vor zwei Wochen in seiner Antwort auf meine Schriftliche Kleine Anfrage behauptet hat, ihm lägen keine konkreten Erkenntnisse von einer starken Häufung von Personen, die im Innenstadtbereich übernachten, vor. Das legt nun wirklich die Vermutung nahe, dass der Senat solchen Zuständen mit dem Motto begegnet: Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß. Da müssten offenbar die afrikanischen Flüchtlinge aus lauter Verzweiflung erst an der Kurt-Schumacher-Allee ein Zelt aufbauen und das Rathaus stürmen, ehe der Senat sich regt. Das ist absolut inakzeptabel.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der LINKEN)

Es kann nicht sein, dass der NDR am 7. Mai eine große Gruppe afrikanischer Flüchtlinge findet, interviewt, detailliert berichtet, und der Senat eine Woche später erklärt, er wisse von nichts.

Wir leben in einem Industrieland, in dem kein Mensch auf der Straße leben muss. Inzwischen halten die Afrikaner mit Unterstützung des Vereins KARAWANE eine ständige Mahnwache am Hauptbahnhof. Die Kirche bemüht sich offenbar um Hilfe. Wir wissen, dass es derzeit mit den Plätzen der öffentlichen Unterbringung sehr schlecht bestellt ist, das muss ich an dieser Stelle auch sagen, und da stimme ich mit Ihnen, Frau Möller, nicht überein.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Dann stimmen Sie mal in den Bezirken überall zu!)

Diese Themen haben sehr wohl miteinander zu tun. Der Senat steht derzeit bekanntlich mit der Suche nach Flächen für die Unterbringung von Zuwanderern und Obdachlosen vor einer sehr großen Herausforderung. Laut "Hamburg Journal" vom 23. Mai sind alle öffentlichen Wohnunterkünfte belegt. Es soll lange Wartelisten von obdachlosen Menschen geben. Trotzdem ist dies kein Grund, die Augen zu verschließen, wenn sich eine Gruppe notleidender Menschen vor der eigenen Tür aufhält. Es reicht eben nicht, die Menschen auf Italien zu verweisen und ihnen ein Bahnticket spendieren zu wollen. Nein, Senator Scheele, suchen Sie gemeinsam mit den Flüchtlingsverbänden, der Kirche und anderen Verbänden nach Möglichkeiten, die afrikanischen Flüchtlinge über einen vorübergehenden Notbehelf unterzubringen. Gehen Sie mit den Bundesbehörden und den italienischen Behörden ins Gespräch darüber, in welcher Weise die Rückkehr dieser Flüchtlinge nach Italien zu organisieren ist und wie Sorge getragen werden kann, dass sie in Italien auch menschenwürdig unterkommen. Handeln Sie jetzt. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Senator Scheele.

Senator Detlef Scheele: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hier ist vieles Richtige gesagt worden, aber es ist auch über viele Dinge geredet worden, die – leider, will ich sagen – schlichtweg nicht gehen. Und ich glaube, dass zumindest Regierungsmitglieder gut beraten sind, wenn sie sich an Recht und Gesetz halten, weil nur Recht und Gesetz in Hamburg und im Bund wirkliche Perspektiven bieten und Pfade eröffnen, die man beschreiten und über die man im Zweifel auch Geld bewegen kann.

Ich bin wie Frau Kaesbach der Auffassung, dass das Thema Flüchtlinge kein Thema für das politische Ränkespiel zwischen den Parteien sein sollte. Deshalb haben wir uns sehr, sehr zurückhaltend zu all diesen Themen geäußert, bis wir etwas sagen können. Nicht einmal heute können wir alles sagen, weil es schwerer ist, als viele in diesem Hause denken, Flächen zu finden. Lassen Sie mich vorab auf Einiges hinweisen.

Erstens: Hier redet heute der Sozialsenator und nicht mein Kollege Neumann, weil es ein humanitäres Problem gibt. Wir haben uns abgestimmt, wir vertreten die gleiche Position, aber es redet ausdrücklich der Sozialsenator.

(Zuruf von der CDU: Das verstehe ich nicht!)

– Das macht nichts.

Zweitens: Die Flüchtlinge sind, soweit wir wissen, afrikanische Wanderarbeitnehmer, die vor so und so vielen Jahren nach Libyen gekommen sind, dort gearbeitet haben und mit dem libyschen Frühling, der Revolution und dem Abdanken von Gaddafi in Libyen offensichtlich keine Perspektive mehr gesehen haben und auch nicht zurückgegangen sind in ihre Heimatländer, sondern den beschwerlichen Weg über das Mittelmeer genommen haben und in Italien gelandet sind.

Wie das europäische Asylrecht funktioniert, ist mehrfach gesagt worden. Italien hat die Außengrenzen und ist ein sicheres Drittland. Dort muss das Verfahren abgewickelt werden. Italien hat seine Flüchtlingsunterkünfte geschlossen und Passersatzpapiere ausgestellt, mit denen man sich drei Monate im Schengen-Raum bewegen kann. Wir sind im Gespräch. Sie werden sich vorstellen können, dass die Regierung im Gespräch mit der italienischen Regierung ist, aber wir sprechen nicht jeden Tag darüber, das werden Sie auch verstehen. Wir sprechen mit dem Bundesinnenminister, und Wolfgang Schmidt, unser Bevollmächtigter, spricht mit dem Botschafter. Die Situation heute ist folgende: Bevor man laut schreit, dass die italienische Regierung den Menschen 500 Euro in die Hand gedrückt habe, damit sie nach Deutsch-

(Senator Detlef Scheele)

land fahren, muss man mit der Regierung sprechen.

(Zuruf von *Mehmet Yildiz DIE LINKE*)

– Ich bin aber ein Regierungsmitglied, Herr Yildiz.

(Zurufe von *Dr. Andreas Dressel SPD*, *Christiane Schneider* und *Mehmet Yildiz*, beide *DIE LINKE*)

– Ich versuche es doch gerade zu erklären.

Die italienische Regierung ist mit der Bundesregierung im Gespräch und dort wird gesagt: Wir haben im Einzelfall 500 Euro gezahlt, aber nicht mit der Zielsetzung, unbedingt außer Landes zu gehen, sondern das innerhalb Italiens auszugeben. Ich zitiere nur, was uns gesagt wird, und das muss man erst einmal hinnehmen.

Zweitens verfügen Italien und die Bundesrepublik über eine regierungsübergreifende Arbeitsgruppe auf Staatssekretärsbene in Berlin, die die Rückführung von Menschen, die Italien mit diesen Ersatzpapieren verlassen haben, nach Italien organisiert, sodass wir in der Tat einen Link in Richtung Italien haben, wie eine geordnete Aufnahme dort stattfinden kann. Ich habe in den Diskussionsbeiträgen nicht gehört, dass jemand gesagt hat, unter den gegenwärtigen rechtlichen Bedingungen habe jemand ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht in Deutschland. Deshalb muss man sich mit der italienischen Regierung darum kümmern, dass es dort eine vernünftige Form der Einmündung gibt, wo zumindest eine Arbeitserlaubnis besteht. Ich weiß, dass es schwer ist. Aber hier ist es auch schwer, und ohne Deutschkenntnisse und Arbeitserlaubnis ist es unmöglich.

Deshalb werden wir uns gemeinsam mit der Kirche, der Diakonie und dem Flüchtlingszentrum, mit denen wir seit Langem im Gespräch sind – wir tun etwas, aber reden nicht immer darüber –, darum bemühen, unter vernünftigen Bedingungen zu einer geordneten Form der Rückreise dorthin zu kommen, wo zurzeit aus unserer Sicht die rechtlichen, aber auch die tatsächlichen Bedingungen, auch wenn sie schwer sind – das will ich überhaupt nicht in Abrede stellen –, zumindest besser sind als hier.

(Beifall bei der SPD)

Der Senat verkennt nicht, dass das Leben auf der Straße unbarmherzig ist. Gerade in diesem Mai war es das, es hat ununterbrochen geregnet. Die Forderung nach Zelten habe ich immer abgelehnt, denn man kann gegenwärtig in Hamburg nicht mehrere Hundert Menschen auf Wiesen unterbringen. Das geht leider nicht, denn die Wiesen sind in einem Zustand, in dem es einfach nicht geht. Sonst wäre das vielleicht ein Weg gewesen, aber das ist faktisch völlig unmöglich.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Und dann bleiben sie auf der Straße! – Gegenruf von *Karin Timmermann SPD*: Nun warten Sie doch mal ab!)

– Ruhig Blut.

Ich will noch auf einen Hinweis eingehen, den auch Frau Bekeris genannt hat. Es ist nicht so, dass die Infrastruktur in Hamburg für Menschen, die aus anderen Ländern kommen, ganz schlecht ist, sie steht auch diesen Menschen offen. Die Tagesaufenthaltsstätten, vier an der Zahl, geben Essen und Kleidung, und die Kleiderkammern sind voll. Wenn jemand krank ist, haben wir im Gespräch mit den Flüchtlingen die Adressen der Arztpraxen ausgehändigt, die sich auch um illegal in Hamburg lebende Menschen kümmern, sodass auch dort eine Anlaufmöglichkeit besteht. Ich habe gestern schon gesagt, dass es die Nummer 112 in dieser Stadt gibt, und wer krank ist, wird in einem Krankenhaus aufgenommen und behandelt. Die Kostenfrage wird geklärt, wenn die Behandlung beendet ist. Ich lege darauf wert, dass das in dieser Stadt so ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind mit dem Flüchtlingszentrum, der Diakonie und der Kirche seit mehreren Wochen, zuletzt sehr intensiv, im Gespräch – auch die Kirchen haben nach Räumen in ihren eigenen Ressourcen gesucht, aber zunächst nichts gefunden –, wie wir, wenn es um eine geordnete Rückreise geht, diese bei dem Wetter, das wir zurzeit haben, humaner ablaufen lassen können. Der Senat ist bereit, wenn es uns gelingt, eine solche Unterkunft zu finden – es sollen keine Zelte sein, sondern eine feste Unterkunft –, diese für vier bis sechs Wochen zur Verfügung zu stellen unter der Bedingung, dass das ein Bestandteil der Rückreise nach Italien ist. Mit dieser Unterbringung aus humanitären Gründen soll ein Schutz vor Krankheiten stattfinden. Das versuchen wir mit der Diakonie und der Kirche hinzubekommen, die Geld und ehrenamtliches Engagement geben. Wir bedanken uns ausdrücklich, dass wir hier nicht alleine stehen.

(Beifall bei der SPD und bei *Carl-Edgar Jarchow FDP*)

Ich kann Ihnen heute nicht sagen, wann wir das realisiert haben werden. Hier ist darauf hingewiesen worden, wie schwer die öffentlich-rechtliche Unterbringung in Hamburg zurzeit zu organisieren ist; das haben wir öfter miteinander besprochen. Wir bemühen uns und versuchen auch nicht, solche Standards zu finden, wie wir sie bei öffentlich-rechtlicher Unterbringung haben, damit wir überhaupt etwas finden. Unser Angebot ist: medizinische Versorgung, Tagesaufenthaltsstätten mit Kleidung und Essen, der Versuch einer befristeten Unterkunft für wenige Wochen im Rahmen eines Gesamtkonzepts zur Rückführung nach Italien oder,

(Senator Detlef Scheele)

wenn es im Einzelfall gewünscht ist, auch in die ursprünglichen Heimatländer. Wenn das der Wunsch sein sollte, dann geht das auch. Aber der Senat hat keine Möglichkeit, hier eine dauerhafte Bleibeperspektive zu eröffnen. Die Kooperation zwischen der Hamburger Landesregierung, der Bundesregierung, der italienischen Botschaft und den Behörden in Italien ist augenblicklich gut, sodass wir hoffen, auch im Herkunftsland eine Perspektive entwickeln zu können, in die man verantwortbar zurückschicken kann. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Meine Damen und Herren! Jetzt haben die Fraktionen Gelegenheit, darauf zu antworten. Frau Schneider hat das Wort.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren! Die Debatte wird emotional geführt, weil wir Menschen sind und weil Menschen in einer reichen Stadt inmitten von Reichtum auf der Straße leben.

Herr Senator, es ist außerordentlich bedauerlich, dass Sie auf keinen einzigen der konkret erhobenen Vorwürfe eingegangen sind. Zuletzt hat Frau Kaesbach in ihrer Rede, die ich sehr begrüße, sehr konkrete Vorwürfe erhoben, wie Sie sich weggeduckt und wochenlang überhaupt nicht reagiert haben.

(Karin Timmermann SPD: Hat er doch!)

Sie sind mit keinem einzigen Wort darauf eingegangen, und ich frage Sie, was Sie eigentlich bis kurz nach Pfingsten gemacht haben.

(Zuruf von der SPD: Sie müssen mal hinhören!)

– Ich habe hingehört und nichts gehört. Bis kurz nach Pfingsten ist überhaupt nichts passiert.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Kurz nach Pfingsten sind die Verhandlungen mit der Kirche aufgenommen worden. Die Kirche hatte konkrete Vorschläge, wie eine Nothilfe geleistet werden kann, da waren die Flüchtlinge bereits über fünf Wochen obdachlos.

Zum Zweiten. Heute haben die sieben afrikanischen Flüchtlinge aus Libyen, die am Bismarck-Denkmal übernachteten, folgende Verfügung des Bezirksamts Hamburg-Mitte bekommen:

"Hiermit werden Sie aufgefordert, bis zum 29.5.13, 15.00 Uhr, die Parkanlage zu verlassen. Sollten Sie dieser Weisung nicht Folge leisten, werden gegen Sie unverzüglich, nach Fristenablauf, Zwangsmaßnahmen eingeleitet. Sie verstoßen gegen geltendes Recht. Hier: Grün- und Erholungsanlagen"

(Jens Kerstan GRÜNE: Humanitäre Hilfe!)

Ich habe den stellvertretenden Bezirksamtsleiter angerufen und ihn gefragt, was er sich dabei denke. Er war zunächst nicht informiert, hat aber sofort versichert, dass es um die Grünanlagen gehe. Ich habe entgegnet, dass es um die Menschenwürde gehe, und daraufhin sagte er: "Das mögen Sie für wichtiger halten, hier geht es um die Grünanlagen." Das ist eine Bankrotterklärung.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Ich hoffe, dass den Flüchtlingen nicht die wenigen Habseligkeiten, die sie noch haben, weggenommen werden und dass sie nicht vertrieben werden und wenigstens auf Rasen schlafen dürfen und nicht auf Beton.

Herr Scheele, das ist – und das wissen Sie wahrscheinlich so gut wie ich – in gewisser Weise eine Kapitulation. Es handelt sich um 300 Flüchtlinge, um Kriegsflüchtlinge aus Libyen. Mehrere Hunderttausend der Kriegsflüchtlinge aus Libyen, Schwarzafrikaner, sind in schwarzafrikanische Länder gegangen, zum Beispiel allein – ich habe es heute noch einmal nachgelesen – 200 000 nach Niger, wo private Hilfsorganisationen versucht haben, Hilfe zu leisten, um diese Menschen irgendwie zu unterstützen. Deren Familien waren zerrüttet, weil sie wochenlang nichts mehr bekommen haben, und die Frauen wurden zur Prostitution gezwungen. Das wird sehr eindrücklich geschildert.

Italien hat circa 60 000 Flüchtlinge aufgenommen. Die EU hat sich geweigert, einen gerechten Verteilungsschlüssel vorzunehmen, damit die Länder, die eine höhere Wirtschaftskraft haben, auch mehr leisten, und das Problem Italien aufgebürdet. Ich kritisiere den Umgang der italienischen Regierung und Behörden mit den Flüchtlingen, aber es ist völlig klar, dass dieses Problem nicht von Italien, Malta oder Griechenland gelöst werden kann, sondern nur gemeinsam.

Warum ich sage, dass das eine Kapitulation ist: Wir wissen, wie viele Hunderttausend Flüchtlinge aus Syrien in Lagern in der Türkei, Jordanien und im Libanon leben, und wir wissen, dass das angesichts der großen Umwälzungen ein kleiner Eisberg ist, den wir hier zu bewältigen haben. Ich halte es für eine Kapitulation, wenn wir sagen, dass wir auch diesen kleinen Eisberg nicht lösen wollen, dass wir ihn hier nicht haben wollen und dass wir mit diesem Problem nichts zu tun haben wollen. Wir haben mit dem Problem zu tun, und wir werden in größerem Ausmaß mit dem Problem zu tun bekommen. Die Menschen immer wieder nach Italien zurückzuschicken ist keine Lösung.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie müssen sich auf Bundesebene und auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass es eine europäische Lösung gibt und dass die Bundesre-

(Christiane Schneider)

publik Deutschland und Hamburg ihren angemessenen Anteil an der Lösung dieses Problems tragen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Möller hat das Wort.

Antje Möller GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will nur einen Aspekt aus Ihrer Rede aufgreifen, Herr Scheele. Sie haben keine Informationen darüber gegeben, was seit dem Schreiben des BMI vom 27. März in Hamburg getan wurde. Die Situation war doch absehbar. Was wäre eigentlich passiert, wenn die Flüchtlinge nicht an die Öffentlichkeit gegangen wären? Würden Sie dann jetzt auch an einer Lösung arbeiten? Hätten Sie sich an die Bundesregierung gewendet, und so, wie Sie es geschildert haben, mit Vertretern der italienischen Behörden gesprochen? Das alles erscheint mir wenig glaubhaft. Sie hätten ohne den öffentlichen Druck nicht gehandelt, und das ist eine bittere Erkenntnis.

(*Ksenija Bekeris SPD:* Das ist aber auch eine Unterstellung!)

Was aber das Ergebnis dieses Handelns ist, will ich noch einmal aufgreifen. Sie machen eine zwingende Verknüpfung, nämlich dass es eine Unterkunft gibt, wenn die Menschen sich registrieren lassen und ihre Rückreisebereitschaft dokumentieren. Was ist denn eigentlich, wenn nicht? Was mit Italien und auf europäischer Ebene zu verhandeln ist, kann doch noch Wochen und Monate dauern. Ebenso kann es noch Wochen und Monate dauern, bis auf Bundesebene entschieden sein wird, ob man überhaupt auf die europäische Kommission zugeht. Sie können doch nicht so lange solch eine Zwangshaftung und die zwingende Verknüpfung vornehmen, dass es eine Unterkunft nur dann gibt, wenn die Menschen eindeutig erklären, dass sie bereit sind, zurückzureisen. Wohin denn eigentlich?

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Nach Italien!)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Wird weiter das Wort gewünscht? – Dies ist nicht der Fall. Dann ist die Aktuelle Stunde beendet.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 29, Drucksache 20/7996, Antrag der FDP-Fraktion: Kein Wertpapierankauf durch den hsh finanzfonds!

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Kein Wertpapierankauf durch den hsh finanzfonds!]**

– Drs 20/7996 –]

Diese Drucksache möchte die FDP-Fraktion an den Ausschuss Öffentliche Unternehmen überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Kluth hat das Wort.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kollegen und Kolleginnen! Als ich die Drucksache des Senats zur Garantieerhöhung gelesen habe, habe ich mir zwei Fragen gestellt.

Ich will an dieser Stelle ausdrücklich nicht zur Frage der Garantieerhöhung selbst sprechen, denn die Diskussion in der Bürgerschaft dazu steht uns noch bevor, sondern nur zur Frage der Option eines Verkaufs von Wertpapieren an den Finanzfonds.

Ich habe mir die Frage gestellt, wer eigentlich auf die hanebüchene Idee kommt, hochriskante, toxische Wertpapiere aus dem Bestand der HSH Nordbank an die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein zu verkaufen, also an den gemeinsamen Finanzfonds.

Die zweite Frage ist, wer die Idee hatte, eine solch abwegige Überlegung in die uns vorliegende Drucksache, mit der der Senat um die Zustimmung für die Wiedererhöhung der Ländergarantien auf 10 Milliarden Euro bittet, zu schreiben und in dieser Drucksache ernsthaft als – ich zitiere – "zusätzliche Handlungsoptionen" zu bezeichnen. Wer kommt auf solche abwegigen Ideen? Denn was bedeutet eine solche Transaktion konkret, ein solcher Verkauf von Wertpapieren mit hohen Risikogewichten, wie sie in der Drucksache als Option dargestellt wird? Frau Heinold, die Finanzministerin von Schleswig-Holstein, hat das in der dortigen Landtagssitzung am 25. April sehr anschaulich beschrieben – ich zitiere –:

"Entweder werden die Wertpapiere an Dritte verkauft [...] oder die Anstalt kauft die Papiere selbst – mit der Chance einer Wertaufholung, aber auch mit dem Risiko eines weiteren Wertverlustes."

– Zitatende.

Ich wiederhole ausdrücklich: "mit dem Risiko eines weiteren Wertverlustes" und ich ergänze: "auch mit dem Risiko eines Totalverlustes". Es handelt sich um amerikanische Immobilienkredite, fast eine Milliarde verbrieft Kredite gegen amerikanische Studenten. Wer, bitte schön, soll ein solches Portfolio beim Finanzfonds ernsthaft managen, wenn dazu offenbar noch nicht einmal die Spezialisten der HSH Nordbank in der Lage waren?

Meine Damen und Herren! Damit würde der Finanzfonds in der Tat zu einer Bad Bank mutieren. Das Kaufen von Wertpapieren in der Hoffnung auf Gewinn und mit dem Risiko auf Verlust bezeichnet

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

man eigentlich als Spekulation. Wir wollen ausdrücklich nicht, dass die Länder mit dem Geld der Steuerzahler spekulieren, und ich bin sicher, dass das auch die Bürger angesichts einer gegenwärtig verbliebenen Gewährträgerhaftung von über 30 Milliarden Euro, einer nach der Risikoplanung der Bank realistischen Inanspruchnahme der Länder von 1,3 Milliarden Euro in 2019 und den Garantien der Länder, die möglicherweise demnächst auf 10 Milliarden Euro erhöht werden, nicht wollen.

(Beifall bei der FDP und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Daher sollte man solchen Gedankenspielen möglichst schnell einen Riegel vorschieben, wie es die Kolleginnen und Kollegen im Landtag von Schleswig-Holstein bereits getan haben. Sie haben nämlich auf Initiative der FDP-Fraktion einen interfraktionellen Antrag gestellt. Die interfraktionellen Antragsteller sind FDP, CDU, SPD, GRÜNE und der SSW, nur die PIRATEN sind nicht dabei. Der Wortlaut und Inhalt dieses Antrags lautet:

"Der Landtag lehnt einen Ankauf von Wertpapieren [...] durch den hsh finanzfonds [...] ab."

Das wiederum entspricht zu 100 Prozent dem Inhalt und Wortlaut des Antrags, den wir Ihnen heute zur Beschlussfassung vorgelegt haben. Wir laden Sie also ein und appellieren an Sie, dem vernünftigen Vorbild der Kolleginnen und Kollegen aus Schleswig-Holstein zu folgen, wo sämtliche Fraktionen mit Ausnahme der PIRATEN den gleichen Antrag in den Landtag eingebracht haben. Wie ich gehört habe, hat Finanzministerin Heinold diese Position während der Beratungen im Finanzausschuss des Landtages noch einmal ausdrücklich bekräftigt und erklärt, dass der Ankauf von Wertpapieren durch den Finanzfonds von Schleswig-Holstein nicht weiterverfolgt werde. Es gibt auch keine Anzeichen dafür, dass die Kollegen von SPD, CDU, GRÜNEN oder SSW in Schleswig-Holstein ihren eigenen Antrag nicht mehr weiterverfolgen oder nicht zustimmen wollen. Daher appellieren wir an die Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft, insbesondere die der SPD-Mehrheitsfraktion, ein Gleiches zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Aber, um das auch gleich zu sagen, der Antrag hat sich nicht etwa dadurch erledigt, dass Herr Senator Tschentscher einige Erklärungen gegenüber der Presse abgegeben hat,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Sogar gegenüber dem Haushaltsausschuss!)

denn nach wie vor, Herr Dressel, liegt uns eine unveränderte Senatsdrucksache vor. In dieser Senatsdrucksache heißt es unter Ziffer 6.3 zur Option des Wertpapierverkaufs wörtlich – ich zitiere –:

"Wertpapierverkäufe an die hsh finanzfonds [AöR] ermöglichen eine deutliche Entlastung der risikogewichteten Aktiva für die HSH bei gleichzeitig unveränderter Vermögensposition der Länder."

Abgesehen davon, dass das inhaltlich unzutreffend ist, ist das die aktuelle Fassung der uns vorliegenden Senatsdrucksache. Und solange es dort keine Klarstellung gibt, bleibt unser Antrag aktuell.

(Beifall bei der FDP)

Nun hat sich Senator Tschentscher zur Option solcher Wertpapierverkäufe in der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses am vergangenen Freitag etwas kryptisch geäußert. Er hat gesagt, dass diese schon deshalb nicht mehr in Betracht kämen, weil man nach dem Meinungsbild in Schleswig-Holstein die dazu notwendigen Änderungen des Staatsvertrags ohnehin nicht mehr hinbekommen werde. Und im "Hamburger Abendblatt" von gestern wird der Senator mit den Worten zitiert:

"Wir planen derzeit keine Umsetzung dieser Maßnahme."

Ich wiederhole: "derzeit". Herr Tschentscher, das ist schwach. Eine definitive Ablehnung hört sich für meine Ohren anders an. Daher ist es richtig und wichtig, dass auch die Bürgerschaft noch einmal eine starke Bekräftigung abgibt, dass wir solche Verkäufe von Hochrisikopapieren der Bank an die Länder nicht wollen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Ich habe am Anfang der Diskussion die mehr rhetorische Frage gestellt, wer sich eigentlich solche irrwitzigen Optionen ausdenkt und diese dem Senat dann auch noch in seine Drucksachen schreibt. Diese Frage ist von den Sachverständigen in der Expertenanhörung zur Garantieerhöhung – Frau Hajduk ist auf dem richtigen Pfad – sehr klar beantwortet worden. Der Plan aus der Senatsdrucksache, nämlich die Garantieerhöhung verbunden mit der Option des Wertpapierverkaufs, basiert allein auf den aus der Bank zugelieferten Einschätzungen und Zahlen, sie basiert eben nicht auf unabhängigen Einschätzungen und Zahlen. Die Bank hat ein besonderes Eigeninteresse, ihren Erhalt zu gewährleisten und nicht auch die Option einer geordneten Abwicklung zu untersuchen. Dieses Interesse der Bank muss nicht, aber kann sich unterscheiden von dem Interesse der Länder, weiteren Schaden von den Steuerzahlern in Hamburg und Schleswig-Holstein abzuwenden. Daher brauchen wir endlich eine eigene Beteiligungsstrategie der Länder, die auf unabhängigen Einschätzungen und Zahlen beruht und nicht durch das Bankinteresse geleitet und gesteuert ist.

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

(Beifall bei der FDP und bei *Anja Hajduk, Dr. Anjes Tjarks, beide GRÜNE, und Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Wir brauchen einen Plan B, einen alternativen Plan für eine geordnete Abwicklung der Bank, denn wie heißt es so schön: Failing to plan is planning to fail, oder auch: Nicht planen heißt, planen fehlschlagen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Rugbarth hat das Wort.

Andrea Rugbarth SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal will Herr Dr. Kluth uns glauben machen, dass ein Ankauf von Wertpapieren unmittelbar bevorsteht. Dem ist nicht so, das hat Finanzsenator Tschentscher bestätigt, sondern wir unterhalten uns über eine Option, die zur Prüfung in der Drucksache steht – im Falle des Falles, dass man sie zusätzlich ergreifen könnte. Das ist als Extremfall dokumentiert, nämlich wenn die Kernkapitalquote in Zukunft nochmals trotz Erhöhung der Ländergarantien abfallen sollte und wir kurzfristig die HSH Nordbank noch einmal stabilisieren müssten. Dann ist solch eine Prüfung, die jetzt schon laufen kann, durchaus sinnvoll. Vor dem Hintergrund, dass derzeit etwas geprüft wird, ist ein zu diesem Sachverhalt ablehnender Antrag, also ein Antrag auf eine eventuell zukünftige Drucksache, eher unüblich, denn wir haben noch kein Ergebnis dieser aufsichts- und beihilferechtlich durchaus komplizierten Prüfung.

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Warum steht das dann in der Drucksache?)

– Herr Hackbusch, Sie sind gleich dran und dürfen sich dann äußern.

Wir können also, da diese Prüfungen noch nicht abgeschlossen sind, derzeit noch nicht wirklich beurteilen, ob solch eine Maßnahme in Zukunft vielleicht sinnvoll sein könnte oder eben nicht. Etwas jetzt schon abzulehnen, was im Notfall – also in diesem Extremfall – der HSH vielleicht helfen könnte und uns als den Ländern und Eigentümern, dafür werden Sie von uns heute keine Zustimmung erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Vor diesem Hintergrund halten wir die Entscheidung unserer schleswig-holsteinischen Kolleginnen und Kollegen für übereilt und können sie in Teilen in dieser Schnelligkeit und Aufregung, die ausgelöst worden ist, nicht ganz nachvollziehen.

(*Robert Bläsing FDP:* Die sind eben schlauer als Sie!)

Ich möchte auf den Mechanismus der Wertpapierankäufe eingehen und auf die von Ihnen genannten Befürchtungen. Sie wollen uns mit diesem Antrag glauben machen, so steht es zumindest im Vortext, dass der Haftungsrahmen der Länder durch den Ankauf der Wertpapiere ausgedehnt wird. Die Maßnahmen würden aber ausschließlich den Ankauf von Wertpapieren betreffen, die bereits unter der Sunrise-Garantie erfasst sind, denn das sind Altlasten und keine neuen. Für deren Ausfall, Totalausfall vielleicht sogar, übernehmen die Länder ohnehin den Verlust. Wir werden in jedem Fall diejenigen sein, die diese Verluste tragen müssen,

(*Olaf Ohlsen CDU:* Ist das so?)

egal, wo die Papiere zu diesem Zeitpunkt gehalten werden, ob in der HSH Nordbank oder im Finanzfonds, denn es ist ein Geschäft, das müssen wir uns immer vor Augen halten, zwischen zwei in staatlicher Hand befindlichen Unternehmen in unterschiedlichen Rechtsformen – die HSH Nordbank als öffentliches Unternehmen und der hsh finanzfonds AöR. Und egal, wo diese Verluste anfallen – ich sage es noch einmal –, das sind die Altlasten, und für diese müssen wir uns leider immer zuständig erklären.

Kommen wir zum Procedere des Geschäfts, falls die anstehenden Prüfungen ergeben würden, dass diese Option eine gute Option wäre. Der Finanzfonds nimmt einen Kredit auf, kauft der HSH die Wertpapiere ab und muss dann das Management dieser Wertpapiere bedienen. Sie sagen in Ihrem Antrag, dass das das Aufgabenspektrum des hsh finanzfonds übersteige. Hier würde ich Ihnen zu einem Teil recht geben. Aus diesem Grund wird das niemals der Finanzfonds selbst machen, sondern man wird immer Treuhänder und Fondsmanager einsetzen, die genau das bedienen. Der Finanzfonds selbst würde eine Risikoeinheit vorhalten müssen, um das Risiko ständig beobachten zu können.

(*Jens Kerstan GRÜNE:* Das gibt's alles umsonst!)

Damit würde eine personelle Aufstockung des hsh finanzfonds erforderlich sein, aber der Antrag bezieht sich nicht darauf, dass das etwas kostet, sondern der Antrag sagt, dass es das Aufgabenspektrum übersteigen würde und dass der Finanzfonds nicht in der Lage dazu wäre. Der Finanzfonds ist aber in der Lage, das zu managen, weil er sich mit Risiken auskennt.

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Kommen wir zu den positiven Aspekten, die ein Ankauf haben könnte – immer in der Möglichkeitsform, sagen Sie mir also bitte nicht, dass ich dafür bin. Es ist natürlich angedacht, dass man Wertpapiere ankauft, die auch eine spätere Wertsteigerung beinhalten können. Es gibt durchaus Exper-

(Andrea Rugbarth)

ten – Sie haben die amerikanischen Immobilienkredite genannt –, die sagen, dass diese langfristig steigen werden.

Nun würde ein HSH-Finanzfonds, der diese Papiere hält, von der Wertsteigerung profitieren oder sie bis zur Endfälligkeit halten, um von dieser Wertaufholung etwas zu haben. Von der Sache her wäre eine Wertaufholung, wenn es sie denn gäbe, ob sie bei der HSH Nordbank oder beim hsh finanzfonds anfällt, in beiden Fällen etwas Positives.

Einen Aspekt haben Sie in Ihrer Rede allerdings erstaunlicherweise nicht angesprochen, Herr Dr. Kluth, und das ist die Differenz, die zwischen dem Buchwert und dem Marktwert besteht, und diese Differenz wird gegen die Sunrise-Garantie gebucht. Auch das muss man nämlich heranziehen, und wenn man das heute täte, würde das Portfolio der Erstverlust-Tranche wesentlich schneller die 3,2 Milliarden Euro erreichen und die Zweitverlustgarantie würde eher greifen müssen. Das ist etwas, was in meinen Augen tatsächlich ein Risiko darstellt, und dafür möchte ich dann erst einmal von der HSH, vom Finanzfonds und auch vom Senat konkrete Zahlen haben, bevor ich hier und heute eine Maßnahme ablehne oder befürworte, die wir vielleicht in einigen Jahren anders beurteilen. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kleibauer.

Thilo Kleibauer CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der in der Diskussion befindliche Wertpapierankauf durch die Bundesländer über den hsh finanzfonds ist in der Drucksache des Senats ausdrücklich erwähnt. Er wird als Option angeführt, davon sollen wir formal in der nächsten Sitzung der Bürgerschaft Kenntnis nehmen. Insofern ist es doch konsequent, wenn man dazu hier als Bürgerschaft Position bezieht und eine Meinung beschließt. Herr Dr. Kluth hat angeführt, dass es in Kiel einen wortgleichen Antrag gibt, der in Schleswig-Holstein von einer sehr breiten Mehrheit getragen wird. Die SPD in Schleswig-Holstein ist Mittragsteller und hat sich auch einer Beratung im zuständigen Ausschuss nicht verweigert. Wenn Sie sagen, dass Sie es weiter diskutieren wollten, Frau Rugbarth, dann könnten Sie dem Überweisungsantrag an den Ausschuss zustimmen.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Es ist schon eine merkwürdige Diskussion, die Sie hier führen, dass Sie sich nicht nur im Ergebnis anders verhalten als die Kollegen in Schleswig-Holstein, sondern denen auch noch vom Rednerpult aus Vorwürfe machen, die würden das nicht kapie-

ren und sich zu schnell entscheiden. Das wirft doch Fragen auf, wie Sie sowohl auf Ebene der Fraktion als auch auf Ebene des Senats in dieser wichtigen Frage bei diesem sensiblen und hochkritischen Thema HSH Nordbank die Abstimmung führen. Das finde ich bedenklich.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben das auch gleich ein bisschen konkretisiert und gesagt, dann könnte der Finanzfonds einen Kredit aufnehmen und so und so stellen Sie sich das vor. Da liegt doch der Verdacht nahe, dass die Überlegungen etwas konkreter sind als das, was bislang angeführt worden ist, denn – da wird Herr Tschentscher dann vielleicht auch für Klarheit sorgen – einmal sagt der Senat, es gebe diese Option, aber derzeit nicht, und dann sagt er wieder, vielleicht auch nicht.

(Jan Quast SPD: Sie haben doch die Antwort auf Ihre Anfrage bekommen! Da steht, es ist nicht beabsichtigt!)

– In der Antwort auf die Schriftliche Kleine Anfrage steht nicht "nicht beabsichtigt", sondern "derzeit nicht beabsichtigt". Lieber Herr Quast, wenn Sie zitieren, müssen Sie richtig zitieren.

Und dann sagt der Senat, im Moment könne er das eh nicht allein entscheiden, weil Schleswig-Holstein dagegen sei. Das ist doch auch kein Stil bei diesem Thema.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Man kann in der Tat – man muss auch den ganzen Baukasten einmal aufmachen – die Frage des Wertpapierankaufs prüfen, aber dann kann man auch sehr schnell zu einem Ergebnis kommen, und wir sind zum Ergebnis gekommen, dass das nicht sinnvoll ist.

Gehen wir doch einmal die Punkte durch, Frau Rugbarth. Sie haben gesagt, es gebe den Marktwert und die Differenz zum Buchwert. Wo gibt es denn bitte schön bei diesen Wertpapieren im Moment einen Marktwert? Ich kenne ihn nicht, und alle Experten sagen Ihnen, es gebe im Moment keinen vernünftigen Marktwert, es gebe höchstens Verkäufe von Portfolien durch Banken, die sehr unter Druck seien und unbedingt aus gewissen Portfolien herauswollten.

Zweiter Punkt: hsh finanzfonds. Da müssen Sie schlichtweg einmal ins Gesetz und in den Staatsvertrag schauen, dem wir hier in der Bürgerschaft zugestimmt haben. Der jetzige Auftrag dieser Anstalt des öffentlichen Rechts sieht es gar nicht vor. Ganz abgesehen davon hat der Finanzfonds überhaupt keine Liquidität. Er müsste in der Tat, wie Sie gesagt haben, einen Kredit aufnehmen, und was hätten wir dann? Dann hätten wir nicht den hsh finanzfonds, sondern dann hätten wir eine Art Hedgefonds im Eigentum der Bundesländer Ham-

(Thilo Kleibauer)

burg und Schleswig-Holstein, die Kredite aufnehmen und damit Wertpapiere kaufen, und ein Risiko, das Sie selbst nicht ermitteln können. Das ist doch auch nicht sinnvoll.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Abgesehen davon würden wir ein neues EU-Beihilfethema auslösen. Das ist noch eine Stufe komplexer als das Thema der Garantierhöhung.

Wir dürfen uns doch eines nicht vormachen: Die Bank kennt die Strukturen, den Wert, die Chancen und die Risiken ihres Wertpapierportfolios viel besser als die Stadt oder der HSH Finanzfonds. Was macht es denn für einen Sinn, wenn Sie ein Geschäft machen mit einem Verkäufer, der den Wert der Assets, die verkauft werden sollen, viel besser einschätzen kann als die Stadt? Auch das unterstreicht doch, dass es nicht sinnvoll ist, und es sind viele Umstände, die klar dagegen sprechen, dass wir einem Wertpapierankauf durch den Finanzfonds zustimmen.

Ganz abgesehen davon muss man auch eines sagen: Wenn man sich die Entwicklung des berühmten Credit-Investment-Portfolios anschaut, von dem Sie sagen, das seien Altlasten, dann ist dieses seit dem Zusammenbruch der Finanzmärkte Ende 2008 deutlich reduziert worden. Es ist ungefähr halbiert worden, und wir haben im Moment, wenn Sie sich die Berichte der Bank angucken, ein Volumen von 9 Milliarden Euro. Das heißt, dass dieses Portfolio durch Tilgungen, durch Beendigung von Verträgen und teilweise auch durch Verkäufe an Dritte reduziert werden kann, und unsere Erwartungshaltung an die Bank wäre hier ganz klar, dass der Risikoabbau in der Bank weitergehen muss und nicht eine Risikoübernahme durch die Stadt und die Bundesländer erfolgt.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Wenn man die Drucksache genau liest, dann steht da nicht nur etwas von der Option Wertpapierankauf in verschärften Krisensituationen – Sie haben eben von Extremsituationen gesprochen –, sondern an anderer Stelle heißt es auch, dass Verkäufe sinnvoll sein könnten, um bei unvorhergesehenen Entwicklungen der Bank kurzfristig Handlungsfähigkeit herzustellen. Herr Quast, in der Antwort auf die Schriftliche Kleine Anfrage steht das schöne Wort, es könnte eine Option in "adversen" Situationen sein. Das ist noch einmal das Gleiche in einer dritten Formulierung ausgedrückt, und diese Aussagen belegen eines ganz deutlich: Niemand kann uns garantieren, dass die geplante Erhöhung der Garantie bei der HSH ausreichend sein wird. Wir können heute beschließen – und wir sind auch dafür –, dass es keinen Wertpapierankauf geben wird, aber wir können leider nicht beschließen, dass uns die Beteiligung bei der HSH keine Probleme mehr bereiten wird. Die Risiken einer möglicherweise schlechteren Entwicklung sind immens.

Die Unsicherheit sowohl bezüglich der Erwartung an das neue Geschäft als auch bezüglich der Entwicklung bei den finanzierten Schiffen ist sehr hoch. Darauf weisen alle Experten – im Übrigen auch die Experten des Senats – hin, und alle tun das nahezu unaufgefordert und an sehr prominenter Stelle.

Das macht die Entscheidung für alle hier, für alle Abgeordneten, aber auch für alle Fraktionen, nicht einfacher. Aus unserer Sicht ist es ein bisschen zu wenig, sich nur auf Planungen und Berechnungen der Bank zu beziehen. Dafür ist das Schicksal der HSH auch zu eng verbunden mit dem finanziellen Schicksal der Regionen. Wir haben die Entwicklung Mitte 2012 gesehen, wo es plötzlich und ohne große Vorwarnung bei der HSH wieder bergab ging, kurz nachdem die Garantien zurückgeführt worden sind und dieser Senat gesagt hatte, es gebe eine Lösung mit der EU, das sei der Durchbruch und jetzt werde alles besser. Das zeigt auch, dass man sich hier nicht nur auf die Pläne der Bank verlassen darf. Auch der Senat ist aufgefordert, Pläne und Alternativen zu entwickeln und zu erarbeiten, um die Handlungsfähigkeit bei diesem wichtigen Thema zu sichern.

In diesem Sinne werden wir dem Antrag heute zustimmen. Wir würden uns auch einer Überweisung an den Ausschuss anschließen, aber wir fordern den Senat auf, hier weiter für Klarheit zu sorgen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Hajduk.

Anja Hajduk GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Als ich mich auf die Debatte vorbereitet habe, habe ich auch zur Kenntnis genommen, dass wohl nicht beabsichtigt ist, diesen Antrag zu überweisen. Da habe ich mir gedacht, das sei vielleicht der Situation geschuldet, dass hier vonseiten der SPD argumentiert wird, dass sich diese Sache vor dem Hintergrund der Entscheidung der Kollegen in Schleswig-Holstein erledigt hat und durch die Äußerungen des Senators auch nicht als aktuell angenommen wird. Nachdem ich jetzt aber die Rede von Frau Rugbarth gehört habe, ist die Debatte doch noch einmal ein bisschen interessanter geworden, weil sich für meine Wahrnehmung, da stimme ich Herrn Kleibauer zu, zum ersten Mal anscheinend eine Situation auftut, dass sich Hamburg und Schleswig-Holstein in einem ganz wichtigen Baustein, was man mit der HSH tun kann, nicht einig sind, wenn ich unterstelle, dass das, was Frau Rugbarth gesagt hat, nicht meilenweit davon entfernt ist, was der Senator denkt. Das finde ich schon eine interessante Feststellung, weil bislang immer argumentiert wurde, man sei sich ganz einig.

(Anja Hajduk)

Dass Sie in der Frage der Wertpapierankäufe durch den Finanzfonds hier so klar dafür eintreten zu beschreiben, Frau Rugbarth, unter welchen Maßgaben das sinnvoll sei, dazu will ich gerne noch einmal sehr kritisch Stellung nehmen. Richtig ist, dass die Bank im Moment wiederum eine Rettung braucht. Es ist bedauerlich, dass das nötig ist, und wir wissen auch, dass diese erneute Rettungsmaßnahme, über die wir in zwei Wochen noch genauer diskutieren, ein neues EU-Beihilfverfahren auslösen wird. Ich will den Senat auch nicht unbedingt dafür kritisieren, dass er an den Stellen in der Drucksache, wo er über das Thema Wertpapierankäufe spricht, deutlich macht, dass es Risiken auch jenseits der Garantieerhöhung gibt, und dass er von möglichen zusätzlichen Handlungsoptionen spricht, weil sich die Krisensituation noch verschärfen kann. Diese Skepsis will ich nicht unbedingt kritisieren, aber dass die Antwort dann sein soll, wenn die angestrebte Garantieerhöhung als Rettung nicht ausreicht, dann würden Sie sich die nächste Rettungsmaßnahme ausdenken, da glauben wir, wenn es so kommen sollte, dass dann etwas anderes angesagt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin auch ziemlich sicher, dass dieses Thema im EU-Beihilfverfahren betrachtet werden wird. Wir gehen dahin, weil wir die zweite Garantieerhöhung für notwendig halten, und eigentlich gehen wir auch hin – ich spreche jetzt einmal in der Wir-Form für den Senat –, um damit eine deutliche Erhöhung der Kernkapitalquote zu schaffen. Aber dass Sie damit zum Ausdruck bringen, wenn das nicht reiche, dann seien weitere Rettungsmaßnahmen für die Bank sinnvoll und damit sei möglicherweise eine zusätzliche Bad-Bank-Option für Hamburg bei Erhalt der HSH Nordbank richtig, diesen Weg können wir uns nicht vorstellen. Deswegen finde ich den Antrag und den Beschluss, der in Schleswig-Holstein gefasst wurde, richtig. Und ich kann die SPD-Fraktion und den Senat nur auffordern, noch einmal über diese Implikation nachzudenken, dass das eigentlich die Ankündigungsvariante für eine zusätzliche Rettungsmaßnahme ist, die Sie hier treffen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig – das werden wir mit Blick auf die Debatte in zwei Wochen noch zusätzlich in einem eigenen Vorschlag zum Ausdruck bringen –, dass der Senat sich jetzt schon auf eine schwierige Situation jenseits der Garantieerhöhung vorbereitet. Wir haben das besprochen unter der Thematik geordnetes Abwicklungsszenario als Plan B. So eine Maßnahme anzudenken und sich darauf vorzubereiten, ist sinnvoll, und darüber werden wir sicherlich in zwei Wochen eingehend diskutieren. – Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Meine Vorredner und –rednerinnen von der Opposition haben eigentlich die wesentlichen Argumente im Zusammenhang mit diesem Antrag vorgebracht. Ich will sie jetzt nicht noch einmal wiederholen – was sollte das bringen? –, dann kann ich lieber ein bisschen Zeit sparen.

Ich will versuchen, etwas im Zusammenhang mit den Argumenten zu sagen, die Frau Rugbarth genannt hat, weil mir aufgefallen ist, dass innerhalb der SPD-Fraktion diese Art von Argumentation das Entscheidende ist. Sie sagen, selbst wenn wir das machen, würden sich die Probleme der Stadt nicht vergrößern, denn egal, was geschehe, wenn wir diese schlechten Wertpapiere an uns nähmen, bliebe doch in dem Augenblick die Garantie und die Schwierigkeit, die wir als Land damit hätten, gleich hoch. Diese Argumentation benutzen Sie gegenwärtig auch im Zusammenhang mit der Garantieerhöhung von 7 Milliarden Euro auf 10 Milliarden Euro.

Das stimmt nicht. Das Ganze hat doch nur dann einen Sinn und kann in einem Unternehmen nur in dem Augenblick wirken, wo das Unternehmen Vorteile davon hat, dass es praktisch mehr Kapital zur Verfügung stellen kann und es dadurch kräftiger am Markt wird – das stellen Sie doch selbst dar –, und das muss irgendjemand bezahlen. Das bezahlt im Sinne der Garantie und auch im Sinne, wie das dann praktisch bei einem Ankauf von Wertpapieren wäre, beide Male die Stadt. Es gibt keinen Trick dieser Welt – auch Herr Tschentscher wird Ihnen keinen erzählen können –, mit dem man ohne zusätzliche Kosten und Risiken für die Stadt in der Lage ist, die Situation der Bank zu verbessern. Das funktioniert einfach nicht, das ist ein ganz einfaches ökonomisches Prinzip. Beides kostet die Stadt auch, und das muss man auch garantieren und kann nicht sagen, nur weil das alles so kompliziert sei, wie man das gegenwärtig darstelle, würde man irgendwie schon zurechtkommen, und kaum jemand weiß noch, worüber wir dort reden. Aber konkret ist das einfach ein ökonomisches Prinzip. Die Bank wird nur dann gestärkt werden, wenn die Stadt größere Risiken auf sich nimmt, und diese Wahrheit müssen Sie auch annehmen und akzeptieren.

Wenn das so ist, dann hat Frau Hajduk natürlich völlig recht: Wir haben einfach eine krisenhafte Entwicklung dieser Bank, die sich auch zum 1. Januar noch einmal deutlich dargestellt hat. In seinem Bericht von 2012 hat der Rechnungshof ausgerechnet, dass die Bank die Stadt bisher 1,9 Milliarden Euro gekostet hat. In Anbetracht der Veränderung zum 1. Januar, die wir bei der Bank fest-

(Norbert Hackbusch)

stellen, rechnen wir das weiter und stellen fest, dass es mittlerweile über 3,2 Milliarden Euro sind, die diese Bank die Stadt kostet, und das ist auch schwarz auf weiß in den Büchern nachzulesen. Wir haben es hier mit einer kräftigen krisenhaften Entwicklung zu tun, und diese wird sich noch durch den Schiffahrtsmarkt verstärken, der gegenwärtig das größte Problem für die HSH Nordbank darstellt.

Wenn Sie sich genau anschauen, was dort geschieht, gibt es folgenden Prozess, den man allgemein so erklären kann: Es geht im Wesentlichen darum, dass es sogenannte geschlossene Fonds gibt, die über die HSH finanziert worden sind. Diese geschlossenen Fonds rutschen gegenwärtig völlig ab. Der erste Schritt, der im letzten Jahr geschehen ist und in diesem Jahr geschieht, ist, dass diejenigen, die diese Fonds gezeichnet haben, gegenwärtig enteignet werden und ihr Geld verlieren. Das ist für die Bank noch relativ unwichtig, aber das ist schon ein gewaltiger Prozess und es geht um riesige Summen. Das schützt aber gegenwärtig die Bank noch, weil die Krise noch weiter geht. Die geht über das hinaus, was die Menschen gegenwärtig bei ihren Schiffsfonds verlieren, und dann trifft es die HSH Nordbank in kräftiger Art und Weise.

Wir müssen uns auf diese Krise, die erst in den nächsten ein, zwei Jahren kommen wird, noch über die 3,2 Milliarden Euro hinaus vorbereiten, und dann sind wir bei dem Thema, das wir hier beim nächsten Mal in 14 Tagen genau und intensiv diskutieren müssen. Was spricht eigentlich für diese Bank, die in gewisser Weise aufgeregt versucht, neue Felder zu erschließen und neue Risiken einzugehen, das Ganze Neugeschäft nennt und meint, es wäre profitabel, obwohl es keinen monetären Beweis dafür gibt? Gibt es nicht ein gutes Argument dafür, diese Bank dann lieber sorgfältig und ruhig abzuwickeln? Wir würden dann immerhin das Geld für die Vorstände dieser Bank einsparen und, so denke ich, noch einiges mehr. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Dr. Tschentscher.

Senator Dr. Peter Tschentscher:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Hackbusch, um zu Ihrem letzten Punkt zu kommen: Ich glaube, Sie haben noch gar nicht so richtig erfasst, dass wir genau dies tun, dass wir die Bank in den Bereichen, in denen sie in Zukunft kein Geschäft mehr machen soll und in denen wir auch nicht wollen, dass sie Geschäfte macht, in der Abbaubank, die wir intern haben, Stück für Stück zurückbauen, und zwar so, dass wir möglichst vermögensschonend davonkommen.

Aber der Antrag der FDP-Fraktion, der heute zu besprechen ist, lenkt uns leider von der aktuellen Frage ab, die die Landesregierungen und die Parlamente von Hamburg und Schleswig-Holstein zu entscheiden haben, denn es geht derzeit nicht um Wertpapierverkäufe, sondern um eine Wiedererhöhung der Garantie auf den ursprünglichen Rahmen von 10 Milliarden Euro, eine Wiedererhöhung, die jedenfalls aus Sicht des Senats und der Landesregierung in Kiel dringend zu empfehlen ist.

Wir sind allerdings im Vorfeld der Parlamentsberatungen von Abgeordneten verschiedener Fraktionen ausdrücklich gebeten worden, in einer Drucksache zur Garantierhöhung nicht nur diese, sondern auch andere denkbare Maßnahmen zur Stärkung der HSH Nordbank darzustellen und auch die Abwägungen zu beschreiben, die zu der Empfehlung einer Wiedererhöhung der Sunrise-Garantie geführt haben. Dazu gehört, ob es einem gefällt oder nicht, auch die Möglichkeit, Wertpapiere, und zwar nicht hochtoxische, illiquide, die nicht verkäuflich sind, sondern Wertpapiere, die einen Marktwert haben, aus der Bank auszulagern, um die Kapitalquoten zu entlasten, die für die HSH aufsichtsrechtlich und ökonomisch von hoher Bedeutung sind. Und ein Wertpapierverkauf an den Finanzfonds kann unter bestimmten Voraussetzungen für die HSH und die Länder vorteilhaft sein. Wir verlassen uns dort nicht auf die Einschätzung der Bank, sondern wir beziehen uns auf die Einschätzung unserer Berater von Boston Consulting.

Diese ziemlich vernünftige Überlegung wollten wir Ihnen nicht verschweigen. Wir haben aber auch gleich aufgeschrieben, wie wir sie einordnen, nämlich nicht als Maßnahme, die wir derzeit empfehlen, sondern als zusätzliche Möglichkeit, wenn in verschärften Krisensituationen, die wir derzeit nicht sehen, die wir aber auch nicht ausschließen können, zusätzliche Handlungsoptionen erforderlich werden sollten. Ich habe das im Ausschuss gesagt, und wir haben es auch schriftlich auf Ihre Kleinen Anfragen geantwortet. Wir planen derzeit keinen Verkauf von Wertpapieren an den Finanzfonds der Länder, sondern wir planen, bereiten vor und empfehlen eine andere Maßnahme, nämlich die Wiedererhöhung der Garantie,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

und genau deshalb ist ein Wertpapierverkauf derzeit auch nicht erforderlich.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die Einordnung, die wir schon in der Drucksache vorgenommen haben. Statt sich nun vernünftig mit dem zu befassen, was zur Entscheidung ansteht, nämlich die Wiedererhöhung der Garantie, lehnen Sie, Herr Kluth, mit markigen Worten in Pressemitteilungen eine Maßnahme ab, die ausdrücklich nicht beantragt ist. Das ist eine Ablenkungsdiskussion, um sich vor der entschei-

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

denden Aussage zu drücken, wie wir denn mit den Milliardenrisiken, die wir seit 2008 tragen, weiter verfahren sollen. Es ist eben nicht so, Herr Kluth, wie Sie in Ihrer Pressemitteilung verkünden, dass die Steuerzahler jetzt zusätzlich in neue Risikopapiere investieren sollen, im Gegenteil. Das Geld der Steuerzahler wurde bereits bis 2008 für solche Papiere ausgegeben, und es geht jetzt genau um die andere Frage, wie wir aus dem Bestand mit möglichst geringen Verlusten wieder herauskommen. Insofern ist Ihre Pressearbeit eine ziemliche Irreführung.

(Jens Kerstan GRÜNE: Dann kann man den Antrag doch ablehnen!)

Wir machen eben keine Anlageempfehlung zugunsten hochtoxischer Wertpapiere, sondern wir empfehlen genau das Gegenteil, einen möglichst vermögensschonenden Rückzug aus solchen Papieren. Wenn man als Stadt und als Land Schleswig-Holstein in einer schwierigen Lage ist, dann ist man gut beraten – man ist im Interesse der Steuerzahler geradezu verpflichtet –, möglichst viele Optionen zu eröffnen und zu prüfen, die einem helfen könnten. Und machen Sie sich keine Sorgen,

(Jens Kerstan GRÜNE: Doch, da machen wir uns Sorgen!)

ich bin mir mit unserer Finanzministerkollegin in Kiel sehr einig in all diesen Fragen, erkundigen Sie sich gerne. Wir sind uns in allen Fragen, die diese vermögensschonende Begleitung der HSH Nordbank angehen, hundertprozentig einig. Bei einem Verkauf von Wertpapieren an den Finanzfonds der Länder gäbe es in der Tat einiges zu prüfen und zu beachten. Dazu gehören neben den ökonomischen auch aufsichtsrechtliche und beihilferechtliche Fragen.

Darüber würden wir Ihnen selbstverständlich, wenn man etwas Derartiges plante, sehr sorgfältig und getrennt berichten. Wir haben schon gesagt, dass dazu auch eine Änderung des Staatsvertrags gehören würde. Der Sinn einer solchen Maßnahme besteht aber in jedem Fall in der wirtschaftlich sehr plausiblen Überlegung, dass man, wenn man durch einen Verkauf von Wertpapieren ohnehin die Verluste tragen muss, dann auch an möglichen Wertaufholungen teilhaben sollte. Das ist nämlich der Kern der Maßnahme, die derzeit nicht vorgesehen ist, die man aber auch nicht von vornherein und ohne Not ausschließen sollte, denn Verluste auf Steuerzahler umzulegen und Gewinne dann in private Taschen zu lenken, ist kein Konzept, das die Vermögensinteressen der Stadt und der Steuerzahler im Auge hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Kluth.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Senator Tschentscher, wenn Sie sich in allen Punkten mit der Finanzministerin in Schleswig-Holstein einig sind und vielleicht auch mit der Position Ihrer Kollegen in der Landtagsfraktion, dann wäre meine dringende Empfehlung und eigentlich auch die logische Konsequenz, dem hier vorliegenden Antrag der FDP-Fraktion zuzustimmen.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Man muss sich einmal vergegenwärtigen, was Frau Rugbarth hier vorgetragen hat und in ähnlicher Weise auch Herr Senator Tschentscher. Das war keine sorgfältige Abwägung, ob man sich vielleicht eine theoretische Option langfristig offenhalten sollte, sondern das war in Wahrheit ein Plädoyer, von dieser Option auch Gebrauch zu machen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das stimmt doch gar nicht! – Jan Quast SPD: Das ist doch Quatsch! – Jens Kerstan GRÜNE: Frau Rugbarth hat alles geklärt!)

Frau Rugbarth hat uns Vorbedingungen genannt, und sie hat gesagt – das habe ich mir notiert –, das hätte auch Chancen. Ich musste dann spontan an Herrn Steinbrück denken: Hätte, hätte, Fahrradkette. Wir sehen da nicht die Chancen, sondern wir sehen in erster Linie die Risiken, und über diese Risiken müssen wir hier diskutieren.

Frau Rugbarth, das Argument, es gebe keine Risikoerhöhung, weil das unter der Sunrise-Garantie ohnehin ankomme, ist schlicht falsch, denn wir haben einerseits die Sunrise-Garantie und wir haben für den Fall einer Ausübung dieser Option das zusätzliche Risiko von zusätzlichen Wertverlusten der erworbenen Wertpapiere beim Finanzfonds.

(Andrea Rugbarth SPD: Das ist doch egal, wo die sind!)

Herr Tschentscher, wenn Sie dann sagen, das seien gar keine wertlosen Papiere, sondern die hätten einen Marktwert, dann würde ich Ihnen zurufen wollen: Dann verkaufen Sie doch diese Papiere am Markt, aber nicht an den Finanzfonds. Dann privatisieren Sie doch das Risiko und sozialisieren Sie es nicht.

Herr Tschentscher, ich wollte eigentlich nicht zur Garantieerhöhung sprechen, aber Sie haben es jetzt zum Thema gemacht. Ich möchte Ihnen fünf Gründe nennen, warum die FDP der Garantieerhöhung sehr kritisch gegenübersteht.

Erstens: Alle Experten haben uns in der Anhörung bestätigt, dass der Ausgang des notwendig werdenden EU-Beihilfeverfahrens völlig offen ist. Das Beispiel WestLB, also der ungeordneten Abwicklung, in der die Politik dies nicht mehr in der Hand hatte, lässt grüßen. Und auf diesen Fall müssen die Länder vorbereitet sein, darum brauchen wir den Plan B.

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

Zweitens: Auch die Aussagen der eigenen Abschlussprüfer der Bank sind außerordentlich besorgniserregend. Sehen Sie sich den Jahresabschluss 2012 an. Der Vorstand der Bank geht in seinem Lagebericht von der Annahme einer Unternehmensfortführung aus. Aber die Wirtschaftsprüfer halten in ihrem Abschlussprüfvermerk diese Annahme einer Fortführung der Bank nur dann für realistisch, wenn insgesamt sieben Vorbedingungen und Voraussetzungen eintreten: Zustimmung der Länderparlamente, vorläufige Genehmigung der EU-Kommission, Anpassung des Garantievertrags, positive EU-Beihilfeentscheidungen, weitere aufsichtsrechtliche Genehmigungen, Tragbarkeit von Auflagen und, besonders bedeutsam, Marktakzeptanz des Geschäftsmodells unter den Bedingungen der EU-Auflagen. Mit anderen Worten: Tritt nur eine einzige dieser Bedingungen oder Auflagen nicht ein, halten die eigenen Abschlussprüfer der Bank die Annahme einer Unternehmensfortführung für nicht mehr tragfähig. Ich halte das für eine dramatische Aussage der Prüfer.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Drittens: Mit dem neuen Beihilfeverfahren kommt das Geschäftsmodell der Bank völlig neu auf den Prüfstand, und die neuen Zahlen aus dem Q1, soweit sie uns aus der Presse bekannt sind, sind keineswegs so positiv, wie dieses in den Presseveröffentlichungen dargestellt wird. Das neue Geschäft sinkt von 1,2 Milliarden Euro auf 1,1 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, der Konzernüberschuss von 124 Millionen Euro auf 73 Millionen Euro. Bereinigt man das noch einmal um das Finanzanlagenergebnis in Höhe von 73 Millionen Euro, dann landen Sie bei 8 Millionen Euro zu 124 Millionen Euro im Vorjahr. Die Bank hat also ganz offensichtlich Probleme unter den Bedingungen eines Überangebots bei der Kreditversorgung und natürlich aufgrund des Ratings schlechtere Refinanzierungsbedingungen, um ausreichend neue Geschäfte zu akquirieren.

Viertens: Bei der Schifffahrtskrise ist noch lange kein Land in Sicht. Auf Seite 60 des Konzernlageberichts heißt es nur noch, dass 2014 erste Anzeichen einer Erholung erwartet werden. Es handelt sich nicht um eine Erholung, sondern es werden nur erste Anzeichen nach dem eigenen Konzernlagebericht erwartet. Herr von Oesterreich erklärte dazu letzten Freitag, dass die Bank davon ausgehe, dass im Bereich der Schifffahrt nicht vor 2015 mit Besserungen zu rechnen sei. Das ist ein nach hinten offenes Zeitintervall. Der Grund ist, dass die SchiffsKapazitäten weiterhin schneller wachsen als das Ladungsvolumen. Und das trifft insbesondere Banken, die auch stark kleine und mittlere Schiffsgrößen finanziert haben.

(*Andrea Rugbarth SPD: Wo ist jetzt der Neuigkeitsgewinn?*)

Wir halten daher auch weitere Abschreibungen bei Schiffsfinanzierungen nicht für unwahrscheinlich.

Und fünftens: Sie haben so ein bestimmtes Konstrukt in Ihrem Plan vorgesehen, das eine einmalige Garantieprämie vorsieht. Diese einmalig anfallenden Kosten der Garantierhöhung von 270 Millionen Euro und die jährlichen Zusatzkosten von 120 Millionen Euro stärken nicht die Kernkapitalquote, sondern schwächen sie, denn die Bank hat zusätzliche Kosten, die sie aus Erträgen generieren muss. Schafft sie das nicht und macht Verlust, so kommt das als Wertminderung beim Finanzfonds wieder an. Das ist letztlich nichts anderes als ein gewisser bilanzieller Taschenspielertrick.

(Beifall bei der FDP)

Zusammenfassend: Die Drucksache zur Garantierhöhung ist für die FDP nicht zustimmungsfähig, weil sie nicht auf unabhängigen Einschätzungen und Zahlen beruht, sondern allein auf den Einschätzungen und Zahlen der Bank selbst. Die Garantierhöhung verschafft der Bank allenfalls Zeit, verbessert aber nicht ihre wirtschaftliche Situation, eher im Gegenteil; das habe ich am Beispiel der Garantieprämien dargestellt. Das ist nichts anderes als das Prinzip Hoffnung, und, so hat es ein Sachverständiger ausgedrückt in der Anhörung, Hoffnung sei bekanntlich das Verschieben von Ärger auf einen späteren Zeitpunkt.

Die Garantierhöhung ist nach unserer Auffassung nicht alternativlos, aber es fehlt in der Senatsvorlage, wie bereits gesagt, ein Plan B, nämlich der Plan für eine geordnete Abwicklung der Bank. Und solange dies so ist, ist die Senatsvorlage für die FDP-Fraktion jedenfalls nicht zustimmungsfähig. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Hajduk.

Anja Hajduk GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieser Debattenverlauf heute erstaunt mich auch noch ein zweites Mal. Herr Senator, Sie haben noch einmal deutlich gemacht, Sie fänden es wichtig, dass man sich keiner möglichen weiteren Optionen beraube. Ich möchte deutlich machen, dass ich sehr irritiert bin, auch nach unseren Ausschussberatungen. Da haben Sie sehr deutlich gesagt, es gebe für Sie keine Planungen für das Thema Wertpapierankäufe durch den hsh finanzfonds, und außerdem würde das auch Änderungen am Staatsvertrag bedeuten und ebenso eine ganz neue Senatsentscheidung und einen Antrag an das Parlament.

Dass Sie aber, nachdem Schleswig-Holstein dies auch mit den Stimmen der Regierungsfractionen in einem interfraktionellen Antrag komplett abgelehnt hat, heute genau diesen Antrag noch nicht einmal

(Anja Hajduk)

überweisen, sondern eigentlich wegstimmen wollen, lässt nur den Schluss zu, dass Sie aktuell diese Optionen für besonders wichtig erachten. Das ist nichts anderes als die selbst artikulierte Skepsis Ihres eigenen Rettungsplans mit der Garantierhöhung. Das ist zwei Wochen vor der Entscheidung darüber schon eine sehr erstaunliche Wendung, die wir in dieser Debatte erleben. Dazu müssten Sie eigentlich ein bisschen mehr sagen als davon zu sprechen, dass es um abstrakte Optionen geht. Es geht hier um Entscheidungen vor dem Hintergrund von Entschlüssen, die beim Partner Schleswig-Holstein gefallen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kluth hat sehr zu Recht darauf hingewiesen, worin der Mangel in der Drucksache über die Garantierhöhung besteht. Meine Fraktion ist ausdrücklich nicht darauf festgelegt, die Garantierhöhung abzulehnen, obwohl die Drucksache auch entscheidende Schwächen hat. Das entscheiden wir endgültig erst in zehn Tagen. Aber was wir in jedem Falle einfordern, ist das, was in dieser Drucksache nicht dargelegt ist als grundsätzliche Zielsetzung, nämlich dass der Senat wirklich eine eigenständige Planung für einen Plan B, für eine geordnete Abwicklung parallel als Notfallmaßnahme angeht. Da hat Herr Kluth einfach recht, denn wenn man selbst so eine Skepsis gegenüber dem eigenen Lösungsszenario der Garantierhöhung artikuliert, dann ist das die Anforderung an sich selbst, so einen Plan B jetzt entschlossen anzugehen. Ich hoffe, dass Sie die verbleibenden 14 Tage nutzen, sich hierzu klarer zu positionieren. Wir werden Sie in dieser Angelegenheit ausdrücklich dazu auffordern. Es wäre gut, wenn Sie das dann vielleicht auch mittragen würden. – Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer einer Überweisung der Drucksache 20/7996 an den Ausschuss Öffentliche Unternehmen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt.

Ich lasse in der Sache abstimmen.

Wer den Antrag der FDP-Fraktion aus der Drucksache 20/7996 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Punkt 28, Drucksache 20/7995 in der Neufassung, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Wasser ist ein Menschenrecht! Wasser und sani-

täre Grundversorgung für alle Hamburgerinnen und Hamburger sicherstellen.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Wasser ist ein Menschenrecht! Wasser und sanitäre Grundversorgung für alle Hamburger und Hamburgerinnen sicherstellen
– Drs 20/7995 (Neufassung) –]**

Diese Drucksache möchten die Fraktionen der SPD und der LINKEN an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen.

Es brauchen nicht alle hinauszugehen, es gibt noch Wasser.

Die GRÜNE Fraktion beantragt zusätzlich die Überweisung zur Mitberatung an den Ausschuss Öffentliche Unternehmen. Die CDU-Fraktion möchte die Drucksache mitberatend an den Umweltausschuss überweisen. Wer wünscht nun das Wort? – Frau Özdemir.

Cansu Özdemir DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wasser ist ein Menschenrecht und keine Handelsware, denn Wasser ist Leben.

(Beifall bei der LINKEN)

Allein in den 27 EU-Staaten haben 2 Millionen Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung. Wasser gehört zur Grundversorgung und ist eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Auch die Vereinten Nationen haben im Jahr 2010 Wasser zum Menschenrecht erklärt. Dennoch wird den Haushalten, die ihre Wasserrechnung nicht mehr zahlen können, die Wasserzufuhr gesperrt, und das auch leider bei uns in Hamburg.

Nach Auskunft des Senats auf eine Schriftliche Kleine Anfrage meiner Fraktion, Drucksache 20/4820, hat das örtliche Wasserversorgungsunternehmen Hamburger Wasserwerke GmbH in den letzten fünf Jahren bei über 4000 Haushalten die Wasserversorgung abgestellt. Von den Wasserabsperrungen sind insbesondere Menschen mit geringem Einkommen betroffen, die sich die immer teurer werdenden Wohnkosten nicht mehr leisten können. Steigende Mieten, erhöhte Strompreise und die explodierenden Heizkosten führen in Hamburg zu immer mehr Wasser-, Strom- und Gasabsperrungen, aber auch zu Zwangsumzügen und sogar zu Obdachlosigkeit.

Hier wird noch einmal deutlich, dass Armut in dieser Stadt den Betroffenen nicht nur die Würde verletzt und den letzten Nerv raubt, sondern auch das Grundrecht auf Wasser, und das, obwohl Wasser in Hamburg ein öffentliches Gut ist.

Die europäische Bürgerinitiative "Right2water", Wasser ist ein Menschenrecht, wurde in den letz-

(Cansu Özdemir)

ten Monaten von über 1,4 Millionen Menschen in Europa unterstützt. Die Tendenz ist steigend, denn die Mehrheit ist der Auffassung, dass Wasser keine Handelsware ist, mit der man Gewinnmaximierung betreiben kann, sondern ein lebensnotwendiges Gut, das für jede und jeden, egal, ob arm oder reich, frei zugänglich sein sollte.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Katharina Fegebank GRÜNE*)

Gleichzeitig macht der Konzern HAMBURG WASSER riesige Gewinne, in den letzten fünf Jahren über 192,5 Millionen Euro, die an den Haushalt der Stadt überwiesen wurden. Gerade vor diesem Hintergrund, dass die Stadt zu 100 Prozent die Eigentümerin der Wasserwerke ist, ist es ein sozialpolitischer Skandal, den die SPD verantworten muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch die SPD auf Bundesebene unterstützt die europäische Initiative und fordert in einer Pressemitteilung die schwarz-gelbe Regierung auf, die geplante EU-Richtlinie abzulehnen.

Ende Februar debattierten wir in der Bürgerschaft über die Anträge der SPD- und der Links-Fraktion und über den Kampf gegen die Liberalisierung der Wasserwirtschaft. Da hat die SPD anscheinend übersehen, dass zu den Zielen der Initiative auch gehört – ich zitiere –:

"Initiierung von Maßnahmen zur Unterstützung von Menschen, die ihre Wasserrechnung nicht (mehr) bezahlen können, mit dem Ziel, ein Abstellen der Wasserversorgung für diese Personen zu vermeiden."

– Zitatende.

(*Ksenija Bekkeris SPD*: Das tun wir ja auch!)

Umweltsenatorin Jutta Blankau sagte gegenüber dem "Hamburger Abendblatt" – ich zitiere –:

"Wasser ist ein Allgemeingut. Es muss jederzeit und für jeden in guter Qualität zugänglich sein."

– Zitatende.

Da stimmen wir Ihnen auch zu. Aber die Realität in Hamburg sieht leider ganz anders aus. Und vor dieser Realität dürfen wir die Augen nicht verschließen, denn Sie, liebe SPD, sind dafür verantwortlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich finde es sehr eigenartig, dass HAMBURG WASSER vor einigen Tagen die Kunden aufforderte, mehr Wasser zu verbrauchen, denn es sei Schwachsinn, Wasser zu sparen, und wir hätten grundsätzlich zu viel Wasser – so die kaufmännische Geschäftsführerin der HWW. Erzählen Sie das den Menschen, die nicht zur Toilette gehen konnten, ihre Zähne nicht putzen und nicht du-

schen konnten, weil ihnen der Hahn zugekehrt wurde. Für einkommensschwache Haushalte bedeutet ein öffentliches und lebensnotwendiges Gut wie Wasser Luxus, und das ist skandalös.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Recht auf Wasser und der Zugang zu den Leistungen der Wasser- und Abwasserwirtschaft müssen als Dienstleistung für alle Menschen gewährleistet sein.

Deshalb fordern wir mit unserem Antrag den Senat auf, verantwortlich und regulierend einzugreifen. Besonders schutzbedürftige Personengruppen wie zum Beispiel Familien mit Kindern oder älteren und chronisch kranken Menschen darf das Wasser nicht abgestellt werden. Wir brauchen in Hamburg ein Konzept mit Maßnahmen zur Unterstützung von Menschen, die ihre Wasserrechnung nicht mehr bezahlen können. Die HWW sollte ein sozial-ökologisches Sockeltarifmodell einrichten mit dem Ziel, ein Grundkontingent an Wasser für Privathaushalte sicherzustellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe mich darüber gefreut, dass Sie bereit sind, unseren Antrag an den Sozialausschuss zu überweisen. Die GRÜNEN haben beantragt, den Antrag an den Ausschuss für Öffentliche Unternehmen zu überweisen. Das würden wir richtig finden, auch da ist dieser Antrag gut aufgehoben. Leider wollen Sie das nicht tun, aber immerhin haben wir im Sozialausschuss die Möglichkeit, darüber zu sprechen, vor allem auch über die rechtliche Situation. Eine Absperrung von Wasseranschlüssen auszuschließen ist rechtlich unproblematisch, denn die Verordnung über die allgemeinen Bedingungen für die Versorgung mit Wasser lässt ergänzende Versorgungsbedingungen zu. Sie haben die Chance, handeln Sie im Sinne der Hamburgerinnen und Hamburger, denn Wasser ist ein Menschenrecht, und jeder sollte das Recht haben, es auch in Anspruch zu nehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Müller.

Doris Müller SPD:* Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion DIE LINKE "Wasser ist ein Menschenrecht, Wasser und sanitäre Grundversorgung für alle Hamburger und Hamburgerinnen sicherstellen" spricht zweifellos ein wichtiges Thema an. Zugang zum Wasser ist auch für die SPD-Bürgerschaftsfraktion von entscheidender Bedeutung. Er ist für uns ein unverzichtbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge. Das hat die SPD auch mit dem hier im Februar beschlossenen Antrag 20/6893 unterstrichen.

(Doris Müller)

(Beifall bei der SPD)

Da wir aber dieses Thema, bezogen auf die Energiearmut, bereits an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überwiesen haben, wäre es also sinnvoll, diesen Antrag auch dorthin zu überweisen.

Mich hat allerdings einiges an dem Antrag der LINKEN irritiert.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das ist ja interessant!)

Es wird der Anschein erweckt, dass innerhalb kürzester Zeit bei Nichtbezahlung der Wasserrechnung die Wasserversorgung eingestellt werde. In Wirklichkeit erhält man schriftlich nach zwei Wochen die erste Mahnung, nach weiteren zwei Wochen die zweite Mahnung und nach diesen vier Wochen dauert es wieder zwei Wochen, bis die Sperrankündigung kommt. Das heißt, der erste Sperrversuch findet frühestens nach zwei Monaten statt. Eine Wassersperrung fällt also nicht vom Himmel.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Geld auch nicht!)

In dieser Zeit kann man Hilfe und Beratung beim Jobcenter, dem Sozialamt, der Fachstelle für Wohnungsnotfälle oder den Notfallsprechstunden der Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen finden. Es können Darlehen oder Beihilfen in den Grundsiicherungs- und Sozialämtern beantragt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wer nach Unterstützung fragt, der erhält sie auch nach geltendem Recht. Betroffene können aber auch bei den Wasserwerken direkt unter Hinweis auf besondere Umstände die Sperrung vermeiden. Es muss nur gefragt werden.

In den Schriftlichen Kleinen Anfragen der LINKEN sind nur rudimentäre Informationen zum Thema Wasserabspernung abgefragt worden. Ich bin erstaunt, was die Fraktion DIE LINKE daraus abgeleitet hat. Mir fehlen bisher wichtige Zahlen und Informationen. Einige Fragen müssten geklärt werden.

Erstens: Haben wir es tatsächlich mit einem wachsenden Problem zu tun? Die vorliegenden Zahlen belegen das zunächst nicht. 2011 gab es 908 Sperrungen, 2012 waren es 730. Dies entspricht für das Jahr 2012 0,12 Prozent der im Geschäftsbericht angegebenen 614 740 Wasserversorungsverträge für Hamburg.

Zweitens: Sind von den jährlichen Wassersperrungen nur Privathaushalte betroffen oder auch gewerbliche Kunden? Die vorliegenden Zahlen unterscheiden auch hier bisher nicht.

Drittens: Wie lange dauert eine Wassersperrung an?

(Christiane Schneider DIE LINKE: Immer zu lange!)

Hierzu kann ich Ihnen immerhin sagen, dass in mehr als 90 Prozent der Fälle die Wasserversorgung nach einer Woche wieder hergestellt wird.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Eine Woche! Ich fasse es nicht!)

Meine Damen und Herren! Dies zeigt, dass wir etwas genauer hinsehen müssen, und dazu werden wir im Sozialausschuss dann auch Gelegenheit haben.

(Beifall bei der SPD)

Einfach die Zahlen der letzten Jahre zusammenzurechnen und daraus Tausende von Betroffenen zu machen, erscheint mir jedenfalls etwas voreilig.

Ich habe meine Zweifel, ob der vorgeschlagene Weg der LINKEN, aufseiten des Wasserversorgers ein Sperrverbot zu verankern, richtig ist. Ein anderer Weg wäre, den Zugang zu Hilfen zu überprüfen und gegebenenfalls zu verändern. Wenn auf Mahnungen nicht mehr reagiert wird, muss nicht immer ein finanzielles Problem dahinterstecken.

(Gerhard Lein SPD: So ist es!)

Armut und die daraus resultierenden Folgen für die Energie- beziehungsweise Wassernutzung der betroffenen Verbraucher ist ein Thema von großer gesellschaftlicher Relevanz.

(Beifall bei der SPD)

Der richtige Ort, darüber zu beraten, zu diskutieren und Lösungen zu finden, ist der Sozialausschuss. Ich freue mich dort auf eine engagierte und informative Debatte. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Stöver.

Birgit Stöver CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Kollegen von der LINKEN, es scheint, Sie haben Ihren Antrag vom August 2012, wenn ich das richtig recherchiert habe, als Grundlage genommen und diesen auf Wasser umgemünzt. Im Petitum der alten Fassung war immer noch von Stromsperre die Rede.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Einmal, nicht dreimal!)

– Ich hatte gesagt, im Petitum 3.a. Darf ich ausreden? Sie werden merken, dass ich das auch gesehen habe, dass Sie es korrigiert haben, wunderbar, das ist überhaupt kein Thema. Es ist auch keine Kritik, denn wir haben es hier einmal mit Energie zu tun und einmal mit Wasser. Und ich möchte

(Birgit Stöver)

nachher noch einmal darüber sprechen, dass das ein deutlicher Unterschied für meine Fraktion ist.

(*Mehmet Yildiz DIE LINKE*: Grundversorgung!)

Richtig ist, dass wir tatsächlich über die Energiearmut schon Ende April im Umweltausschuss gesprochen haben. Liebe Kollegen von der SPD, Sie wollen den Antrag über die Wassersperrungen an den Sozialausschuss überweisen. Ich appelliere an Sie, das auch im Umweltausschuss zu besprechen, denn wir hatten eine lebhafte und gute Debatte im Umweltausschuss zum Thema Energiearmut, und da war es speziell die Strom-, Gas- und Fernwärmeabschaltung.

Ich habe schon im Ausschuss deutlich gemacht, dass Energiearmut für die CDU ein Thema ist, das uns umtreibt. Wir haben das mit Großen Anfragen gezeigt. Ich habe auch im Ausschuss weiter deutlich gemacht, dass ich kein Verständnis dafür habe, dass der Senat sich einer Evaluierung und einer hamburgspezifischen Definition von Energiearmut verweigert.

(Beifall bei der CDU)

Beim Thema Wasser vermute ich nach den Ausführungen von Frau Müller auch nicht unbedingt etwas Gutes. Sollte sich der Senat beim Thema Wasser oder Wasserabspernung ebenso verhalten, wäre das für mich mehr als bedenklich.

(Beifall bei der CDU und bei *Farid Müller GRÜNE*)

Soziale Verantwortung ist einer unserer christdemokratischen Grundpfeiler. Wir suchen nicht nur in Zeiten von steigenden Nebenkosten, aber besonders in solchen Zeiten, nach Lösungen, um Bedürftigkeit und Not zu verhindern. Unser Motto heißt dabei Hilfe zur Selbsthilfe, das ist für uns eine ganz wichtige Forderung, und das sollte im Ausschuss später eine Diskussionsgrundlage sein.

Aber, meine lieben Kollegen von der LINKEN, ich habe auch gesagt, dass ich sehr deutlich machen möchte, dass für mich eine andere Dimension entstanden ist. Energie und Wasser sind nicht einfach miteinander zu vergleichen, sondern es hat definitiv eine andere Dimension. Es gibt nämlich gutes und gesundes Wasser, aber keinen guten und gesunden Strom. Das Thema Wasserabspernung hat eine andere Dimension, denn, das hat Frau Özdemir auch schon gut ausgeführt, der Zugang zu Wasser ist ein Menschenrecht, und er darf keinem verwehrt werden.

(Beifall bei der CDU und der LINKEN)

Wasser ist ein Lebensmittel, das wurde auch schon ausgeführt, es ist lebensnotwendig. Fehlt dem Menschen Wasser, stirbt er nach kurzer Zeit. Es ist schon angeklungen, dass wir uns darüber in Deutschland parteiübergreifend einig sind, denn

auch wir lehnen die EU-Dienstleistungskonzessionsrichtlinie daher ab.

Zum Punkt der Wasserabspernung, bezogen auf das Hamburger Problem: Bei Wasserabspernungen kann sich Hamburg nicht einfach aus der Verantwortung stehlen. Die Abspernungen nun auf den Grundversorger abzuwälzen, wie Sie es bei den Sperrungen von Energieträgern wie Gas, Strom und Fernwärme getan haben, ist hier nicht möglich, denn hier nimmt der kommunale Wasserversorger HAMBURG WASSER die Abspernungen selbst vor. Und HAMBURG WASSER muss diese Abspernungen gegenüber dem Bürger und jetzt auch – das ist gut so – gegenüber der Bürgerschaft verantworten. Es ist also gut und notwendig – das haben die Ausführungen von Frau Özdemir und im Gegensatz dazu die Ausführungen von Frau Müller auch gezeigt –, darüber im Ausschuss zu beraten. Der Antrag der LINKEN wird dann dafür die Grundlage sein, auch wenn er uns ein wenig zu undifferenziert erscheint und von generellen Maximalforderungen durchsetzt ist, die wir nicht mittragen. Sozial gerecht sieht für uns anders aus. Aber wir sollten darüber im Ausschuss beraten, denn der Senat muss hier seine Verantwortung übernehmen, und er muss hier auch gestalten.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Fegebank.

Katharina Fegebank GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach dem, was Frau Müller gesagt hat – ich dachte erst, wir würden uns auf einer Linie bewegen –, muss ich noch einmal deutlich machen, dass jede Abspernung eine zu viel ist, unabhängig, zu welchem Ergebnis man am Ende kommt und wie man den Antrag der LINKEN bewertet.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der LINKEN)

Da bin ich absolut auf Kurs von Frau Özdemir. Die Grundlage wurde richtig dargestellt, Wasser ist Leben, Wasser ist ein Menschenrecht. Wir reden jedoch über zwei verschiedene Stränge in dieser Debatte.

Das eine ist die deutlich mehrheitliche Haltung in diesem Parlament. Wenn ich mich recht erinnere, hat sich nur die FDP dagegengestellt, dass wir alle gemeinsam an einem Strang ziehen, wenn es um die Ablehnung der Richtlinie zur EU-Dienstleistungskonzession geht. Wir führen also auf der einen Seite die Debatte über die Privatisierung von Wasser. Ich glaube, es will sich niemand vorstellen, wie das Leben funktioniert, wenn der Hahn abgedreht wird. Deshalb hat auch unsere Fraktion ganz klar die Haltung, dass es ein öffentliches Gut

(Katharina Fegebank)

der Daseinsvorsorge ist und nicht privatisiert werden darf. Das haben die Hamburgerinnen und Hamburger vor einigen Jahren sehr deutlich gemacht, und das unterstreicht jetzt gerade auch die europäische Bürgerinitiative, die Frau Özdemir erwähnt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und bei *Ksenija Bekeris SPD*)

Das bedeutet also ganz klar ein Nein zu Privatisierungen, auch vor dem Hintergrund dessen, dass Wasser ein Menschenrecht ist und dass die Grundversorgung zu jeder Zeit für alle Menschen gewährleistet sein muss. Das ist auch unsere Aufgabe in Hamburg.

Natürlich erscheint es – wenn man Ihre Zahlen sieht, Frau Müller – heruntergerechnet auf einen Prozentwert von 0,12, erst einmal nicht viel. Aber ich war schon erstaunt, als ich in der Beantwortung der Schriftlichen Kleinen Anfrage der LINKEN und in dem Antrag, summiert für die letzten fünf bis sechs Jahre, die Zahlen in Gänze gesehen habe. Es sind tatsächlich über 5000 Haushalte oder auch gewerbliche Einrichtungen. Wenn ich das hochrechne – pro Haushalt wohnt nicht immer nur eine Person –,

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel übernimmt den Vorsitz.)

dann bin ich schnell bei weit über 10 000 oder 15 000 Menschen, die, egal wie lange, ob nun einen Tag, eine Woche oder noch länger, das will ich mir kaum vorstellen, ohne Wasserversorgung waren. Das ist in der Tat ein Problem, und deshalb bin ich der LINKEN auch sehr dankbar, dieses Thema auf die Agenda gesetzt zu haben, sodass wir heute und dann später im Ausschuss über mögliche Lösungen – und der Senat ist gefordert, in diesem Bereich Abhilfe zu schaffen – diskutieren können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Ich möchte nicht im Einzelnen auf die Punkte eingehen, weil sich für uns aus der einen oder anderen Frage – Frau Özdemir hat es selbst angesprochen – Diskussionsbedarf hinsichtlich der rechtlichen Ausgestaltung ergibt. Ich habe mich nämlich in Vorbereitung auf heute noch einmal bei HAMBURG WASSER schlau gemacht, und da teile ich das meiste von dem, was Frau Müller beschrieben hat. Es ist nicht so, dass von heute auf morgen sofort das Wasser abgestellt wird. Es gibt tatsächlich ein Verfahren – das ist uns von HAMBURG WASSER bestätigt worden, die Presse hat es heute auch aufgegriffen –, das einen Zeitraum von bis zu neun Monaten in Anspruch nimmt. Es ist natürlich trotzdem unangenehm, wenn man ständig Mahnungen bekommt und nicht weiß, wie man damit umgehen soll. Vielleicht kennt man auch nicht die entsprechenden Adressaten oder hat nicht den Mut, sich direkt bei HAMBURG WASSER zu mel-

den oder eine Schuldnerberatung aufzusuchen. Von daher müssen wir hier weitere Unterstützung bieten. Aber es ist tatsächlich so, und dessen muss man sich bewusst sein, dass nicht innerhalb eines Tages oder einer Woche das Wasser abgesperrt wird, sondern das Verfahren nimmt schon etwas mehr Zeit in Anspruch.

Richtig ist auch, dass es die Möglichkeit gibt, bei Überschuldung und finanziellen Schwierigkeiten finanzielle Hilfen in Anspruch zu nehmen. Deshalb ist das Ganze natürlich zum einen eine sozialpolitische Debatte, aber es können auch andere Gründe sein, weshalb Menschen das Wasser abgesperrt wird.

Eine kleine Anekdote am Rande. Ich habe heute Morgen mit einem Kollegen auf der Fahrt zu meiner Arbeitsstelle über das heutige Debattenthema gesprochen und erzählte ihm, dass es um Absperungen von Wasser gehe. Darauf antwortete er, das sei ihm zu Studenienzeiten auch schon einmal passiert, als er mit acht Leuten in einer WG gewohnt habe und sich niemand um die eingehenden Rechnungen gekümmert habe. Plötzlich wurde ihnen dann der Hahn abgedreht.

Es ist auf der einen Seite sicherlich ein Problem von Armut, ein Problem von steigenden Wohnungs- und Energiekosten und vielleicht auch der Schwierigkeit, die Prioritäten richtig setzen zu können. Aber es kann auf der anderen Seite auch andere Ursachen haben, und deshalb will ich mir das gern noch einmal genau anschauen und mit Ihnen darüber diskutieren, ob es beispielsweise noch Möglichkeiten für Einzelfallgespräche gibt – auch HAMBURG WASSER sagt, dass das passiere –, die dann auch den Missstand schnell beheben. Es ist nämlich nicht immer eine finanzielle Notsituation, in den meisten Fällen schon, aber es gibt durchaus auch andere Begründungen.

In der Debatte im Ausschuss würde ich gern, wenn wir auf Ihre einzelnen Petitionspunkte eingehen – die finde ich als Grundlage gut –, noch einmal auf die Rolle des Bundes zu sprechen kommen. Es gibt nämlich die "Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser". Und diese müsste geändert werden. Auch hier ist der Senat natürlich in der Pflicht, möglicherweise über eine Bundesratsinitiative oder über andere Wege etwas zu tun und eine Änderung tatsächlich anzusteuern.

Ich will mich nicht schützend vor HAMBURG WASSER stellen, denn auch hier ist hauptsächlich der Senat angesprochen. Aber laut Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1981 oder 1983 ist das Versorgungsunternehmen nicht für die soziale Fürsorge zuständig, sondern das ist Aufgabe der Sozialverwaltung. Und das wird aus Ihrem Antrag – ich glaube, es war Punkt 3 mit einzelnen Unterpunkten – nicht richtig deutlich. Wir haben hier gemeinsam zu diskutieren, was wichtig ist und was

(Katharina Fegebank)

für viele lebensnotwendig ist. Deshalb sage ich: Hamburg steht zur öffentlichen Daseinsvorsorge und will keine Privatisierung, wir als GRÜNE nicht und auch die Mehrheit der Bürgerschaft nicht. Wasser ist ein Menschenrecht, und da müssen wir uns jeden Einzelfall genau ansehen. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Dr. Kluth, Sie haben das Wort.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich hatte bei dem Beitrag von Frau Fegebank streckenweise den Eindruck, sie hätte das falsche Manuskript erwischt. Es geht nämlich bei diesem Antrag gar nicht um die Initiativen der EU-Kommission zur Wettbewerbsöffnung, sondern es geht um Absperrungen. Das sind übrigens Absperrungen, Frau Fegebank, die ein öffentliches Unternehmen in Hamburg vornimmt und kein privates.

(Beifall bei der FDP – *Ksenija Bekeris SPD:* Das haben wir aber auch verstanden!)

Nun aber zurück zum eigentlichen Antrag. Man könnte es sich leichtmachen und sagen: Sturm im Wasserglas, zweiter Teil. DIE LINKE tut etwas für ihren Wahlkampf.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Vielleicht könnten Sie mal in anderen Kategorien denken!)

Frau Heyenn ist auch landesweit schon plakatiert mit dem Thema.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Es geht nicht um Wahlkampf!)

Ich finde Ihren Antrag streckenweise in der Begründung schon sehr, sehr ärgerlich. Warum finde ich ihn ärgerlich? Sie vermengen den Anlass und den Inhalt der UN-Resolution aus dem Jahre 2010 mit der Situation von Menschen in Hamburg, denen die Wasserversorgung abgestellt wurde, weil sie – aus welchen Gründen auch immer – ihre Rechnungen nicht bezahlt haben. Diese Beschlussfassung der UN, die Menschen in Ländern ohne Wasserversorgung, ohne Infrastruktur und ohne ausreichende sanitäre Versorgung in Schwellenstaaten, in Entwicklungsländern oder in Afrika und Asien betrifft, mit unserem Thema zu vermengen, halte ich für einen ziemlichen Zynismus.

(Beifall bei der FDP)

Dass die Versorgung mit Trinkwasser und sanitären Anlagen in Deutschland allgemein und in Hamburg im Besonderen höchsten Standards gerecht wird, darüber sind wir uns, glaube ich, einig. Das Bild, das Sie vom Wassermangel in Hamburg zeichnen, ist von daher blanker Zynismus ange-

sichts dieses von mir eben dargestellten Sachverhalts.

Darüber hinaus haben Sie in weiteren Punkten einfach unsauber gearbeitet, da der Antrag auf Ergebnissen einer Schriftlichen Kleinen Anfrage fußt, die uns kaum einen nennenswerten Hintergrund über das vermeintliche Problem liefert. Ich nenne Ihnen dafür zwei Beispiele.

Erstens: Die SKA 20/4820 beschäftigt sich eigentlich mit dem Thema Strom, Gas und Fernwärme. Die Wasserversorgung wird am Rande gestreift. Wir erfahren zwar, bei wie vielen Personen und Haushalten pro Jahr die Wasserversorgung eingestellt wird, jedoch erfahren wir zum Beispiel nichts über die Dauer, ob es sich im Schnitt um einige Stunden, einen Tag oder länger handelt.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Das ist ja ganz entscheidend! Das ist ganz wichtig!)

Wir wissen nicht, was vorausgegangen ist, bis es zur Sperrung kam.

Zweitens: Es wird uns vorenthalten, dass es auch schon heute gängige Praxis von HAMBURG WAS-SER ist, etwa bei Haushalten mit kleinen Kindern oder bei pflegebedürftigen älteren, kranken Personen, die auf fließendes Wasser angewiesen sind, auf Absperrungen zu verzichten. Dass zwischen dem Beginn des Zahlungsverzugs und der Absperrung der Wasserversorgung im Regelfall Monate liegen, in denen Zeit ist, beispielsweise mit dem Sozialamt, dem Fachamt für Wohnungsnotfälle oder der Bundesagentur Regelungen zu finden, auch dieser Sachverhalt wird in Ihrem Antrag verschwiegen.

Wenn es hier darum ginge, das Beratungs- und Informationsangebot für solche Fälle zu verbessern, dann könnten wir dem sogar zustimmen, aber Sie wollen den Eindruck erwecken, dass es willkürliche Absperrungen aus heiterem Himmel gäbe, und das ist nicht die Praxis.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Das hat keiner gesagt!)

Und wer das Gegenteil behauptet, der polemisiert wider besseres Wissen.

(Beifall bei der FDP)

Drittens und letztens: DIE LINKE lässt einen zentralen Punkt unbeantwortet. Wenn säumige Zahler von der Begleichung ihrer Rechnung freigestellt werden, dann stellt sich die Frage, wer die Kosten dann tragen soll. Es ist nicht Aufgabe eines Unternehmens, den sozialen Ausgleich herbeizuführen, sondern dafür haben wir das Sozialamt und die anderen Behörden, die ich genannt habe.

Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag soll im Wahljahr 2013 vielleicht die Wähler der LINKEN begeistern, in der Substanz aber bleibt er wässrig.

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das muss bei Wasser auch so sein!)

Es wird Sie daher nicht überraschen, dass die FDP-Fraktion sowohl den Antrag als auch die Überweisung ablehnt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Özdemir, Sie haben das Wort.

Cansu Özdemir DIE LINKE: Es ist eine sehr spannende und schöne Debatte. Es hat mich auch sehr gefreut, dass die Fraktionen, außer der FDP-Fraktion, so positiv debattiert und reagiert haben. Deshalb freue ich mich auch darauf, im Sozialausschuss noch einmal darüber zu sprechen.

Wir wissen, dass die Wasserabsperungen nicht vom Himmel fallen. Wir wissen auch, dass die Menschen die Möglichkeit haben, nach einem Darlehen zu fragen. Aber uns wurde auch gesagt, dass Menschen, denen das Wasser abgesperrt wurde, nach einem Darlehen gefragt haben und dieses nicht bekommen haben. Uns ist auch klar, dass die Menschen dafür verantwortlich sind nachzufragen. Aber Sie wissen genau, dass es Armut in dieser Stadt gibt, dass es auch viele Rentnerinnen und Rentner gibt, die in Armut leben und die sich nicht trauen, sondern sich noch schämen, zum Amt zu gehen und zuzugeben, dass sie sich das nicht leisten können, weil sie einkommensschwach sind. Das muss auch berücksichtigt werden. Man muss auch berücksichtigen, dass es viele Menschen gibt, die krank sind und nicht die Möglichkeit haben, sich selbst darum zu kümmern.

Ich wollte das noch einmal deutlich machen, weil wir im Sozialausschuss oft über die Obdachlosigkeit in der Stadt sprechen und auch über das aktuelle Thema der Zwangsräumung. Wir wissen, dass viele Haushalte in Hamburg überschuldet sind und ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können; das ist ein großes Problem. Und Dinge wie die Gas- oder Wasserrechnung, die eigentlich für die Menschen selbstverständlich sind oder sein sollten, sind dann nicht mehr gewährleistet, und das ist ein Problem in einer reichen Stadt wie Hamburg.

Frau Müller hat ganz spannende Fragen gestellt. Ich fand sie interessant und mich würden auch die Antworten interessieren. Vielleicht stellen Sie einmal eine Anfrage an den Senat, dann könnten wir mit den Antworten im Sozialausschuss weiterarbeiten.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Kluth, der Beschluss der UN bezieht sich nicht nur auf die Länder in Afrika, sondern auch auf die EU-Staaten und die Menschen in der ganzen Welt. Ich sagte Ihnen vorhin, dass es in 27 EU-Staaten 2 Millionen Menschen gibt, die kei-

nen Zugang zu sauberem Trinkwasser und zu sanitärer Grundversorgung haben. Deshalb würde ich Ihnen empfehlen, sich das noch einmal durchzulesen und zu versuchen, das anders zu definieren.

Ansonsten freue ich mich auf die Debatte im Ausschuss und danke auch den Fraktionen für so eine positive Debatte.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/7995, Neufassung, an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das mit großer Mehrheit angenommen.

Wer möchte diese Drucksache nun noch zusätzlich mitberatend an den Ausschuss Öffentliche Unternehmen überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wer schließt sich einer Überweisung der Drucksache mitberatend an den Umweltausschuss an? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch dieses zusätzliche Überweisungsbegehren abgelehnt.

Ich rufe nun den Punkt 26 auf, das ist die Drucksache 20/7974, Antrag der SPD-Fraktion: Erweiterten Mieterschutz erhalten – verlängerte Kündigungsfrist erhalten!

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Erweiterten Mieterschutz erhalten – verlängerte
Kündigungsschutzfrist erhalten!
– Drs 20/7974 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/8157 ein Antrag der FDP-Fraktion vor.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Verlängerte Kündigungsschutzfristen zielgerichtet einsetzen – Bedarf auf Stadtebene prüfen
– Drs 20/8157 –]**

Beide Drucksachen möchte die FDP-Fraktion an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen.

Herr Kienscherf, Sie haben sofort das Wort, aber ich hätte gern, dass das Plenum etwas ruhiger wird, sodass man dann auch Ihren Redebeitrag gut auffassen kann.

(Glocke)

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel)

Meine Damen und Herren! Ich bitte um Aufmerksamkeit. – Herr Kienscherf, Sie haben das Wort.

Dirk Kienscherf SPD:* Frau Präsidentin, vielen Dank für Ihre freundliche Unterstützung. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in den letzten Monaten mehrfach über das Thema Wohnungspolitik und die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt in diesem Hause diskutiert, und haben gleichzeitig die Fortschritte in der Wohnungspolitik dargestellt. Für die SPD-Fraktion, aber auch für den Senat waren dabei zwei Punkte wichtig.

Zum einen müssen wir alles dafür tun, um in Hamburg mehr und neue Wohnungen zu schaffen und das von uns angestrebte Ziel, 6000 Wohnungen pro Jahr, zu realisieren. Die 8700 Baugenehmigungen im letzten Jahr zeigen, dass wir dort auf gutem Wege sind.

(Beifall bei der SPD)

Zum Zweiten sagen wir aber auch, dass neben dem Wohnungsbau dem Bereich des Mieterschutzes eine besondere Bedeutung zukommt. Wir müssen alles daransetzen, dass wir neben der Schaffung von neuem Wohnraum dafür sorgen, dass bestehender Wohnraum, insbesondere bezahlbarer Wohnraum, erhalten bleibt. An vielen Stellen in dieser Stadt gibt es nach wie vor Bestrebungen, diesen bezahlbaren Wohnraum anderweitig zu nutzen oder zu vernichten.

Das Thema Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen spielt dabei eine wichtige Rolle. Wir alle wissen, dass es gerade bei angespannten Wohnungsmarktlagen und insbesondere vor dem Hintergrund der Situation auf den Aktien- und Kapitalmärkten für viele Anleger verlockend ist, besonders auch für Spekulanten, Häuser zu kaufen, sie in einzelne Wohnungen aufzuteilen und sie dann gewinnbringend wieder zu verkaufen. Für den Spekulanten oder den einzelnen Eigentümer ist das ein lohnendes Geschäft. Auf der anderen Seite wissen wir, dass es für die Mieterinnen und Mieter ein schlechtes Geschäft ist. Sie stehen eigentlich auf der Verliererseite. Ihre Situation wird dadurch gefährdet, dass wir bezahlbaren Wohnraum vernichten und dass Mieterinnen und Mieter Angst davor haben, aus ihrer Wohnung und aus ihrem angestammten Quartier vertrieben zu werden.

Wir Sozialdemokraten sagen ganz deutlich, für uns – und da verhalten wir uns ähnlich wie beim Thema Wasser – ist bezahlbarer Wohnraum eben keine Ware, sondern Wohnraum ist für uns ein Stück Heimat, das wir schützen müssen, und das wollen wir auch tun.

(Beifall bei der SPD)

Da dieses Problem nicht neu ist, sondern schon ein altbekanntes, war es auch richtig, dass im Jahre 1993 der SPD-geführte Senat die bundesrechtli-

chen Möglichkeiten ausgeschöpft hat. Er hat nämlich eine Verordnung erlassen, die dazu geführt hat, dass der bis dahin bestehende Kündigungsschutz von drei Jahren deutlich erhöht wurde auf zehn Jahre. Ab 1993 war es in dieser Stadt so, dass Mieterinnen und Mietern, die von der Umwandlung betroffen waren, in den ersten zehn Jahren nicht gekündigt werden konnte. Das war ein wichtiger Schritt, und er hat dazu geführt, dass viele Spekulanten abgehalten wurden. Gleichwohl müssen wir aber auch anerkennen, dass damit nicht alle Probleme gelöst wurden.

Durch Soziale Erhaltungsverordnungen und andere Dinge müssen wir mehr tun, um Mieterinnen und Mieter, gerade in bestimmten Bereichen wie auf der Schanze oder St. Pauli, aber jetzt auch in St. Georg, besser zu schützen. Das müssen wir erkennen, und da haben wir auch viel getan. Gleichwohl war es richtig – das geht auch in Richtung CDU-Fraktion –, auch wenn es ein Antrag der SPD war, im Jahre 2004 die bestehende Regelung, die auszulaufen drohte, um weitere zehn Jahre zu verlängern. Das war ein wichtiger Schritt. Wir waren alle gemeinsam dafür, den Schutz von Mieterinnen und Mietern in dieser Stadt weiter hochzuhalten, und ich glaube, es war ein lohnenswerter Schritt.

(Beifall bei der SPD)

In den nächsten Monaten läuft diese bewährte Regelung nun aus. Wenn wir sie nicht verlängern, bedeutet das, dass dann wieder Tür und Tor geöffnet werden für Spekulanten, die das große Geschäft wittern. Das wird dazu führen, dass wieder viele Mieter Angst vor Vertreibung haben und dass in der Tat auch Vertreibung passieren würde. Deswegen beantragt die SPD-Fraktion heute – aber ich hoffe, dass wir uns alle in diesem Hause, die FDP wahrscheinlich am wenigsten, darüber einig sind, dass wir alles daransetzen sollten, diesen Kündigungsschutz wieder zu verlängern – eine Verlängerung über das Jahr 2014 hinaus. Wir wollen die Mieterinnen und Mieter in dieser Stadt wirksam bis zum Jahre 2024 schützen. Das ist unser Ziel.

(Beifall bei der SPD)

Dieses wollen wir landesweit tun. Da möchte ich kurz Bezug nehmen auf den FDP-Antrag, der besagt, dass es vielleicht in einigen Stadtteilen gemacht werden sollte. Zum einen kann man anmerken, dass die FDP noch 2004 in dieser unseligen Koalition mit Schill und mit der CDU gemeinsam beschlossen hat, das landesweit fortzuführen. Wir glauben aber auch, dass sich die landesweite Regelung bewährt hat, auch rechtlich bewährt hat. Wir glauben, dass Versuche, diese landesweite Regelung aufzuweichen und nur auf wenige Stadtteile zu konzentrieren, zu Abgrenzungsproblemen führen würden. Und, ehrlich gesagt, uns Sozialdemokraten sind die Mieterinnen und Mieter in Eppendorf oder auch die in Jenfeld genauso wichtig, ebenso wie uns der Mieterschutz insgesamt wich-

(Dirk Kienscherf)

tig ist. Deswegen wollen wir eine bewährte landesrechtliche Regelung für ganz Hamburg erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben viel getan beim Mieterschutz, aber es muss noch viel mehr getan werden auf Bundesebene. Das ist eine andere Diskussion. Heute sind wir als Landesparlament gefordert, uns dafür zu entscheiden und den Mieterinnen und Mietern in dieser Stadt deutlich zu sagen, dass wir das, was wir in Hamburg tun können, auch tun werden, damit sie nicht durch Umwandlungen noch mehr betroffen werden, damit sie nicht aus ihren Quartieren und aus ihren Wohnungen vertrieben werden. Das ist ein deutliches Signal. Ich glaube, das sollte von der heutigen Debatte und dem heutigen Beschluss ausgehen. Ich freue mich auf ein entsprechendes Signal. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Roock, Sie haben das Wort.

Hans-Detlef Roock CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kienscherf, wir halten die Zielrichtung des Antrags für richtig und werden diesen auch unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Klatschen Sie nicht zu früh, Herr Dr. Dressel.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Genau, jetzt war es gut!)

Sie haben richtig erkannt, dass der CDU-geführte Senat 2004 diese Rechtsverordnung um zehn Jahre verlängert hat. Auch damals hatten wir in gewissen Segmenten des Wohnungsbaus Defizite, die eine Verlängerung der Rechtsverordnung rechtfertigten. Und deshalb stehen Sie heute mit Ihrem Antrag in guter Tradition zur CDU-Wohnungs- und Mietenpolitik, die dem Mieterschutz einen besonderen Stellenwert einräumt.

(Beifall bei Ralf Niedmers CDU)

Ich frage mich allerdings, warum Sie den Senat, wenn denn die Lage so ist, wie Sie sie beschreiben – und ich habe da gar keinen Zweifel –, heute mit einem Antrag auffordern, normales Regierungshandeln zu vollziehen. Warum kommt der Senat nicht selbst auf die Idee, das einfach zu tun? Sie müssen ihn also zum Jagen tragen.

(Dr. Andreas Dressel SPD und Dirk Kienscherf SPD: Nee, nee!)

– Ja, ja, Herr Kienscherf.

(Beifall bei Tim Golke DIE LINKE)

Ein Meilenstein in der Mietenpolitik ist dieser Antrag allerdings nicht. Sie haben doch selbst darauf hingewiesen, dass der beste Mieterschutz ist, aus-

reichend Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Diesen Beweis sind Sie aber nach großem Brimborium und viel Symbolpolitik in den vergangenen Jahren bislang schuldig geblieben.

(Jan Quast SPD: Das hätten Sie mal machen sollen, Herr Roock! Das haben Sie nämlich versprochen!)

Der Bürgermeister hat versprochen, 6000 Wohnungen pro Jahr fertigzustellen – fertigzustellen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Er baut sie ja nicht selbst!)

Ich bin gespannt auf die Wohnungsbauzahlen 2012, die wir in Kürze bekommen werden. Baugenehmigungen allein reichen nicht aus.

Nun zum FDP-Antrag, der schwierig zu verstehen ist und dessen Begründung eher auf die Zweckentfremdungsverordnung abzielt. Mieterschutz auf gewisse Stadtteile zu beschränken, versteht kein Mensch. Es ist auch schwierig zu differenzieren und den Menschen klarzumachen, warum auf der einen Seite der Straße der bessere Kündigungsschutz gilt und auf der anderen Straßenseite nicht. Aus meiner Sicht ist das auch rechtlich sehr fragwürdig. Das stellt sich bei der Zweckentfremdungsverordnung anders dar und ist mit der Rechtsverordnung zum besseren Kündigungsschutz nicht vergleichbar.

Wir wollten mit der Freistellung von der Zweckentfremdungsverordnung strukturschwache Gebiete aufwerten. Das war sinnvoll, aber das haben SPD und Senat leider kurzsichtig abgeschafft.

Meine Damen und Herren! Aus den vorgenannten Gründen werden wir den FDP-Antrag ablehnen. Die Überweisungsanträge werden wir gleichermaßen ablehnen. Ich bin immer für klare Entscheidungen,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sehr gut!)

und die werden heute mit dem Antrag der SPD getroffen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Duge, Sie haben das Wort.

Olaf Duge GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wie die Luft zum Atmen, das Wasser zum Trinken und das Brot zum Essen selbstverständlich sind, so kann man auch fragen, ob es in Zeiten des Wohnungsmangels nicht genauso eine Selbstverständlichkeit ist, Mieterinnen und Mieter vor dem Hinauswerfen aus Mietwohnungen, die in Eigentumswohnungen umgewandelt werden, zu schützen. Das ist nicht nur eine Sache der Wohnungsnot, es ist letztlich auch eine Sache der Einbindung dieser Menschen in die

(Olaf Duge)

Quartiere. Die Kinder gehen dort zur Schule und Freunde leben in der Nachbarschaft.

Zur Verlängerung der Kündigungsschutzfrist bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen von drei auf zehn Jahre bedarf es keiner Lobeshymne der SPD, die hier gesungen wurde, sondern das ist doch ein selbstverständlicher Anspruch der Mieterinnen und Mieter in diesen umgewandelten Wohnungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde es auch verwunderlich von der SPD, Herr Rook hat das entsprechend formuliert, dass der Senat erst jetzt dazu aufgefordert werden muss, diese Verlängerung der Zehnjahresfrist, die schon seit Langem gilt, nun auch durchzuführen. Ich stelle mir die Frage, was die SPD eigentlich ihrem Senat zutraut, oder, besser gesagt, was sie ihm nicht zutraut. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Hans-Detlef Rook CDU*)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Dr. Duwe, Sie haben das Wort.

(*Hansjörg Schmidt SPD:* Parlamentarische Sternstunden!)

Dr. Kurt Duwe FDP:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Prinzip geht es bei diesem Antrag, der eigentlich nur fordert, eine Verordnung zu verlängern, darum, dass die SPD einen Tagesordnungspunkt anmeldet, in dem der Mieterschutz vorkommt. Das ist der eigentliche Grund, das sage ich ganz einfach. Das war die Antwort auf diese Frage.

2004 haben wir dies schon einmal um zehn Jahre verlängert, und es wird beantragt, dies erneut um zehn Jahre zu verlängern. Wenn man nun die SPD-Fraktion ernst nimmt, dann muss es doch einen Grund geben, der neben diesem Tagesordnungspunkt vorhanden ist, um dem Senat etwas aufzutragen. Und die Begründung dafür, dass man Maximalwerte wie Laufzeit und Kündigungsfrist anschaut, ist nicht gegeben. Es wird nur ganz schwammig gesagt, es gäbe einen angespannten Mietmarkt, aber nichts anderes.

Deshalb beantragen wir, dieses noch einmal zu untersuchen. Soweit ich weiß, war 2004 auch geplant, nach fünf Jahren das Ganze einmal zu evaluieren. Das wurde aber nicht gemacht. Bis Januar 2014 ist noch ein bisschen Zeit, das zu untersuchen. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt.

Des Weiteren möchte ich daran erinnern, dass es einen weiteren Stadtstaat in Deutschland gibt, in dem es eine Regelung von sieben Jahren gibt und eine unterschiedliche Behandlung der Bezirke, und das ist Berlin. Ich habe aus Berlin nicht gehört, dass das nicht praktikabel sei. Deswegen könnte

man doch untersuchen, ob wir vielleicht bezirksweise in Hamburg unterschiedliche Regelungen treffen sollten, denn die Bezirke sind so unterschiedlich, dass man sie nicht über einen Kamm scheren kann, auch nicht beim Mieterschutz, weil es bei den Mieten auch unterschiedliche Wohnungssituationen gibt.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb bitte ich um Unterstützung unseres Antrags. Ansonsten freue ich mich, dass das Thema Mieterschutz wieder einmal ins Gespräch kam. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Golke, Sie haben das Wort.

(*Hans-Detlef Rook CDU:* Aber nicht so lange!)

Tim Golke DIE LINKE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man kann sich nicht des Eindrucks, der von Herrn Duwe gerade wiedergegeben wurde, erwehren, dass die SPD wahrscheinlich wieder einmal ein Mietenthema braucht.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Weil wir da so gut sind!)

– Nun schreien Sie doch nicht gleich, ich will Sie doch gerade verteidigen, Herr Dressel.

Zu Ihrer Verteidigung sei auch angemerkt, dass dieses Thema bisher jedes Mal im Plenum dieses Parlaments besprochen wurde, wenn es dazu kam – 1992, das kann man nachlesen, und auch im Jahre 2003 in anderer Konstellation. Ich nenne es eine gute Tradition, dass wir das besprechen, wengleich es natürlich stimmt, dass eine Verordnung schlichtes Regierungshandeln ist. Ich habe auch keine großen Stürme der Entrüstung gehört, das noch einmal zu verlängern. Deswegen frage ich mich schon, ob diese Debattenanmeldung wirklich nötig war oder ob es nicht auch der Antrag getan hätte, den wir am Ende abgestimmt hätten.

Wir stimmen Ihrem Antrag natürlich zu. Es ist richtig, das noch einmal um zehn Jahre zu verlängern, aber es ist nicht das Einzige. Es klingt vielleicht wie eine Gebetsmühle, aber in Baugenehmigungen kann niemand wohnen, Herr Kienscherf, das steht zum Beweis noch aus. Dass die anderen es nicht hinbekommen haben, ist mittlerweile bewiesen. Aber dass Sie es hinbekommen, ist noch nicht bewiesen; das ist ein feiner Unterschied.

(Beifall bei der LINKEN)

Daher bitte ich um etwas mehr Vorsicht in der Frage. Ich bin ganz bei Ihnen, dass wir mehr günstige Wohnungen brauchen. Unserer Meinung nach brauchen wir sogar viel mehr günstige Wohnungen als Sie planen. An dem Punkt haben wir keinen

(Tim Golke)

sehr großen Dissens. Sie werden aber auch wissen, dass eine Verlängerung dieser Verordnung kein Allheilmittel ist – Sie haben das auch nicht so dargestellt, das muss ich deutlich sagen –, sondern dass bei Eigenbedarf natürlich Regelungen gelten, die man nicht unbedingt als mieterfreundlich bezeichnen kann. Schauen Sie sich die sogenannte Au-pair-Rechtsprechung des BGH an, der es nicht als Eigenbedarfskündigung ansieht, wenn der Vermieter die Wohnung für ein Au-pair-Mädchen braucht, oder die Wohnbarmachung für Beschäftigte des Vermieters und auch die Frage des Schadenersatzes bei einer fingierten Eigenbedarfskündigung. Die Einschränkungen, die der BGH da an die Beweislast gelegt hat, sind alle nicht mieterfreundlich und machen es hier auch schwieriger. Es ist kein großer Schritt, aber es ist ein kleiner wichtiger Schritt. Die Situation ist ähnlich wie 1992; darauf wurde 1993 in den Protokollen hingewiesen. Wir haben einen Preissprung, der höher ist als 1992. Die Ohmoor-Studie hat ergeben, dass seit 2006 die Mieten bei Neuvermietungen um 30 Prozent gestiegen sind.

Noch ein kurzes Wort zur FDP. Zu Ihrem Antrag wurde schon einiges gesagt, was ich nun nicht wiederholen möchte. Sie haben nicht ganz unrecht, Hamburg ist nicht überall gleich, aber ich will darauf hinweisen, dass am Ende die Bezirke diese Erhebungen machen müssten. Und ich frage Sie sehr deutlich: Wer in den Bezirksämtern soll das eigentlich noch tun? Sie fordern, Personal abzubauen. Wenn wir das so machen wollten, dann bräuchten wir mehr Personal in den Bezirksämtern.

(Beifall bei der LINKEN)

Auf diese Frage geben Sie keine Antwort. Wir werden den Antrag ablehnen, genauso wie die Überweisungsempfehlungen. Wir können jetzt eine klare Entscheidung treffen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Zunächst zum Überweisungsbegehren.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/7974 an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wer möchte die Drucksache 20/8157 an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch dieses Überweisungsbegehren abgelehnt.

Dann lasse ich beide Anträge in der Sache abstimmen. Zunächst zum Antrag der FDP-Fraktion aus Drucksache 20/8157.

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer schließt sich dann dem SPD-Antrag aus Drucksache 20/7974 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der SPD-Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe nun den Punkt 3c auf. Das ist die Drucksache 20/7408, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Hamburg – Metropole der Chancen. Wie international ist Hamburg?

**[Große Anfrage der CDU-Fraktion:
Hamburg – Metropole der Chancen
Wie international ist Hamburg?
– Drs 20/7408 –]**

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Frau Prien, Sie haben es.

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Erfreulich fanden wir, dass der Senat unserer Einschätzung zustimmt, dass die Internationalität und auch die weitere Internationalisierung unserer Stadt für unsere Wettbewerbsfähigkeit als Metropole von entscheidender Bedeutung sind. Zumindest hier sind wir uns einig, und wir sind uns auch darüber einig, dass in dieser Hinsicht seit 2001 viel passiert ist und wir in einigen Bereichen gut vorangekommen sind. Die Große Anfrage zeigt aber leider auch, dass der Senat zwar im einen oder anderen Bereich das eine oder andere tut, vor allem Programme fortsetzt, die es vorher schon gab, aber überhaupt keine konsistente Strategie hat. Das halten wir angesichts der großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, für einen entscheidenden Mangel.

(Beifall bei der CDU)

Insbesondere setzt sich der Senat keine eigenen Ziele. Es gibt kein Benchmarking; der Senat nimmt an keiner einzigen Studie teil, gibt sich in diesem Bereich keine Aufgaben. Das ist leider, ich muss es sagen, provinziell und wird uns nicht weiterführen. Die Krönung war, dass der Senat als Beleg für die Internationalität Hamburgs die im April veröffentlichten Forschungsergebnisse des Meinungsforschungsinstituts YouGov heranzieht. Wenn man sich das näher anschaut, dann sieht man, dass diese Erhebung sich nur auf deutsche Städte bezieht und auch nur Deutsche befragt wurden, welche Stadt am beliebtesten ist. Es steht also keine internationale Befragung dahinter und ist insofern wenig aussagekräftig. Wenn man dann noch bedenkt, dass das HWWI ziemlich zeitgleich eine Studie veröffentlicht hat, nach der Hamburg im nationalen Metropolenvergleich seit 2010 von Platz 11 auf Platz 7 zurückgefallen ist, dann wirkt dieser Beleg erst recht sehr fragwürdig.

Die zitierte HWWI-Studie sagt übrigens sehr eindeutig, dass die Internationalität von Metropolen

(Karin Prien)

und ihre Innovationsfähigkeit zu den entscheidenden Kriterien gehören. Insofern hätten wir alle miteinander Grund genug, uns diesem Thema intensiver und vor allem systematisch zu nähern. Das tut der Senat aber nicht. Er hat weder eine Strategie noch tut er wenigstens in Einzelbereichen, in denen Handlungsbedarf besteht, etwas. Wir haben gestern die Fachkräftestrategie vorgestellt bekommen. Das ist eine Fleißarbeit, das gebe ich zu, es ist auch ein umfassendes Werk geworden, aber wenn man sich einmal anschaut, was im Bereich Anwerbung der besten Köpfe, Anreize schaffen für internationale Wissenschaftler, für internationale Fachkräfte getan wird, dann ist das nach wie vor nicht viel mehr als ein negativer Dauerton.

Das Gleiche gilt im Bereich Clusterpolitik. Die Cluster sind natürlich in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung, und dann wäre es sicherlich sinnvoll, die Cluster stärker zu nutzen. Die wissen genau, welcher Fachkräftebedarf in Hamburg besteht, und die haben auch sicherlich eher die Möglichkeit, Menschen in aller Welt auf unsere Stadt und den Bedarf, den wir an Arbeitskräften und Wissenschaftlern haben, aufmerksam zu machen. Dafür müssten die Cluster aber entsprechend mehr öffentlich in Erscheinung treten, auch international.

In diesem Zusammenhang macht uns auch die Struktur und die Arbeit der Hamburger Wirtschaftsförderung Sorge. Wir können im Augenblick noch nicht erkennen, dass die neue Holdingstruktur hier besonders wirksam geworden ist. Wir sehen, dass das Wirtschaftszentrum in der Habichtstraße so nicht mehr weiterexistieren wird. Die Idee des One-Stop-Shop wird nicht mehr wie bisher weiterverfolgt werden. Wo die einzelnen Institutionen am Ende bleiben, ist offensichtlich ungewiss. Auch das halten wir für keine gute Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der CDU)

Das Hamburger Welcome Center wird national gelobt. Gerade in den vergangenen Tagen haben wir gehört, dass auch in anderen Großstädten, in denen es bisher so etwas nicht gibt, Welcome Center eingerichtet werden sollen. Doch auch dieses Konzept muss natürlich weiterentwickelt werden, insbesondere in Zusammenarbeit mit der Metropolregion. Für den Wissenschaftler, der nach Hamburg kommt und im Umland, zum Beispiel in Schleswig-Holstein, wohnt, spielt es gar keine Rolle. Das wäre ein Gebiet, auf dem eine bessere Zusammenarbeit mit der Metropolregion, ebenso wie im Bereich der Schulpolitik, unbedingt erforderlich wäre.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zur Wissenschaftspolitik. Hier rächt sich wirklich, dass der Senat mit der chronischen Unterfinanzierung der hamburgischen Hochschulen weitermacht, anstatt Exzellenz in Hamburg zu fördern. So kann man internationale Spitzen-

kräfte in der Wissenschaft nicht für Hamburg interessieren. Hier besteht nach wie vor großer Handlungsbedarf. Die TU Hamburg-Harburg ist mit ihrem Ziel, 20 Prozent ausländische Studenten anlocken zu wollen, vorbildlich.

(Philipp-Sebastian Kühn SPD: Das ist nicht ihr Ziel, das ist Realität!)

– Sie können sich doch gern melden. Wenn Sie dran sind, dann höre ich Ihnen auch zu, vielleicht.

Die TU Hamburg-Harburg setzt sich wenigstens ehrgeizige Ziele. Das finden wir gut. Wir würden uns das für die anderen Universitäten aber genauso wünschen. Wir würden uns auch wünschen, dass die Wissenschaftssenatorin, selbstverständlich bei aller Freiheit der Hochschulen, ein bisschen mehr an ehrgeizigen Vorgaben für unsere Stadt leisten würde.

Das Gleiche gilt für den Bereich Tourismus. Ich musste der Anfrage entnehmen, dass der Senat gar nicht anstrebt, mehr internationale Touristen für Hamburg anzulocken. Es ist offensichtlich ziemlich egal, woher sie kommen. Auch hier ist eine gezielte Strategie erforderlich, und das kann man nicht nur der Hamburg Marketing überlassen.

Insgesamt, meine Damen und Herren, lohnt es sich, wie in fast allen anderen Bereichen, sich einmal Best-Practice-Beispiele anzuschauen. Wien zum Beispiel, die Stadt, die in fast allen internationalen Rankings europäischer Städte sehr weit vorn liegt, hat sich eine Internationalisierungsstrategie gegeben. Sie haben eine eigene Behörde dafür eingerichtet, die diese Querschnittsaufgabe übernimmt. Meiner Meinung nach ist das ein Ansatz, über den man nachdenken sollte. Ich meine, dass es in Hamburg eine Menge im Bereich Internationalisierung zu tun gibt. Wir haben auf einem guten Weg angefangen, aber wir sind noch lange nicht am Ende angekommen. Es wird Zeit, dass man sich dem wirklich systematisch zuwendet.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Kühn, Sie haben das Wort.

Philipp-Sebastian Kühn SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst, meine verehrten Damen und Herren von der CDU, möchte ich mich mit einem Dank an Sie wenden, dass Sie diese Große Anfrage gestellt haben. Sie hat ohne Frage eine gute Basis geliefert, sich einmal mit diesem Thema "Hamburg – Metropole der Chancen – Wie international ist Hamburg?" zu beschäftigen. Ich will mich allerdings bei meiner Analyse der Antworten auf vier Bereiche beschränken. Zum einen: Wie attraktiv ist Hamburg als Standort internationaler Unternehmen? Zum Zweiten: Wie international ist Hamburgs Schul- und Hochschullandschaft? Zum Dritten:

(Philipp-Sebastian Kühn)

Was tut Hamburg für die Gewinnung ausländischer Fachkräfte? Und zum Schluss: Wie erfolgreich ist Hamburg im internationalen Tourismuswettbewerb? Ich habe die Antworten der Großen Anfrage deutlich anders als Sie, Frau Prien, interpretiert. Ich stelle fest, dass Hamburg auf einem sehr guten, sehr erfolgreichen Weg ist und will damit anerkennen, dass wir sicherlich an das eine oder andere erfolgreiche Projekt, das unter Ihrer Regierungsverantwortung angestoßen wurde, anknüpfen konnten.

In Hamburg sind derzeit 433 Großunternehmen mit jeweils mehr als 250 Beschäftigten ansässig. Wir haben immerhin neun Unternehmen, die im DAX, M-DAX oder Tech-DAX notiert sind. Zwischen 2001 und 2013 haben immerhin 44 Unternehmen ihre Konzernzentrale nach Hamburg verlagert. Ich möchte mich dazu hinreißen lassen, ein durchaus interessantes Zahlenspiel ins Plenum einzubringen. Zwischen 2001 und 2010 waren es 24 Unternehmen, und seit 2011 haben immerhin 20 Unternehmen ihren Unternehmenssitz nach Hamburg verlagert. Ich finde, das ist ein deutlicher Beweis für die gute Wirtschaftspolitik dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Richtig ist, Sie haben schon darauf verwiesen, dass Hamburg gerade bei der Anwerbung auf seine Clusterschwerpunkte zurückgreifen kann. Wichtig ist mir aber auch festzustellen, dass es gerade dieser Senat ist, der einen eindeutigen Schwerpunkt auf die Stärkung anwendungsnaher Forschung in Hamburg setzt. Dazu haben wir viele Projekte bereits angestoßen; auch das war schon Thema im Plenum. Ich will stellvertretend zwei Beispiele nennen, nämlich das Zentrum für Angewandte Luftfahrtforschung und den Innovations-Campus Green Technologies an der TU Hamburg-Harburg. Das sind Projekte, die dieser Senat angestoßen hat und bei denen es genau darum geht, anwendungsnahe Forschung mit Hamburger Wirtschaft und Industrie zu verknüpfen und Synergien zu schaffen. Ich finde, dass dies ein sehr großer Beitrag zur Steigerung von Hamburgs Attraktivität ist, und die Zahlen, die ich eben zum Ausdruck gebracht habe, sind ein eindeutiger Beleg für diese Strategie.

(Beifall bei der SPD)

Die Masterpläne für Industrie und Handwerk haben Sie selbst schon angesprochen. Auch die ergänzen natürlich diese Strategie.

Wie international ist Hamburg nun in seiner Schul- und Hochschullandschaft? Hamburg verfügt über neun internationale Schulen und immerhin 44 bilinguale Schulen. Das ist auch im nationalen Vergleich ein hervorragender Wert, der unterstreicht, wie lang die Tradition von internationaler Ausrichtung in Hamburgs Schullandschaft ist.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die Hochschulen angesprochen. Ohne Frage kann man, was das Thema Internationalisierung angeht, immer sagen, dass mehr getan werden muss. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass Hamburg und Hamburgs Hochschulen eine lange Tradition bei diesem Thema haben. Wir hatten erst kürzlich im Wissenschaftsausschuss Gelegenheit, die Hochschulen dazu zu befragen. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass beispielsweise die Universität Hamburg seit 2010 verstärkt auf strategische Hochschulpartnerschaften setzt. Es existieren beispielsweise jetzt, relativ neu, strategische Partnerschaften mit Aarhus und Syddansk, mit der Karls-Universität in Prag, mit St. Petersburg selbstverständlich, aber zum Beispiel auch mit der Universität Stellenbosch bei Kapstadt in Südafrika. Derzeit befinden sich Partnerschaften beispielweise mit Sao Paulo, New York, Seoul und Taiwan im Aufbau beziehungsweise in der weiteren Vertiefung. Die Universität Hamburg hat dezidiert auch in der Großen Anfrage dargelegt, wie sehr sie an diesem Thema interessiert ist. Dass man immer mehr tun kann, gebe ich gern zu, aber es kann keinesfalls die Rede davon sein, dass nichts passiert.

Die TU Hamburg-Harburg haben Sie schon angesprochen. Sie ist ohne Frage eine der Hochschulen, die das Thema Internationalisierung schon seit langer Zeit selbst zu ihrem Programm erklärt hat. Sie hat bereits jetzt mehr als 20 Prozent ausländische Studierende, und sie bietet immerhin seit 1997 englischsprachige Studiengänge an. Die HAW, Hamburgs große Fachhochschule, ist auch seit vielen Jahren auf diesem Gebiet sehr aktiv. Es gibt mehr als hundert Partnerschaftsverträge auf Fakultäts- und Dekanatebene oder beispielsweise seit 25 Jahren eine Partnerschaft mit der Universität Shanghai. Es kann also keine Rede davon sein, dass in den vergangenen Jahren in Hamburg nichts passiert ist. Die Hochschulen werden dies weiter ausbauen. Ein Beleg dafür ist auch die Zahl von 9500 ausländischen Studierenden in Hamburg. Das ist im Vergleich mit anderen Bundesländern eine ordentliche Zahl, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Nun komme ich zur Frage ausländischer Fachkräfte. Sie sagen, der Senat tue diesbezüglich nichts und habe keine Strategie. Dem will ich eindeutig widersprechen. Am 1. August vergangenen Jahres ist in Hamburg das Hamburger Anerkennungs-gesetz in Kraft getreten. Damit waren wir das erste Bundesland, das ein solches Gesetz flankierend zur Bundesgesetzgebung überhaupt erlassen hat. Ich finde, das ist eine Ausnahme, die schon einmal Erwähnung finden sollte. Erwähnen will ich auch das Stipendienprogramm, das der Hamburger Senat eben genau für Ausländer, die sich um eine Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse bemühen, aufgelegt hat. Dafür sind bis zum März 2013 850 000 Euro geflossen; es stehen allein für dieses Jahr noch weitere 500 000 Euro zur Verfü-

(Philipp-Sebastian Kühn)

gung. Ich finde, dass das eine ordentliche Leistung ist, auf die die Stadt und die zuständige Behörde zu Recht stolz sein können.

(Beifall bei der SPD)

Ohne Frage schwierig – und da müssen wir noch einmal gemeinsam ran – ist die Datenlage beispielsweise zur beruflichen Qualifizierung von Zuwanderern. Die einzigen Zahlen, die wir haben, sind die zu den Schulabschlüssen. Ich will sie dem Plenum allgemein nennen. Wir haben in Hamburg etwa 200 000 Ausländer – so schwierig dieser Begriff auch ist, aber ich will ihn einmal benutzen –, von denen 40 000 über einen Hauptschulabschluss verfügen, 36 000 über eine mittlere Reife, 59 000 immerhin über ein Abitur oder ein Fachabitur; 40 000 haben leider überhaupt keinen Schulabschluss. Ohne Frage müssen wir, was die berufliche Qualifizierung von Zuwanderern angeht, dringend die Datenlage aktualisieren. Das ist, glaube ich, in unser aller Interesse. Verweisen will ich noch auf die aktuell geschlossenen Abwerbeabkommen mit Griechenland und Spanien, über die wir jetzt für Hamburger Unternehmen Auszubildende suchen. Auch dies ist ein wichtiger Beitrag für unsere regionale Wirtschaft, um den Bedarf an Auszubildenden zu decken.

Nicht verständlich waren mir auch Ihre Aussagen zum Tourismus, denn ohne Frage knüpft Hamburg hier an eine gute Vorarbeit an. Ich will die Zahlen durchaus noch einmal nennen. Wir hatten allein in den vergangenen zehn Jahren eine Steigerung von knapp 5,5 Millionen Touristen auf mehr als 10 Millionen Touristen. Das Ziel des Hamburger Senats sind 18 Millionen Übernachtungen bis zum Jahr 2020. Dies ist ein ambitioniertes Ziel, aber es ist richtig, sich dieses Ziel zu setzen. Wir hatten schon im Wirtschaftsausschuss Gelegenheit, darüber zu reden. Auch die Neuausrichtung des Congress Centrums war schon Thema im Wirtschaftsausschuss. Ich finde, dass wir auch hier auf einem guten Weg sind.

In diesem Sinne: Hamburg ist sehr gut aufgestellt und muss sich nicht hinter anderen Bundesländern verstecken. Ich glaube, dass wir auch in den kommenden Jahren bis zum Jahr 2020 bei diesem Thema sehr erfolgreich sein werden.

(Dietrich Wersich CDU: Danke an die CDU!)

Dank der guten Vorarbeit von sozialdemokratisch geführten Senaten vor 2001, Dank auch Ihrer Arbeit, ohne Frage, in den zehn Jahren Ihrer Regierungsverantwortung, aber auch Dank für die hervorragende Arbeit, die dieser Senat leistet. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Dr. Tjarks, Sie haben das Wort.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Normalerweise laufen diese wirtschaftspolitischen Debatten, die in diesem Plenum so gut besucht sind, immer nach dem gleichen Muster ab. Die CDU erklärt, dass sie von 2001 bis 2011 gute Arbeit gemacht hat und warum Sie es besser gemacht hat als die SPD. Daraufhin rechtfertigt sich die SPD und erzählt, warum Sie es besser gemacht hat als die CDU. Diesmal hat sich die Debatte eher nach dem Muster des "Hamburger Abendblatts" gerichtet, das regelmäßig fragt: New York, Rio, Tokio, Hamburg – sind wir eigentlich noch eine Weltstadt? – und dann jeden Monat zu dem Ergebnis kommt: Ja, wir sind noch eine Weltstadt. Auch Sie haben sich eben noch einmal vergewissert, dass die Internationalität Hamburgs okay ist. Wir finden es richtig, denn es ist genau der Punkt, dass man, wenn man auf eine Tradition stolz ist – der Hafen als internationalster Ort kam in Ihrer Rede vielleicht ein bisschen wenig vor –, dazu neigt, sich lange darauf auszuruhen. Damit das Tor zur Welt nicht das Tor zur Provinz wird, muss man diese Selbstvergewisserung ab und zu vorantreiben. Insofern herzlichen Dank für diese Anfrage.

Sie haben, Frau Prien, den Begriff Internationalität zugrunde gelegt. Sie haben von offenen WLAN-Netzen bis hin zu bilingualen Kindergärten wirklich viel abgefragt. Was mir an dieser Anfrage ein bisschen gefehlt hat, war der Punkt Stadtentwicklung, das Thema IBA/igs, weil das genau ein Punkt ist, wo Hamburg versucht, international abzustrahlen. Ich glaube, dass auch die Frage nach der Kultur nicht irrelevant ist. Wir haben große bedeutende Museen und Theater, und das sind Dinge, die nicht nur durch Touristen gefüllt werden, sondern auch, wir sind in einer wirtschaftspolitischen Debatte, auf den Wirtschaftsstandort abstrahlen.

In Bezug auf die Wirtschaftsförderung und Internationalität sind wir eher der Meinung, dass die fast ein bisschen zu international aufgestellt ist. Wirtschaftsförderung hat durchaus als erste Aufgabe, sich um den Bestand zu kümmern, den zu verbessern, den weiter zu fördern. Hier haben wir in Hamburg einiges zu bieten, und das steht bei knappen Ressourcen unseres Erachtens vor der Anwerbung aus Fernost.

Sie haben die ausländischen Berufsqualifikationen angesprochen. Wir begrüßen das Gesetz zur Regelung der Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen durchaus und haben dem zugestimmt. Man muss an dieser Stelle aber natürlich sagen, dass es zwar gut ist, dieses Gesetz erlassen zu haben, dass die Erfahrungen aber, soweit sie uns bekannt sind, dann doch eher ernüchternd sind. Wir haben eine Situation, die bei Betroffenen relativ viel Frust erzeugt und in der wir Potenziale, die es hier gibt, ungenutzt lassen. Das ist eine Aufgabe für die Bundesregierung, die sich hier noch stärker bewegen muss, und das ist eine Aufgabe,

(Dr. Anjes Tjarks)

die sich durchaus auch an die CDU richtet. Wenn man von wirklicher Internationalität redet, dann wollen wir dort einen größeren Schritt vorankommen, gerade auch auf Bundesebene.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein anderer Ort, der der Internationalität Hamburgs demnächst durchaus noch stärker wird Ausdruck verleihen können – das wurde in der Anfrage auch gestreift –, ist das CCH. Wir sind gerade dabei, einen umfangreichen Prozess vorzubereiten und zu überlegen, wie wir das CCH revitalisieren können. Wir sind im Wesentlichen dafür. Es ist natürlich nicht ganz günstig, und deswegen muss man sehr genau überlegen, was wir machen. Wir als GRÜNE Fraktion würden uns auch im Sinne einer clusterbasierten Wirtschaftspolitik, die das Cluster erneuerbare Energien in den Vordergrund rückt, wünschen, dass das CCH am Ende des Revitalisierungsprozesses in der Lage ist, nachhaltige Kongresse, grüne Kongresse auszurichten. Die Voraussetzung hierfür ist mindestens eine Zertifizierung nach dem DGNB-Standard der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen, denn dann hat man eine attraktive Stadt am Wasser, die grün ist. Das kann man in die Tourismusförderung einfließen lassen, das kann man in die Kongresswerbung einfließen lassen, was auch international abstrahlen kann, denn viele Kongresszentren, die grüne, CO₂-freie Kongresse ausrichten können, gibt es insgesamt noch nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dies gilt nicht nur für den Geschäftstourismus, sondern auch für den Privattourismus. Sie hatten bereits erwähnt, dass unsere Quellmärkte im Wesentlichen aus dem deutschsprachigen Raum plus ein bisschen Dänemark und Niederlande kommen. Auch hier gilt es, eine Gesamtstrategie für die Internationalisierung zu erarbeiten, aber auch eine Gesamtstrategie, wie man nachhaltigen Tourismus formieren kann. Wir haben bisher den Eindruck, dass die HTT eher daran interessiert ist, Masse zu machen, weniger Klasse. Bei der Klasse wären durchaus Leute dabei, die man vielleicht rudimentär als Creative class bezeichnen kann, die später Investitionsentscheidungen treffen können, auch im Sinne von Hamburg. Deshalb würden wir uns einen stärkeren Fokus auf grünes Reisen wünschen. Wir glauben, dass das bei der HTT bisher nur sehr bedingt aufgehoben ist.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass wir internationale Attraktivität durch ein Sammelsurium von Maßnahmen erreichen. Ich würde mir wünschen, dass wir an bestimmten Stellen Vorreiter sind, dass wir kreativ und innovativ sind, dass wir insbesondere auf Klasse setzen und nicht mehr so sehr auf Masse. Wenn wir den Trend setzen, dann können wir auch als eine kleine Weltstadt ganz besonders davon profitieren. – Herzlichen Dank.

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Dr. Kluth, Sie haben das Wort.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Ohne Zweifel ist die internationale Attraktivität Hamburgs ein wichtiger Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit und die Standortqualität unserer Stadt. Auch wir bedanken uns daher bei der CDU für die Initiative ihrer Großen Anfrage. Die gute Botschaft für mich und die schlechte Botschaft für Sie lautet, dass ich schon so viel Redezeit bei der HSH-Nordbank-Debatte verbraucht habe, dass ich mich kurz fassen muss.

(Beifall bei *Christiane Schneider* DIE LINKE – *Dr. Anjes Tjarks* GRÜNE: Das war die richtige Entscheidung!)

Darum möchte ich mich auf zwei Punkte fokussieren. Der erste betrifft das Thema Fachkräfte. Herr Kühn, ganz so positiv sieht die Bilanz des Senats meines Erachtens nach nicht aus, wie Sie es uns versucht haben darzustellen. In der Drucksache 20/4853 hat der Senat nämlich festgestellt, dass Hamburg bereits 2011 585 freie Stellen für Ingenieure und 873 freie Stellen in Gesundheitsberufen hatte. Was aber wurde bisher unternommen, um gegen diesen Fachkräftemangel etwas zu tun? Anscheinend nichts, denn aus der vorliegenden Großen Anfrage geht hervor, dass eine Anwerbestrategie, also die Gewinnung von Fachkräften aus dem In- und Ausland, erst in der Fachkräftestrategie behandelt werden soll, die uns nun seit gestern vorliegt, also mit einem Zeitverzug von mindestens zwei Jahren. Der drohende und in einigen Berufen bereits eingetretene Fachkräftemangel ist kein neues Problem. Trotzdem verschläft der Senat eine nachhaltige Strategie zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Unserer Auffassung nach besteht hier Handlungsbedarf.

Der zweite Punkt betrifft die Ansiedlung internationaler Unternehmen. Zur Förderung von Wachstum und Dynamik ist die Ansiedlung weiterer Unternehmen, die Gewinnung von Investoren, Unternehmensgründern und internationalen Unternehmen unumstritten wichtig. Hamburg braucht dabei eine bessere Darstellung des Wirtschaftsstandorts. Hamburg braucht eine Bündelung von Investitionsanreizen und eine stärkere Profilierung im Standortwettbewerb, denn der Konkurrenzkampf, das ist uns allen bekannt, um Standorte nimmt zu. Aus der Großen Anfrage der CDU geht hervor, dass wir zurzeit in Hamburg 433 Großunternehmen mit jeweils mehr als 250 Beschäftigten haben. Das ist zunächst einmal gut, sagt aber nichts über das Spektrum dieser internationalen Unternehmen aus. Die Anzahl von nur neun DAX-, M-DAX- und Tech-DAX-Unternehmen ist nach unserer Auffassung definitiv ausbaufähig. Leider folgen auf die Frage

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

nach der Ansiedlungs- und Anwerbestrategie des Senats nichts als Floskeln und Plattitüden,

(*Jan Quast SPD*: Sie hätten doch früher aufhören sollen, Herr Kluth!)

beispielweise, dass Hamburg aufgrund seiner geografischen Lage, des Hafens, der Infrastruktur, des gut ausgebauten ÖPNV oder seiner hohen Lebensqualität eine attraktive Stadt sei. Meine Damen und Herren, das ist erstens nichts Neues, und zweitens hat es wenig mit dem Senat zu tun. Wo also sind die konkreten Ansiedlungsstrategien? Wir meinen, Clusterpolitik allein ist nicht ausreichend, um mehr internationale Unternehmen zu akquirieren. Es bleibt also viel zu tun. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümberl: Frau Artus, Sie haben das Wort.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Die Große Anfrage behandelt im Grunde genommen viele Themen, die die CDU unter dem Dach "Internationales" zusammengefasst hat. Leider werden viele Bereiche nur am Rande geschrammt, manche fehlen auch. Das ist schade, denn grundsätzlich ist es eine gute Idee, den internationalen Charakter Hamburgs einmal gebündelt darzustellen. So aber haben Sie der SPD und dem Senat wirklich eine Steilvorlage zur Darstellung seiner aktuellen Wirtschaftspolitik vorgelegt.

Die Themen, um die es in der Großen Anfrage geht, sind Wirtschaft, Förderung von und Vergünstigungen für Unternehmen, Anwerbung von Fachkräften, Fördermaßnahmen für Zugewanderte, Städtepartnerschaften, das schon benannte WLAN, internationale Kindergärten und Schulen, Studierende und Universitäten, Tourismus und das Marketing dafür, öffentlicher Personennahverkehr, die Messe und ein bisschen Sport. Die CDU-Fraktion konstatiert im Eingangstext, dass Hamburg in den vergangenen zwölf Jahren aus einem Dornröschenschlaf erwacht sei. Ich habe mich gefragt, was vor diesen zwölf Jahren gewesen sein soll. Eine schlafende statt eine wachsende Stadt? Das ist natürlich völlig vermessen, denn Hamburg ist seit Jahrhunderten ein bedeutendes Wirtschaftszentrum, allein durch den Hafen. So kann ich nur vermuten, dass die SPD und der Senat mit der Großen Anfrage gewissermaßen entlarvt werden sollen, ob sie die Stellung Hamburgs im internationalen Vergleich gut entwickeln, und der Redebeitrag von Frau Prien hat mir offensichtlich recht gegeben.

Die CDU hebt als Grundlage die Ergebnisse einer Beratungsgesellschaft hervor, nach der München und nicht etwa Hamburg die Stadt mit der höch-

sten Lebensqualität in Deutschland ist; die "Bild"-Zeitung hat Sie dafür auch schon ein bisschen durch den Kakao gezogen, Frau Prien. In der Pressemeldung der Beratungsgesellschaft heißt es aber auch, dass die Unterschiede zwischen den deutschen Städten nur minimal seien. Das steht im Absatz nach demjenigen, den Sie in der Großen Anfrage zitiert haben.

Warum wurde diese Umfrage überhaupt gemacht? Die Selbstauskunft der Beratungsgesellschaft dazu ist, dass sie Regierungen und internationalen Unternehmen bei der Entsendung von Mitarbeitern ins Ausland dienen soll. Ich möchte einige Aspekte darstellen, die aus meiner Sicht fehlen, die aber wichtig sind, um Hamburg als Lebens- und Arbeitsort für Menschen aus anderen Ländern zu skizzieren.

Da wäre zum einen die Aufspaltung der Stadt in arm und reich, so wie es in keiner anderen Region Deutschlands der Fall ist. Die Auswirkungen auf die Kaufkraft der Bevölkerung bei wachsender prekärer Beschäftigung und Altersarmut wären eine sinnvolle und notwendige Ergänzung gewesen. Nehmen Sie sich vielleicht einmal – Sie haben ja das C in Ihrem Parteititel – eine Aussage des Präses der Evangelischen Kirche in Deutschland, Nikolaus Schneider, zu Herzen, der dazu Folgendes ausführte:

"Die drastische Ausweitung des Niedriglohnssektors in den letzten Jahren hat die Gerechtigkeitslücke in Arbeitswelt und Wirtschaft erheblich vergrößert. Auch im internationalen Vergleich belegen wir dabei keinen guten Platz. Es muss noch stärker ins politische Bewusstsein rücken, dass Deutschland mit 6,5 Mio. Menschen einen vergleichsweise besonders großen Niedriglohnsektor aufweist. Er wuchs im letzten Jahrzehnt um 2,3 Mio. Beschäftigte an."

– Zitatende.

Ist Deutschland, ist Hamburg damit aber attraktiv für Menschen, die aus anderen Ländern bei uns arbeiten und leben wollen? Nirgendwo sind die Gehälter so langsam gestiegen wie hier, und das ist, abgesehen davon, dass DIE LINKE das als Skandal bezeichnet, auch ein sehr bedeutender Aspekt bei der Frage, wie attraktiv eine Stadt als Wohn- und Arbeitsort ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass Sie die Mietentwicklung und die Wohnungsnot in Ihrer Großen Anfrage völlig ausblenden, gibt ihr leider eine sehr, sehr große Unvollständigkeit.

(*Dietrich Wersich CDU*: Besser machen!)

Objektiv kommen die Menschen in die Metropolen. Die Metropolisierung kann auf der ganzen Welt, auf allen Kontinenten verfolgt werden. Hamburg wächst – ob mit Strategie oder ohne.

(Kersten Artus)

Auch und gerade vor dem Hintergrund der anhaltenden Spaltung, der Niedriglöhne, der Wohnungsnot, aber auch der Flüchtlingsbewegungen darf nicht außer Acht gelassen werden, dass Hamburg bessere Antworten finden muss als bisher,

(Beifall bei der LINKEN)

und zwar bessere Antworten auf die Frage, was Sie mit den Menschen machen, die ohne ein Ticket ihres Unternehmens hierherkommen und keinen sicheren Arbeitsplatz in Aussicht haben. Es darf nicht mehr sein, dass Zuwanderer in nützlich und nutzlos aufgeteilt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Es kann nicht sein, dass Hamburg einerseits Tor zur Welt ist, auf der anderen Seite aber die Schotten dicht macht, wenn Hilfesuchende davor stehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Mein abschließender Eindruck zu der Großen Anfrage ist, dass die SPD die Wachstumsstrategie der CDU durchaus weiterentwickelt. Insofern könnte die CDU im Grunde ganz zufrieden sein, wenn es ihr nur darum ginge. Und so muss man, wenn man die Senatsantworten auf die Große Anfrage der CDU gelesen hat, unweigerlich zu dem Schluss kommen, dass die SPD in Hamburg eigentlich eine ganz gute CDU-Politik macht. Vor diesem Hintergrund bezweifle ich, dass die Große Anfrage den Zweck erfüllt hat, den die CDU-Fraktion mit ihr beabsichtigt hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus Drucksache 20/7408 Kenntnis genommen hat.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 11 auf, das ist die Drucksache 20/7963, Senatsmitteilung: Bericht zur Mitte der 20. Legislaturperiode über die Arbeit des Hamburger Integrationsbeirats.

**[Senatsmitteilung:
Bericht zur Mitte der 20. Legislaturperiode über
die Arbeit des Hamburger Integrationsbeirats
– Drs 20/7963 –]**

Diese Drucksache möchten die Fraktionen der SPD und der LINKEN an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen.

Wird das Wort gewünscht? – Herr Simsek, Sie haben es.

Ali Simsek SPD: Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! SPD-Senat und Bürgerschaft

haben nach der Wahl 2011 neue Grundlagen für den Hamburger Integrationsbeirat geschaffen. Der erste Bericht des neuen Hamburger Integrationsbeirats liegt nun vor und zeigt, dass das richtig und sinnvoll war. Partizipation und Beteiligung am politischen Prozess sieht anders aus.

(Vizepräsidentin Kersten Artus übernimmt den Vorsitz.)

Die SPD-Mehrheit hat den Integrationsbeirat verkleinert und – das ist entscheidend – das Mengenverhältnis von gewählten und ernannten Mitgliedern wesentlich verändert. Der Beirat hat jetzt nur noch 52 Mitglieder, von denen 23 gewählt und 29 vom Senat berufen werden. Der Beirat kann so effektiver arbeiten, und der Einfluss der Migrantenvertreter wurde wesentlich gestärkt.

(Beifall bei der SPD)

Der Integrationsbeirat leistet heute einen zentralen Beitrag für die Partizipation der Migrantinnen und Migranten in unserer Stadt. Das belegt der vorliegende Bericht eindrucksvoll, und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD)

Integration kann nur gelingen, indem mit den Migranten und nicht nur über sie geredet wird.

Auch die inhaltlichen Arbeitsmöglichkeiten des Beirats sind wesentlich verbessert worden.

(*Nikolaus Hauffler* CDU: Geben Sie doch mal ein Beispiel!)

Beschlüsse müssen jetzt nicht mehr nach dem Konsensprinzip, sondern mit der Mehrheit der stimmberechtigten Sitzungsteilnehmer gefasst werden. Der Integrationsbeirat kann zu allen integrationsbezogenen Themen und Vorhaben Beschlüsse fassen und Empfehlungen abgeben, die von der Hamburger Verwaltung verbindlich behandelt werden sollen. Das bedeutet für die Fachbehörden neue Verpflichtungen. Sie müssen Beschlüsse und Empfehlungen des Integrationsbeirats prüfen. Sollten sie diese nicht umsetzen wollen, müssen sie dies inhaltlich und überzeugend begründen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Zudem kann der Integrationsbeirat durch die Wahl von Themensprechern, die die verschiedenen Arbeitsgruppen leiten, unabhängiger agieren. Über die Häufigkeit und Termine der Arbeitsgruppen entscheiden nämlich alleine die Sprecher.

Meine Damen und Herren! Eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Integrationsbeirats war die intensive Mitwirkung an der Erarbeitung des neuen Hamburger Integrationskonzepts. Das erforderte von den Mitgliedern gleich nach der Konstituierung des Beirats zu Beginn des letzten Jahres hohen Arbeits- und Zeitaufwand. Diese Arbeit wurde und wird ehrenamtlich geleistet.

(Beifall bei der SPD)

(Ali Simsek)

Für ihr Engagement und ihre Arbeit sprechen wir den Mitgliedern des Integrationsbeirats unseren Dank und unsere Anerkennung aus.

(Beifall bei der SPD)

Das zeigt, dass Migranten sehr wohl bereit sind, an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuarbeiten, wenn man sie denn lässt.

Die vorliegenden Berichte aus den Arbeitsgruppen des Integrationsbeirats machen deutlich, dass viele Vorschläge und Anregungen zum Integrationskonzept vom Senat auch übernommen worden sind. Es zeigt, dass der Senat den Integrationsbeirat nicht als Alibigremium wie bei Ihnen, Herr Haufler, betrachtet, sondern als wichtiges Beratungsgremium, das einen wichtigen Beitrag zur Integration der vielen Hamburgerinnen und Hamburger mit Migrationshintergrund leisten kann und soll.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Heute wird bundesweit an den schrecklichen Mordanschlag in Solingen erinnert. Auch in Hamburg gibt es fremdenfeindliche und rechtsextreme Tendenzen. Es ist deshalb ausdrücklich zu begrüßen, dass der Integrationsbeirat an der Entwicklung des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus mitwirken wird. Nicht erst die NSU-Morde haben gezeigt, dass wir viel stärker gemeinsam und unter aktiver Einbeziehung der Migrantinnen und Migranten dem Rechtsextremismus entgegentreten müssen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch einmal hervorheben, dass das Versprechen des Senats, der Bürgerschaft über die Arbeit des Integrationsbeirats zu berichten, mit der vorliegenden Drucksache erfüllt wurde. Einen weiteren Bericht werden wir zum Ende der Legislaturperiode erwarten können.

Der Integrationsbeirat hat viele wichtige und gute Ideen entwickelt und im vorliegenden Bericht Anregungen gegeben. So weist er auf weiterhin bestehende Diskriminierungen hin. Ich denke, der Bericht bietet eine breite Fülle von Fragen, denen wir im Sozialausschuss noch nachgehen sollten. Wir beantragen deshalb die Überweisung des Berichts an den Sozialausschuss. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Haufler, wenn Sie möchten, haben Sie jetzt das Wort.

Nikolaus Haufler CDU:* – Vielen Dank, Frau Präsidentin, ich möchte sehr gerne.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind soeben Zeuge geworden, dass Fraktion und Senat bei Ihnen in einer Sache eng zusammenstehen,

nämlich bei dem Versuch, den Integrationsbeirat als eine sozialdemokratische Erfindung darzustellen

(Kazim Abaci SPD: Das stimmt nicht, das hat keiner gesagt! – Ksenija Bekeris SPD: Sie müssen mal richtig zuhören!)

und die Erfolge der engagierten Bürger im Beirat als sozialdemokratische Erfolge für sich zu vereinnahmen. Wir Christdemokraten können nicht zulassen, dass Sie so unverhohlen die Geschichte dieses Beirats verfälschen, dass Sie Ihren Irrweg des Ausländerbeauftragten-Konzepts völlig verschweigen, weil wir wissen, dass der Integrationsbeirat eine Erfindung der CDU in Hamburg ist, und die informierten Menschen in dieser Stadt wissen das auch.

(Beifall bei der CDU)

Und genau diesen Menschen haben Sie, wie so häufig, Versprechungen gemacht – Versprechungen, die Sie nicht halten können, wenn man sie genau betrachtet. Dieser Bericht ist ein Beispiel dafür. Sie haben sehr vollmundig angekündigt, die Vertreter der Fraktionen aus diesem Hause seien im Integrationsbeirat überflüssig,

(Kazim Abaci SPD: Ja, Sie!)

weil es diesen Bericht gäbe, durch den man alle zwei Jahre umfassend informiert würde. Tatsache ist aber, dass substantielle inhaltliche Darstellungen aus der Arbeit des Beirats sich nur auf den Seiten 4 bis 12 Ihrer Drucksache finden, und davon entfällt der Großteil auf Darstellungen über die Anzahl der Treffen, wie häufig und worüber man miteinander gesprochen hat, und auf die abstrakte Benennung von Themenfeldern. Aber wir finden keine Sitzungsprotokolle des Beirats, wir finden keine Abstimmungsergebnisse, und wir finden vor allem keinen Hinweis auf die Ideen und Vorschläge des Beirats, die der Senat nach seinem klugen Ermessen entschieden hat zu ignorieren. Sie filtern die Arbeit des Beirats gegenüber uns, dem Parlament, und zeigen uns nur das, was Ihnen passt. Dabei behaupten Sie selbst auf Seite 4 Ihres Berichts – ich zitiere –:

"Zudem greift die Hamburger Verwaltung Beschlüsse und Empfehlungen des Beirats verbindlicher auf. Das bedeutet speziell für die Fachbehörden ein Novum: Sie sind zur Prüfung der Beschlüsse und Empfehlungen des Integrationsbeirats verpflichtet. Sollten diese nicht umgesetzt werden, haben sie dies [...] substantiiert zu begründen."

Herr Scheele, ich fordere Sie auf: Stellen Sie dem Parlament dar, welche Vorschläge des Beirats Sie geprüft haben, und begründen Sie substantiiert, warum Sie diese Vorschläge nicht umgesetzt haben.

(Beifall bei der CDU)

(Nikolaus Haufler)

Sie verweisen immer wieder auf das von Ihnen gegenüber dem Konsensprinzip bevorzugte Prinzip der Mehrheit. Dann stellen Sie doch bitte dar, welche Abstimmungen so umstritten waren, dass sich in einer Mehrheitsentscheidung Mehrheit gegen Minderheit durchsetzen musste; ich kann mich an solche Streitigkeiten im Beirat jedenfalls nicht erinnern.

(Kazim Abaci SPD: Weil Sie nie da sind! Er kommt ja nicht!)

Sie erwecken ansonsten hier den Eindruck, Beteiligung und Mitsprache zu versprechen, aber eine Deckelung der Meinungsverschiedenheiten zwischen den beteiligten Bürgern und Ihrem Senat zu betreiben.

Selbstverständlich werden wir Christdemokraten mit unseren verfassungsgemäßen Möglichkeiten dafür sorgen, dass eine echte Bilanz der Mitsprache erstellt wird, dass wir transparent deutlich machen, ob vollmundige Ankündigung und Realität wirklich übereinstimmen. Das sind wir den Menschen schuldig, die sich teilweise in schwierigen räumlichen Verhältnissen bis spät in den Abend versammeln, um neue Lösungen für das Zusammenleben in dieser Stadt zu finden. Nehmen auch Sie diese Menschen ernst und legen Sie uns das nächste Mal einen echten, einen ehrlichen Bericht über die Arbeit des Beirats vor. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Demirel, Sie haben das Wort.

Ich möchte das Plenum bitten, die Murmelgruppen an den Rändern und zwischen den Bänken aufzulösen.

Phylliss Demirel GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach der langen Werbepause von SPD und CDU – der Streit darüber, wer den Beirat erfunden hat, macht das Ganze auch nicht besser – möchten wir uns mit dem Inhalt des Berichts beschäftigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sicherlich leisten die Mitglieder viel, die für den Beirat freiwillig und ehrenamtlich ihre Zeit investieren. Dafür verdienen sie unseren herzlichen Dank. Umso wichtiger ist es aber, dass die Mühe und das Engagement dieser Menschen auch die erforderliche Berücksichtigung findet und ihre Arbeitsergebnisse Verbindlichkeit bekommen.

Bis Seite 4 beschäftigt sich dieser Bericht mit den angeblich neu konzeptionierten oder veränderten formalen Bedingungen, unter denen der Beirat zusammentritt. Sie berichten über die Beteiligung der integrationspolitischen Obleute bei der Errichtung des Beirats und dass das Thema im Sozialausschuss ausführlich beraten wurde. Es ist richtig,

die Obleute haben sich einmal im Rathaus getroffen. Unter Beteiligung verstehen Sie aber nur Mitteilung, Herr Senator, Sie haben doch alle Vorschläge der Opposition in diese Richtung abgelehnt. Ich hoffe, Sie agieren im Beirat etwas anders.

Im Gegensatz zu Ihren Aussagen ist der Beirat weiterhin kein Gremium, das inhaltlich und organisatorisch unabhängig agieren und entscheiden kann. Das Management des Beirats, inhaltlich und organisatorisch, liegt bei der BASFI, ebenso die Mittelverwaltung. Der Beirat hat weiterhin nur empfehlende Funktion und kann entsprechend auch nur Empfehlungen aussprechen. Ich möchte keineswegs die Arbeit und das Engagement der einzelnen Mitglieder des Beirats schlechtreden. Was ich kritisiere, ist, dass Sie versuchen, das alte Konzept des Beirats sozusagen in einer anderen Farbe als Erfolgsmodell zu verkaufen. Weil Sie den Beirat verkleinert haben und zweimal – pro Legislaturperiode, wohl gemerkt – ein Bericht in der Bürgerschaft vorgelegt wird, werden seine Beschlüsse nicht verbindlicher. Alle Beschlüsse gehen über Ihren Tisch, Herr Senator.

Ich halte den Integrationsbeirat nach wie vor nicht für ein geeignetes Gremium, das die Mitwirkung und Vertretung von Migrant*innen auf gleicher Augenhöhe verbindlich leisten kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die damalige Stelle der Ausländerbeauftragten – damals hieß es so – mit eigenem Stab war deutlich effektiver. Dieser Beirat kann das nicht ersetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Kazim Abaci SPD: Warum haben Sie es nicht anders gemacht, Sie waren doch an der Regierung?)

Nun zu den inhaltlichen Punkten des Berichts, zu Punkt 3. Sie berichten, dass der Beirat mehrfach von der Möglichkeit Gebrauch gemacht habe, Vorschläge für die Besetzung von Gremien der Hamburger Verwaltung mit Personen mit Migrationshintergrund zu unterbreiten. Welche Gremien der Hamburger Verwaltung wurden dadurch tatsächlich mit Menschen mit Migrationshintergrund besetzt? Das wüsste ich gerne.

Im Bereich Antidiskriminierung/Interkulturelle Öffnung gehen die Forderungen der Arbeitsgruppe deutlich über die Ziele des vorliegenden Integrationskonzepts hinaus. Viele Vorschläge der AG haben Sie nicht aufgenommen.

(Kazim Abaci SPD: Welche?)

Kein Wunder, Sie haben ja auch kaum Geld für die Antidiskriminierungsarbeit in der Stadt im Haushalt zur Verfügung gestellt. Sie haben entschieden, dass die Umsetzung des Konzepts haushaltsneutral erfolgen soll. Damit lassen Sie dem Integrati-

(Phyliss Demirel)

onsbeirat bei seinen Beratungen und Entscheidungen kaum Spielraum.

Auch im Bereich Wohnungsmarkt bleiben die Anregungen des Beirats unberücksichtigt. Für die Unterbringung von Flüchtlingen haben Sie keine Ziele genannt. Obwohl Sie bei der Veröffentlichung des Integrationskonzepts groß angekündigt haben, dass das Thema Flüchtlinge Teil des Konzepts sei, sehen wir im gesamten Konzept nur an einer Stelle eine kleine Erwähnung. So geht es nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte hier nicht auf Einzelheiten und die Diskrepanz zwischen Konzept, Vorschlägen des Beirats und der Umsetzungsbereitschaft der SPD eingehen, dafür haben wir den Ausschuss. Ich möchte lediglich betonen, dass das Engagement der Beiratsmitglieder sich am Ende auch lohnen muss. Bei dieser Konstruktion des Beirats ist es nicht gewährleistet, dass die Mitglieder, die alle ehrenamtlich tätig sind, viel Zeit investieren und unter Zeitdruck Vorschläge erarbeiten und Beschlüsse fassen, am Ende sicher sein können, dass diese Vorschläge oder Beschlüsse von den Behörden übernommen werden.

Wir wollen die Beteiligung und die Mitgestaltungsrechte der Menschen mit Migrationshintergrund erweitern. In der jetzigen Form kann der Beirat nur eine Alibifunktion für den Senat sein. Das heißt, das ist viel Lärm um nichts und damit der falsche Weg, meine Damen und Herren. Fortsetzung folgt im Ausschuss. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Kaesbach, Sie haben das Wort.

Martina Kaesbach FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich meinen Vorrednern anschließen und mich auch bei den Mitgliedern des Integrationsbeirats bedanken. Sie leisten mit ihrem ehrenamtlichen Engagement einen wichtigen Beitrag für eine bessere Integration und für einen starken Zusammenhalt der Hamburger Gesellschaft.

Schon 30 Prozent der Hamburger haben einen Migrationshintergrund, bei den Jüngeren sind es sogar fast 50 Prozent. Vor diesem Hintergrund kann man kaum noch von Integration sprechen, Vielfalt ist schlichtweg schon Normalität in Hamburg. Es geht vielmehr um ein gemeinsames Miteinander und die Anerkennung dieser Vielfalt. Das zeigte sich besonders eindrücklich bei der Aktion "Hamburg bekennt Farbe". Hier haben sich die Mitglieder des Integrationsbeirats und die von ihnen vertretenen Vereine engagiert eingebracht. Gemeinsam wurde es eine sehr erfolgreiche Aktion, an der 10 000 Hamburger Bürger teilgenommen haben.

Bei der Bewertung des Integrationskonzepts des Senats, das auf einer der letzten Sitzungen besprochen wurde, war noch unklar, welche Anteile des Konzepts der Hamburger Integrationsbeirat eingebracht hat. Das wird mit dem vorgelegten Bericht etwas ersichtlicher, auch wenn die Forderungen des Beirats recht allgemein gehalten sind.

Wie wir schon bei der Neuausrichtung des Handlungskonzepts des Senats monierten, fehlen klare Zielwerte und Zeiträume, in denen die Ziele erreicht oder zumindest das Erreichte überprüft werden sollte. Das konnte nun sicher nicht der Beirat mit seiner ehrenamtlichen Arbeit liefern, wohl aber der Senat. Insofern wiederhole ich gerne an dieser Stelle noch einmal unsere grundsätzliche Kritik.

In der Geschäftsordnung des Beirats steht als eine seiner Aufgaben konstruktives und kritisches Beraten des Senats zu integrationspolitischen Fragen. Kritische Stellungnahmen konnte ich im Bericht des Beirats allerdings nicht finden, und auch in den letzten anderthalb Jahren seit der Konstituierung habe ich sie nirgendwo gelesen. Immerhin steht in der Geschäftsordnung des Beirats, dass er öffentlich Stellung nehmen kann, und er bezeichnet sich als unabhängig. Bei aller Würdigung der umfangreichen ehrenamtlichen Arbeit des Integrationsbeirats sollte man sich, da schließe ich mich Herrn Haufers Kritik an, schon einmal die Frage stellen, ob der Beirat dem Senat nicht zunehmend als Vehikel nützt, um seine Integrationspolitik als mit den Hamburger Migranten abgestimmt zu verkaufen. Es ist zu begrüßen, wenn der Beirat dem Senat für dessen Öffentlichkeitsarbeit zuarbeitet wie bei der Entwicklung des BASFI-Portals Integration oder bei der Erstellung eines neuen Faltsblatts. Schwierig wird es dann, wenn der Beirat zunehmend als verlängerter Arm des Senats und weniger als unabhängiges Gremium wahrgenommen wird.

(Beifall bei der FDP)

Genauso problematisch ist es aber auch – und da schließe ich mich der Kritik von Frau Demirel an –, wenn der Beirat sich selbst als Sprachrohr und als die Interessenvertretung aller Hamburgerinnen und Hamburger mit Migrationshintergrund bezeichnet, wie es im Bericht auf Seite 5 zu lesen ist. Diese Haltung des Integrationsbeirats ist sehr weitgehend, wie ich finde.

(Beifall bei *Phyliss Demirel* und *Anja Hajduk*, beide GRÜNE)

– Danke schön.

Dem Beirat gehören 23 von Migrantenorganisationen gewählte und 29 vom Senat berufene Mitglieder an; wir hörten es bereits. Damit sind die Mitglieder fast durchweg Vertreter von Verbänden und Institutionen. Vielleicht sollte man sich einmal an dieser Stelle Gedanken darüber machen, das Wahlrecht so auszugestalten, dass sich Hambur-

(Martina Kaesbach)

gerinnen und Hamburger mit Migrationshintergrund direkt bewerben können.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei den GRÜNEN und der LINKEN – *Kazim Abaci SPD*: Das können wir machen!)

Alles in allem enthält der Bericht vielfältige zu unterstützende Forderungen und Vorschläge. Insofern wünsche ich dem Integrationsbeirat viel Erfolg und ein wenig mehr Chuzpe bei der Begleitung der Integrationspolitik des Senats. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Özdemir, Sie haben das Wort.

Cansu Özdemir DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Haufler, Sie haben recht, es war die Idee der CDU, einen Integrationsbeirat einzurichten, aber es war auch Ihre Fraktion, die damals die Stelle der Integrations- beziehungsweise Ausländerbeauftragten abgeschafft hat.

(*Dietrich Wersich CDU*: Nicht übereinander reden, sondern miteinander reden – das war ein großer Fortschritt!)

– Herr Wersich, ich denke ...

(*Dietrich Wersich CDU*: Ein sehr großer Fortschritt! – Gegenruf von *Dirk Kienscherf SPD*: Lassen Sie sie doch mal ausreden!)

– Herr Wersich, melden Sie sich doch einfach, wenn Sie reden möchten.

(*Dietrich Wersich CDU*: Ich rede ja mit Ihnen!)

– Ich möchte jetzt aber nicht mit Ihnen reden.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Glocke)

Vizepräsidentin Kersten Artus (unterbrechend): Ich finde Ihren Dialog toll, aber, Herr Wersich, hören Sie bitte der Rednerin zu. – Frau Özdemir, fahren Sie fort.

(Zuruf von *Dietrich Wersich CDU*)

Cansu Özdemir DIE LINKE (fortfahrend): – Ich spreche Sie nicht an, Herr Wersich; jetzt seien Sie ruhig.

Zu Beginn der Legislaturperiode, als der Integrationsbeirat wieder neu konstituiert werden sollte, haben wir Oppositionsfraktionen versucht, unsere Anregungen mit einfließen zu lassen und haben auch unsere Kritikpunkte geäußert. Das waren zum Beispiel die lächerlichen 8000 Euro, die Sie jährlich bereitstellen, oder das Wahl- und Berufungsys-

tem. Das waren Punkte, die wir kritisiert haben. Sie haben uns damals eingeladen als Oppositionsfraktionen und wollten mit uns gemeinsam diskutieren und unsere Anregungen aufnehmen. Das haben Sie nicht getan. Das Einzige, was Sie damals getan haben, war, uns eine fertige PowerPoint-Präsentation zu zeigen und uns vorzustellen, wie der neue Integrationsbeirat aussehen wird. Nun gut, das ist Vergangenheit.

Ein anderer Punkt sind die Empfehlungen – Sie sagen Beschlüsse –, die der Integrationsbeirat fassen kann. Das Problem ist, dass ich immer noch nicht so recht glaube, dass diese Empfehlungen auch wirklich umgesetzt werden,

(*Kazim Abaci SPD*: Es ist nicht eine Frage von Glauben!)

dass sie verbindlicher sind als vorher. Ich denke, dass Beschlüsse, die vom Integrationsbeirat gefasst werden und Geld kosten, vom Senat oder von der Behörde einfach nicht umgesetzt werden.

Jetzt liegt der erste Bericht vor. Man konnte schon im Integrationskonzept bemerken, dass Migrantinnen und Migranten, die in Hamburg gewisse Erfahrungen gesammelt haben, ihre Erfahrungen auch mit einfließen lassen, was ich sehr wichtig finde. In diesem Bericht kann man sehen, dass wichtige Schwerpunkte gesetzt wurden, zum Beispiel die Antidiskriminierung. Ich finde die Gründung der Arbeitsgruppe Antidiskriminierung sehr, sehr wichtig. Man sieht auch am Inhalt, dass die Menschen, die sich daran beteiligen, eine sehr wichtige Arbeit leisten, vor allem, wenn es darum geht, die interkulturelle Öffnung voranzutreiben.

Der Bericht dieser AG bestätigt mir noch einmal, dass die bisherigen Maßnahmen für ein antidiskriminierungsfreies Hamburg noch nicht ausreichen. Wir haben deshalb in der Vergangenheit mit unserem Antrag die Stärkung und den Ausbau der Antidiskriminierungsarbeit in Hamburg gefordert, weil gerade die Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund nicht integrationsfördernd ist und weil sie eine gleichberechtigte Teilhabe verhindert. Ich denke, an diesem Punkt ist es wichtig, sich die Frage zu stellen, wie wir es schaffen, Menschen mit Migrationshintergrund eine gleichberechtigte und demokratische Teilhabe in dieser Gesellschaft zu verschaffen und zu gewährleisten.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Wir haben öfters deutlich gemacht, wie unterfinanziert die Antidiskriminierungsarbeit in Hamburg ist; das haben die Mitglieder des Integrationsbeirats noch einmal in ihrem Bericht dargestellt. Ich möchte einmal daraus zitieren:

"Alle Arbeitsgruppenmitglieder sind der Meinung, dass die Beratungsstellen für Antidiskriminierung nicht nur besser finanziert und

(Cansu Özdemir)

ausgebaut, sondern personell auch besser ausgestattet werden muss."

Das ist das Zitat, und ich bin in dieser Sache nicht zuversichtlich. Ich glaube nicht, dass der Senat dieser Empfehlung folgen wird, denn der Ausbau wird natürlich Geld kosten und das zu investieren, weigert sich der Senat. Dennoch freue ich mich auf eine Debatte im Sozialausschuss. Ich denke, wir werden dort eine konstruktive Debatte führen können.

Einmal muss ich aber auch Herrn Haufler recht geben. Ich würde es auch wichtig finden, dass wir die Wortprotokolle sehen könnten, um nachvollziehen zu können, wie dort die Auseinandersetzungen aussehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Abaci, Sie haben das Wort.

Kazim Abaci SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will auf ein paar Punkte eingehen.

Erstens ist die Debatte, wer den Integrationsbeirat erfunden hat und wer nicht, fehlt am Platze. Wir haben nie gesagt – auch Herr Simsek nicht –, dass der Integrationsbeirat eine Erfindung der SPD ist, sondern wir haben den Integrationsbeirat aufgewertet. Schon der Bürgerschaft einen Bericht zu liefern, ist eine Aufwertung des Integrationsbeirats, Herr Haufler. Die CDU war zehn Jahre an der Regierung, und zeigen Sie mir bitte einen Bericht über die Arbeit des Integrationsbeirats. Mir ist wichtig, dass man die Kirche im Dorf lässt, Herr Haufler.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Punkt. Lieber Herr Wersich, ich will nicht zweieinhalb oder drei Jahre zurückgehen, aber Sie waren doch derjenige, der damals in die Öffentlichkeit gegangen ist und gesagt hat, dass die SPD den Integrationsbeirat abschaffen wird. Und jetzt sprechen Sie darüber, dass der Integrationsbeirat Ihre Erfindung sei. Das ist schräg an dieser Diskussion,

(*Dirk Kienscherf SPD:* Ganz schräg!)

und die Mitglieder des Integrationsbeirats haben es nicht verdient, dass man so mit ihnen umgeht.

(Beifall bei der SPD)

Frau Demirel, soweit ich weiß, haben Sie drei Jahre lang mit der CDU regiert, und in diesen drei Jahren waren Sie auch im Integrationsbeirat. Ich frage mich, warum Sie Ihre schlaunen Vorschläge und Ideen damals im Rahmen der Koalition nicht durchgesetzt haben. Jetzt kritisieren Sie die Arbeit des Integrationsbeirats und finden die Form des In-

tegrationsbeirats problematisch. Aber warum haben Sie ihn damals nicht anders organisiert? Gerade Ihre Parteikollegen, die auch im Integrationsbeirat mitarbeiten,

(*Phylliss Demirel GRÜNE:* Aber nicht als Parteivertreter!)

sagen, dass das der beste Integrationsbeirat ist, den sie bisher erlebt haben, und sie haben recht.

(Beifall bei der SPD)

An die Kollegin Frau Özdemir von der LINKEN: Das Thema ist keine Glaubensfrage und nicht nur eine Frage des Geldes.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Aber auch! Ohne Moos nix los!)

– Klar ist es auch eine Frage des Geldes, aber mehr eine der Einstellung und Haltung.

(Vereinzelter Beifall der SPD)

In dieser Stadt wissen wir doch, dass nicht alles, was viel Geld kostet, immer gut funktioniert.

(*Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Ohne Personal geht nichts!)

Deshalb ist das nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch der Haltung. Was verstehen wir unter Antidiskriminierungsarbeit? Dazu haben wir als SPD-Fraktion vor ein paar Wochen einen ausführlichen Antrag beraten und beschlossen. Wir haben nicht nur von einem Punkt gesprochen, sondern von dem Querschnittsthema Antidiskriminierung.

(Beifall bei der SPD)

Was die direkte Beteiligung von Migrantinnen und Migranten angeht, gibt es verschiedene Formen der Beteiligung. Zum Beispiel konnten in Köln die Migrantinnen und Migranten selbst zu den Wahlurnen gehen, um einen Beirat zu wählen. Aber wissen Sie, wie groß der Anteil der migrantischen Bevölkerung war, der sich daran beteiligt hat? Nicht einmal 10 Prozent.

(*Phylliss Demirel GRÜNE:* Dann dürfen Sie auch die Bürgerschaftswahl nicht durchführen, wenn die Wahlbeteiligung so niedrig ist!)

Es hört sich alles gut an, und einiges hört sich auch sehr sozialromantisch an, aber die Realität funktioniert anders. Ich betone noch einmal, dass es nicht darum geht, dass der Integrationsbeirat die einzige Form des Zusammenlebens oder der Integrationspolitik in der Stadt ist. Das ist eine wichtige Plattform, aber nicht die einzige, und was die Partizipation von Mitgliedern des Integrationsbeirats angeht, so schauen Sie sich das Integrationskonzept einmal an.

Herr Haufler, Sie sagen, Vorschläge seien nicht eingebracht oder akzeptiert worden. Sie sind auch ein Mitglied des Integrationsbeirats. Haben Sie die

(Kazim Abaci)

Protokolle der Arbeitsgruppen gelesen, und haben Sie die Kritik, die Sie hier geäußert haben, auch dort geäußert? Diese Möglichkeit haben Sie, aber Sie haben das nicht getan.

(Nikolaus Haufler CDU: Wer sagt das denn?)

Deshalb ist diese Diskussion schräg.

Meine Damen und Herren! Ob Beirat oder Konzept, es ist ein dynamischer Prozess. Wir sind nicht am Ende, und man kann ihn immer noch verbessern, aber was da ist, sollte man nehmen, wie es ist. Es ist nämlich ein guter Beirat und ein gutes Integrationskonzept.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/7963 an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Drucksache einstimmig an den Ausschuss überwiesen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 10, Drucksache 20/7962, Senatsmitteilung: Stellungnahme des Senats zum Ersuchen der Bürgerschaft vom 18. April 2012 "Inklusion in Arbeit".

**[Senatsmitteilung:
Stellungnahme des Senats zum Ersuchen der Bürgerschaft vom 18. April 2012 "Inklusion in Arbeit" – Drucksache 20/3664 –
– Drs 20/7962 –]**

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Frau Jäck, Sie haben es.

Regina-Elisabeth Jäck SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen trat in Deutschland am 26. März 2009 in Kraft. Mit der Ratifizierung hat sich Deutschland gegenüber der internationalen Gemeinschaft verpflichtet, diese Konvention einzuhalten und auf allen staatlichen Ebenen umzusetzen. Bereits bestehende Menschenrechte sollen gleichberechtigt für die Lebenssituationen von Menschen mit Behinderungen konkretisiert werden. Hier erhält Politik ihren formulierten Auftrag. Vor diesem Hintergrund erfolgt die Aufgabenwahrnehmung der SPD-Fraktion in Hamburg. Wichtige Weichenstellungen sind erfolgt: wie zum Beispiel die Inklusion als Leitorientierung in Hamburg, die Einrichtung und Arbeit des Inklusi-

onsbüros und die Bildung von Inklusionsbeiräten in den Bezirken.

(Beifall bei der SPD)

Im Dezember 2012 verabschiedete der Hamburger Senat den Landesaktionsplan, ein Arbeitsinstrument zur Umsetzung der UN-Konvention. Er beschreibt Handlungsfelder und Maßnahmen, und dazu gehören auch Arbeit und Beschäftigung für Menschen mit Behinderung.

Die SPD-Fraktion hat den Senat mit ihrem Antrag "Inklusion in Arbeit" gebeten, über seine Aktivitäten auf diesem wichtigen Handlungsfeld zu berichten. Die Stellungnahme des Senats liegt uns jetzt vor und ist Gegenstand der heutigen Debatte.

Welches Ziel wird verfolgt? Erklärtes Ziel ist die Verwirklichung des gleichen Rechts auf Arbeit in einem für Menschen mit Behinderung zugänglichen Arbeitsmarkt nach Artikel 27 der UN-Konvention.

Wie ist die Ausgangslage? Die Zahl der schwerbehinderten Menschen ohne Arbeit ist leider nicht rückläufig, obwohl diese häufig eine gute Ausbildung haben – 59 Prozent haben eine Berufsausbildung oder ein Studium – und obwohl ihre Behinderungen maßgeblich keine Einschränkung in ihrem Beruf darstellen. In den letzten Jahren sind in Hamburg 3500 Menschen mit Behinderung arbeitslos gewesen, ein Großteil davon langzeitarbeitslos. Lediglich 3,2 Prozent der Stellen werden bei privaten Arbeitgebern mit schwerbehinderten Menschen besetzt; im öffentlichen Dienst liegt die Zahl bei 6,3 Prozent. Für das Jahr 2013 wurde vereinbart, die Integration von schwerbehinderten erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in ihrer Entwicklung im Jobcenter zu beobachten und zu analysieren.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Hamburger Senat setzt sich für die Schaffung eines inklusiven Arbeitsmarktes ein.

(Beifall bei der SPD)

Welche Aktivitäten werden ergriffen? Unternehmen erhalten Impulse, um vermehrt Potenziale von Menschen mit Behinderungen zu nutzen. Sie werden als wichtige Zielgruppe in das künftige Arbeitsmarktprogramm und in die Fachkräftestrategie einbezogen. Sie erhalten durch das "Jobcenter für schwerbehinderte Menschen" Vermittlung und Betreuung. Darüber hinaus ist eine Reihe von Integrationsprojekten zu nennen, die durch den Europäischen Sozialfonds und Hamburg gefördert werden. Der Europäische Sozialfonds leistet einen wichtigen Beitrag, und es ist gut zu wissen, dass auch in der kommenden Förderperiode 2014 bis 2020 wieder Mittel für die Zielgruppe der Menschen mit Behinderung vorgemerkt sind.

(Beifall bei der SPD)

(Regina-Elisabeth Jäck)

Der Senat hat aber auch bestehende und neue Programme gestartet, über die in der uns vorliegenden Drucksache erstmals berichtet wird. Welche Aktivitäten sind das? Die Programme, die Hamburg gemeinsam mit dem Bund verwirklicht, sind "Job4000" und die "Initiative Inklusion". Das Programm umfasst die Förderbereiche Ausbildung, Berufsorientierung, neue Beschäftigung und unterstützte Beschäftigung. "Job4000" wird von Hamburg aufgrund des Erfolges bis 2018 weitergeführt werden. Bis 2012 sind folgende Erfolge zu nennen: Es sind 181 neue Arbeitsplätze, 11 Ausbildungsplätze und 125 unterstützte Beschäftigungen geschaffen worden. Das Programm "Hamburger Budget" hat das Ziel, Beschäftigte aus der Werkstatt für Behinderte auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu vermitteln. Bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses besteht ein Rückkehrrecht. Bis 2014 sollen 100 Beschäftigte vermittelt werden. Hier lautet das Motto: Raus aus der Werkstatt, rein in den Betrieb. Bereits 19 Budgets wurden vereinbart, und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Die Maßnahmen, die der Senat vorstellt, sind zum Teil gerade angelaufen. Sie zeigen, dass der Senat auf vorbildliche Weise aktiv geworden ist, und dies gilt auch hinsichtlich der Beteiligung von Menschen mit Behinderung. Besonders freut uns, dass das Ziel, einen inklusiven Arbeitsmarkt zu schaffen, durchgängig verfolgt wird.

(Beifall bei der SPD)

Das zeigt sich im Arbeitsmarktprogramm des Senats aktuell in der Fachkräftestrategie, die gestern der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Auch die Wirtschaft, insbesondere die mittelständische Wirtschaft, hat inzwischen erkannt, dass bei Menschen mit Behinderungen ein erhebliches Potenzial an motivierten und guten Mitarbeiterinnen vorhanden ist.

Sehr geehrte Damen und Herren! Dem Überweisungsantrag der LINKEN schließen wir uns an. Die Senatsmitteilung, also die vorliegende Drucksache, können wir im Sozialausschuss gemeinsam mit dem anstehenden Bericht des Arbeitsmarktprogramms beraten. Ich freue mich auf eine gemeinsame Beratung mit Ihnen und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Dr. Föcking, Sie haben das Wort.

Dr. Friederike Föcking CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sicher kennen viele von Ihnen den Sänger Thomas Quasthoff, den großartigen Bassbariton von Weltrang, der in Wagner-Opern auf der Bühne

stand, jetzt auch Jazz singt und dreimal den Grammy gewonnen hat. Wer ihn singen hört, denkt wohl vor allen Dingen an seine Stimme und nicht daran, dass Thomas Quasthoff contergangeschädigt und gerade einmal 1,34 Meter groß ist. Oder unser Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble – sicher interessiert es Sie, was er zum Euro zu sagen hat, und je nachdem, auf welcher Seite des Parlaments Sie sitzen, finden Sie das gut oder schlecht, aber Sie kümmern sich nicht darum, ob der Finanzminister seine Rede vom Rollstuhl aus hält oder nicht. Diese beiden prominenten Beispiele machen deutlich, dass es bei uns im Alltag längst noch nicht so läuft, wie es laufen könnte. Viele Menschen mit Behinderungen wollen auf den Ersten Arbeitsmarkt und ihren Lebensunterhalt selbst verdienen. Doch selbst bei der gegenwärtig günstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt ist die Arbeitslosenquote unter den Schwerbehinderten mit 15 Prozent deutlich höher als bei Menschen ohne Handicap, auch in Hamburg. Dabei sind Menschen mit Behinderungen – zumindest mit schweren Behinderungen – im Durchschnitt sogar etwas besser qualifiziert als Menschen ohne Behinderungen. Es herrscht Fachkräftemangel, und gleichzeitig haben wir Fachkräfte, die arbeitslos sind. Das passt nicht zusammen und wir müssen etwas ändern.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei der FDP und bei *Regina-Elisabeth Jäck SPD*)

Wenn wir heute über "Inklusion in Arbeit" sprechen, dann geht es natürlich auch um das Recht auf Teilhabe am Arbeitsleben, um sozialpolitische Ziele wie gesellschaftliche Anerkennung, um ein möglichst unabhängiges Leben und unterstützende Maßnahmen. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände verweist aber zu Recht darauf, dass angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels die Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt – ich zitiere –:

"[...] nicht nur eine sozialpolitische Aufgabe, sondern betriebswirtschaftlich sinnvoll und volkswirtschaftlich notwendig [ist]".

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei der FDP und bei *Regina-Elisabeth Jäck SPD*)

Gerade in dieser vielleicht einzigartigen Lage müssen alle Anstrengungen unternommen werden, damit Menschen mit Behinderungen, wenn sie es wollen, eine Chance auf dem Ersten Arbeitsmarkt erhalten. Daher hat die Bundesregierung – Frau Jäck, Sie haben es erwähnt – bereits im Oktober 2011 die "Initiative Inklusion" gestartet und dafür immerhin 100 Millionen Euro bereitgestellt. Damit soll die Berufsorientierung für schwerbehinderte Schülerinnen und Schüler finanziert werden, und Betriebe sollen zusätzlich Geld bekommen, wenn sie neue Ausbildungsplätze oder aber Arbeitsplätze speziell für ältere Schwerbehinderte schaffen. Für einen solchen Platz kann ein Betrieb bis zu 10 000 Euro erhalten. Die Bundesregierung hat ein

(Dr. Friederike Föcking)

ordentliches Programm aufgelegt, und wir müssen sehen, was die Länder daraus machen.

(Beifall bei der CDU)

Heute berichtet der Senat, was er zur "Inklusion in Arbeit" unternommen hat, und das Bild ist hier doch etwas zwiespältiger und keineswegs so rosig, wie es Frau Jäck eben dargestellt hat. Denn unabhängig von der Drucksache ist mit der drohenden Insolvenz des Berufsförderungswerks eine wichtige Hamburger Einrichtung bedroht, deren zentrale Aufgabe es ist, die "Inklusion in Arbeit" zu fördern. Wir fordern den Senat deshalb auf, alles in seiner Macht Stehende zu tun, damit das BFW und seine Töchter, wenn auch verkleinert, weiterbestehen können.

(Beifall bei der CDU)

Doch nun zum Senatsbericht selbst. Zwar kann der Senat ausführlich zahlreiche Aktivitäten aufzählen, diese haben jedoch eines gemeinsam: Sie wurden alle unter CDU-geführten Senaten ins Leben gerufen, sei es das Projekt "PiCo", mit dem psychisch beeinträchtigte Menschen gecoacht werden, das Projekt "KOSmos" für Sehgeschädigte oder das Projekt "Schriftspracherwerb für Gehörlose". Die Liste ließe sich weiter verlängern. Sie alle stammen aus der Zeit vor der SPD-Regierung.

(Beifall bei der CDU – *Dietrich Wersich CDU: Hört, hört!*)

Es gibt noch ein paar Wermutstropfen. Die Projekte werden alle aus dem Europäischen Sozialfonds gefördert und sind bereits ausgelaufen oder werden Ende des Jahres auslaufen. Und dann? Was macht der SPD-Senat nun? Wird er diese oder ähnliche Projekte fortführen, und was sagt uns die Drucksache dazu? Sie sagt fast nichts. Dort heißt es nur – Zitat –:

"Für die Förderperiode 2014-2020 des Europäischen Sozialfonds sind bereits Mittel für die Zielgruppe der Menschen mit Behinderung vorgemerkt."

Wenn es für die Zukunft konkret werden soll,

(*Ksenija Bekeris SPD: Sie wissen doch ganz genau, wie das ablaufen soll mit dem ESF!*)

dann bleibt der Senat auch hier wieder einmal sehr unkonkret. Man hätte zumindest Beispiele nennen können und eine Größenordnung.

Das erfolgreiche Programm "Job4000" zur Beschäftigung von Schwerbehinderten wurde unter dem damaligen Sozialsenator Wersich und nicht unter Senator Scheele in die Hamburger Finanzierung übernommen.

(Beifall bei der CDU – *Olaf Ohlsen CDU: Hört, hört!*)

Das sind fremde Federn. Auch das in der Drucksache gebührend gewürdigte einzige zentrale Job-

center speziell für Schwerbehinderte in Beltgens Garten wurde unter der CDU eingeführt. Der SPD-Senat berichtet über viele erfolgreiche Maßnahmen, aber diese sind alle nicht von der SPD eingeführt worden.

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD: Den barrierefreien Bahnhof haben Sie nicht hingekriegt!*)

Eine wichtige Ausnahme – wir sind fair bei der CDU – soll hier nicht unerwähnt bleiben: das "Hamburger Budget für Arbeit". Dieses befristete Modell soll Menschen, die bisher in einer Werkstatt für Behinderte gearbeitet haben, den Wechsel in die freie Wirtschaft ermöglichen. Das ist ein guter Ansatz, und wir hoffen sehr, dass er Erfolg hat.

Und was macht Hamburg aus der Bundesinitiative für Inklusion? Immerhin bekommt die Stadt vom Bund bis 2018 rund 2,24 Millionen Euro dafür. Mein Eindruck ist, dass die Umsetzung ziemlich zäh vonstattengeht. Bundesarbeitsministerin von der Leyen hat das Programm zum Oktober 2011 gestartet. Schon damals hätte Sozialsenator Scheele loslegen können, zumindest bei der Werbung für neue Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Doch was geschah? Fast nichts. Erst ein knappes Jahr später ging auch Hamburgs Sozialsenator mit viel Tamtam an den Start. In der ebenfalls beteiligten Schulbehörde hatten bis dato laut Drucksache immerhin strukturaufbauende Handlungen stattgefunden. Mittlerweile haben 78 schwerbehinderte Schülerinnen und Schüler Unterstützung bei der Berufsorientierung erhalten.

Noch magerer ist das Ergebnis beim Arbeitsmarkt. Bis März wurden genau ein Antrag für einen Ausbildungsplatz und fünf Anträge für neue Arbeitsplätze gestellt. Mir ist klar, dass es sicher viel Geduld braucht, um Arbeitgeber davon zu überzeugen, Menschen mit Handicap auszubilden oder einzustellen, und je nach Einzelfall müssen Arbeitsplätze umgestaltet oder Mitarbeiter geschult werden, aber der Senat schreibt selbst:

"Das Programm startete am 7. September 2012 und läuft gerade erst an."

Es läuft gerade erst an? Wir haben Mai 2013. Das ist doch etwas zu viel Geduld, Senator Scheele – der leider nicht da ist.

(Beifall bei der CDU)

Es bleibt der Eindruck, dass der Senat ein Strategiepapier nach dem anderen verfasst und vor lauter strategischer Planung nicht zur Umsetzung kommt.

Im Landesaktionsplan zur Umsetzung der Behindertenrechte steht das Gleiche wie in der Drucksache, und auch die gestern mit viel Trara verkündete Fachkräftestrategie sagt zur Gewinnung von Menschen mit Behinderungen nichts Neues.

(Dr. Friederike Föcking)

Herr Senator Scheele – Frau Schiedek, Herr Horch, bitte sagen Sie es ihm weiter –,

(Ksenija Bekeris SPD: Och, jetzt ist aber wirklich gut!)

ich bitte Sie, endlich loszulegen. Beschäftigen Sie die Behörde nicht mit der Erstellung immer neuer Papiere, die dann auf Pressekonferenzen und Runden Tischen oder noch einmal im Sozialausschuss diskutiert werden. Kündigen Sie nicht nur an, sondern setzen Sie endlich auch um, sonst ist Ihre Regierungszeit schon wieder zu Ende. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Fegebank, Sie haben das Wort.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Und jetzt kommen die GRÜNEN!)

Katharina Fegebank GRÜNE: – Jetzt kommen die GRÜNEN, genau, Herr Warnholz.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will vorab etwas sagen, was in den vorangegangenen Debatten von verschiedenen Fraktionen auch schon erwähnt worden ist. Es ist ermüdend, einen Großteil der Debatte damit zuzubringen, wer welches Programm und welche Maßnahme wann angeführt, eingeführt und weitergeführt hat.

(Dietrich Wersich CDU: Da sind Sie heute schon die dritte Rednerin der GRÜNEN, die das anführt! Ist das eine Strategie bei Ihnen?)

– Nein, wir haben uns nicht abgesprochen, und das ist auch keine neue Strategie.

Gerade bei diesem wichtigen Bereich der Inklusion sind wir uns doch fraktionsübergreifend einig, dass das eine zentrale Querschnittsaufgabe ist, die alle Bereiche der Gesellschaft betrifft. Deshalb verstehe ich dieses Schwarze-Peter-Zuschieben, wer wann was eingeführt, gesagt oder nicht gesagt hat, nicht. Wir müssen inhaltlich und in den fachlichen Fragen – das gilt für Ausbildung, Schule, aber auch für den heute zur Debatte stehenden Bereich Arbeitsmarkt – gemeinsam mehr Gas geben, weil noch nicht genug passiert ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Regina-Elisabeth Jäck SPD und Martina Kaesbach FDP)

Wir stehen alle gemeinsam dazu, dass ein wichtiger Aspekt zur gesellschaftlichen Teilhabe der faire, gleichberechtigte und selbstbestimmte Zugang zu Bildung und Arbeit ist. Es geht heute um nichts anderes, als Menschen das Sosein zu ermöglichen, denn Inklusion bedeutet ein unabhängiges und selbstbestimmtes Leben.

Wenn wir uns die Zahlen anschauen – Frau Jäck und Frau Dr. Föcking haben es beschrieben –, dann haben wir noch Defizite und ein eklatantes Auseinanderfallen im Arbeitsmarkt in einer wirtschaftlich guten Situation. Da sind Chancen, die wir nicht nutzen und verspielen, und Potenziale, die wir auf dem Weg liegenlassen. Das ist nicht richtig, und vor diesem Hintergrund eine nickelige Klein-Klein-Debatte zu führen, wird dem Thema nicht gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Regina-Elisabeth Jäck SPD)

Ich will auf die Drucksache eingehen und eine Reihe von Fragen aufwerfen, die wir hoffentlich im Ausschuss weiter vertiefen. Frau Jäck, es ist sicher richtig, dass der Senat Anstrengungen unternimmt, aber ich will an der einen oder anderen Stelle den Finger in die Wunde legen. Sie haben vollmundig beschrieben, in welchen Projekten sich der Senat engagiert, aber Frau Dr. Föcking fragt völlig zu Recht – ich habe dazu auch eine Schriftliche Kleine Anfrage gestellt –, welche Projekte denn fortgeführt werden. Noch vor ein paar Monaten hieß es, dass beispielsweise das Projekt "PiCo", das Projekt "NetQ" und das Projekt "ZUKUNFT-EDV" nach dem Jahr 2012 nicht weitergeführt werden. Es mag an der einen oder anderen Stelle Übergangsfinanzierungen geben, aber dass erfolgreiche Projekte tatsächlich auch in der nächsten Förderperiode des Europäischen Sozialfonds weitergeführt werden, ist in keiner Weise gesagt. Es beruhigt mich etwas, wenn Sie sagen, dass dort wieder etwas vorgemerkt ist. Vielleicht sind Sie uns durch Ihre Kontakte zum Senat um einiges voraus. Es ist ein zentrales Feld, bei dem wir weiterhin die Unterstützung über den ESF brauchen. Aber auch hier muss man sagen, dass kein eigenes Geld in die Hand genommen wird, sondern dass sich der Senat gern auf die Unterstützungsleistungen beruft, die er von der EU oder dem Bund erhält. Ein eigener finanzieller Beitrag wäre ein gutes Signal, um genau diese Projekte, die so erfolgreich sind, fortführen zu können.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiteres Feld, das eben kurz angesprochen worden ist, ist die Zukunft der an Universitäten durchgeführten Projekte zur Inklusion, zur Antidiskriminierungsarbeit und Beratungsarbeit, nämlich das Projekt ZeDiS, das im Parlament schon ein paar Mal eine Rolle gespielt hat und dessen Zukunft ungewiss ist, wo die Uni nicht weiter macht, jetzt aber Verhandlungen mit der Evangelischen Hochschule stattfinden, aber auch das Projekt "Netzwerk Partizipation mehrfach diskriminierter Menschen", das zur Mitte dieses Jahres ausläuft und wo eine Anschlussfinanzierung noch in keiner Weise signalisiert wurde.

Die Zahlen sind eben von Ihnen genannt worden, Frau Dr. Föcking. Wir haben eine hohe Anzahl an

(Katharina Fegebank)

Menschen mit Behinderungen, die eine Ausbildung oder gar ein Hochschulstudium haben, aber das bildet sich auf dem Arbeitsmarkt nicht ab. Wenn dann die wichtigen Projekte wie unterstützende Forschung, Beratungsleistungen oder direkte Angebote auf dem Arbeitsmarkt für diese Menschen nicht weitergeführt werden, dann konterkariert das die Aussage, hier stark zu sein und Inklusion oben auf die Tagesordnung zu setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das gilt auch für die Anträge, die wir im Zusammenhang mit der Inklusion gestellt haben. Über den Schulbereich haben wir vorhin kurz gesprochen. Wir haben allerdings auch einen Antrag zur Inklusion an den Hamburger Hochschulen gestellt, und er ist mit Ablehnung beschieden worden, was äußerst bedauerlich ist, wenn wir das im Kontext des Hamburger Arbeitsmarktes sehen.

Auch von mir noch ein Wort zum BFW, das uns seit mehreren Monaten im Sozialausschuss auf jeder Sitzung beschäftigt. Wir finden es außerordentlich bedauerlich, dass jetzt eine geordnete Insolvenz erfolgt. Ich will für meine Fraktion sagen, dass wir uns wünschen, dass diese Aufgabe, die vom BFW erfüllt wurde und jetzt in kleinerer Variante und mit Umstrukturierung weiter erfüllt wird, nämlich die berufliche Rehabilitation von Kranken und Menschen mit Behinderung, ganz essenziell ist und natürlich auch zum Hamburger Arbeitsmarkt gehört. Sie wird weder im Landesaktionsplan noch in der zugrundeliegenden Drucksache mit einem Wort erwähnt, und das ist befremdlich bei der Bedeutung, die wir dem BFW zubilligen. Wenn ich mir andere Länder anschau, beispielsweise NRW oder Hessen, dann spielen dort die BFWs eine zentrale Rolle, wenn es um Inklusion in den Arbeitsmarkt geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch ein letztes Wort zu den Werkstätten, auch das wurde eben angesprochen. Es ist völlig richtig, dass wir im Sinne der Selbstbestimmung und der Unabhängigkeit der Menschen das Programm "Raus aus der Werkstatt, rein in den Betrieb!" unterstützen. Auch hier sehe ich allerdings Ihre Analyse, Frau Jäck, nicht ganz so rosig. Es sind bisher 19 Anträge gestellt worden. Ich glaube, alles in allem sind elf Menschen von über 3500, die wir in der Statistik haben, in den Ersten Arbeitsmarkt vermittelt worden. Das ist einfach eine geringe Zahl, und hier müssen wir gemeinsam mit den Unternehmern und Firmen, die bereit sind, sich auf diese Aufgabe einzulassen, weiter sprechen und weiter Überzeugungsarbeit leisten. Ich glaube, wir alle sind der Meinung, dass Inklusion ein wichtiges Thema ist und dass es uns gelingen muss, diese Menschen aus einer teilweise bestehenden Abhängigkeitssituation und einer schwierigen finanziellen Situation in eine berufliche Tätigkeit zu bringen, und dafür brauchen wir Unterstützung.

Ich freue mich auf die weitere Debatte im Ausschuss in der Hoffnung, dass ich dann auf die eine oder andere Frage oder Feststellung aus dieser Drucksache auch eine Antwort bekomme. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Kaesbach, Sie haben das Wort.

Martina Kaesbach FDP: Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann Frau Fegebank nur beipflichten, dass ein Gezänk um die Frage, wer was zuerst auf den Weg gebracht hat, gerade im Bereich der Inklusion weder uns Politikern, vor allem aber auch der Gesellschaft in keiner Weise weiterhilft.

(Beifall bei der FDP und bei *Regina-Elisabeth Jäck SPD* und *Tim Golke DIE LINKE*)

Viele Menschen mit Behinderung wünschen sich, die Werkstätten zu verlassen, auf dem Ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen zu können und damit vollwertige Teilhabe am Arbeitsmarkt zu erlangen. Das ist in der Regel mit großen Herausforderungen verbunden und erfordert neue Modelle, bei denen Bund, Land, der Sozialhilfeträger und die Arbeitsagentur an einem Strang ziehen müssen.

Das Projekt "Hamburger Budget für Arbeit", das mittlerweile bundesweit als Vorbild gilt, stellt solch ein zukunftsweisendes Kombilohn-Modell dar. Der Start war mit vielen offenen Fragen und Unsicherheiten verbunden, wie es beispielsweise mit der Rückkehr in die Werkstatt aussieht, wenn der Wechsel auf den Ersten Arbeitsmarkt nicht langfristig gelingt, was mit den vorher erworbenen Rentenansprüchen passiert, ob sie bestehen bleiben und so weiter. Die Adressaten des Budgets für Arbeit fühlen sich mit ihren Fragen nicht selten allein gelassen, doch viele Unsicherheiten konnten mittlerweile ausgeräumt werden; es zeigen sich erste Erfolge.

(Präsidentin Carola Veit übernimmt den Vorsitz.)

Immerhin wurden inzwischen 19 Budgets bewilligt. Da ist natürlich noch viel Luft nach oben, aber ich bin optimistisch, dass sich in Zukunft mehr Menschen mit Behinderung für diesen Weg entscheiden werden, und dass auch vor allem mehr Arbeitgeber mitmachen, wenn sie sehen, wie erfolgreich das Modell ist.

Ein Blick auf andere Projekte, die in der Drucksache vorgestellt werden, stimmt mich allerdings weniger optimistisch. Lassen Sie mich ein Beispiel nennen. Bisher gibt es nur einen einzigen Antrag für die Förderung eines Ausbildungsplatzes für schwerbehinderte junge Menschen. Das ist kein zufriedenstellendes Ergebnis. Wir müssen deshalb

(Martina Kaesbach)

bei allen Projekten laufend prüfen, ob sie die gewünschten Erfolge bringen.

Die vorgestellten Maßnahmen sollen Menschen mit Behinderung Teilhabe und ein erfolgreiches Berufsleben ermöglichen, nur darum kann es gehen. Deshalb muss sich der Senat auf die Projekte konzentrieren, die Erfolg haben und die Menschen tatsächlich erreichen und ihre Lebenssituation verbessern. Bei allen gutgemeinten Projekten dürfen wir aber eines nicht vergessen: Zuallererst muss es darum gehen, die leider immer noch bestehenden Barrieren in den Köpfen abzubauen.

Hamburger Unternehmen landen bei der Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen im bundesweiten Vergleich auf dem vorletzten Platz. Es besteht offenbar eine große Unsicherheit und Skepsis gegenüber der Einstellung von Menschen mit Behinderung. Der Austausch mit Hamburger Unternehmen, der von der Arbeitsagentur Hamburg und der Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen, Frau Körner, in Hamburg betrieben wird, sorgt sicher dafür, dass einige Hemmnisse abgebaut werden. Die meisten Unternehmen sind eben keine Experten auf diesem Gebiet und lassen sich durch den verstärkten Kündigungsschutz für Menschen mit Behinderung abschrecken. Doch es ist durchaus so, dass in schwierigen Fällen durch das Gespräch mit den entsprechenden Verbänden perspektivisch Lösungen gefunden werden können.

Ich möchte mit einem positiven Fazit schließen. Menschen mit Behinderung bringen spezifische Kompetenzen mit, die anerkannt werden müssen. Wenn es gelingt, dass Arbeitgeber Menschen mit Behinderung als Bereicherung ihrer Mitarbeiterschaft ansehen und ihre spezifischen Qualifikationen anerkennen, dann wird sich die Lage am Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung verbessern, denn diese Menschen sind schon jetzt vielfach qualifiziert, und diese Qualifikation muss gewürdigt werden. Zudem wird sich sicher in den nächsten Jahren mit der geplanten Einführung des Bundesleistungsgesetzes, das die Eingliederungshilfe ablösen soll, einiges tun. Die Hilfe für die Menschen mit Handicap soll in diesem Zuge personenzentrierter und flexibler gestaltet werden, und das ist ein richtiger Schritt.

Ich freue mich auch auf die weitere Debatte der Drucksache im Sozialausschuss.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Frau Özdemir das Wort.

Cansu Özdemir DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Menschen mit Behinderung haben das gleiche Recht auf Arbeit wie nicht behinderte Menschen. Deutschland

und andere Staaten haben das mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention bekräftigt. Und auch das SGB IX hat unter anderem den Zweck, die gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsleben für Behinderte und für von Behinderung bedrohte Menschen zu fördern und Benachteiligung zu vermeiden. Aber das sieht leider in der Praxis ein bisschen anders aus.

In der Stellungnahme ist deutlich geworden, das haben meine Vorrednerinnen auch gesagt, dass arbeitslose Menschen mit einer Schwerbehinderung zwar gut ausgebildet sind, über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen oder über ein abgeschlossenes Studium, aber dennoch arbeitslos und zum großen Teil langzeitarbeitslos sind. In Hamburg sind 3538 schwerbehinderte Menschen arbeitslos, und das ist wirklich sehr, sehr schade, vor allem, weil wir doch ständig über die Inklusion oder über eine inklusive Gesellschaft sprechen. Wir können aber deutlich sehen, dass auch Arbeitgeber Schuld daran haben. Sie haben gewisse Vorbehalte gegenüber Menschen, die eine Behinderung haben. Das zeigt auch die Erfüllungsquote der gesetzlichen Beschäftigungspflicht. Gefordert sind 5 Prozent, in Hamburg sind es jedoch 3,2 Prozent bei den privaten Arbeitgebern.

(*Ksenija Bekeris SPD:* Schlecht!)

Sie liegen natürlich weit hinten. Und das zeigt auch, dass wir noch weit entfernt sind von einem inklusiven Arbeitsmarkt.

Auf Bundesebene hat meine Fraktion als Sofortmaßnahme gefordert, die Beschäftigungsquote auf 6 Prozent anzuheben und die Ausgleichsabgabe zu erhöhen, und zwar so, dass sie dem Arbeitgeber auch ein wenig wehtut. Es soll ihn auch dazu bringen, Menschen mit Behinderung einzustellen, damit diese nicht weiterhin darunter leiden, diskriminiert zu werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Die privaten Unternehmen müssen sich an dem Projekt "inklusive Arbeitsmarkt" beteiligen. Sie spielen hierbei eine sehr wichtige Rolle und dürfen sich nicht einfach vor ihrer Verantwortung drücken, indem sie eine niedrige Ausgleichsabgabe zahlen. Ich habe sie mir einmal angeschaut, sie ist wirklich sehr niedrig und tut den privaten Unternehmen auch nicht weh.

Im Landesaktionsplan, den wir nächste Woche am Donnerstag im Sozialausschuss behandeln werden und wo wir eine öffentliche Anhörung haben, steht als Ziel die Sensibilisierung von Unternehmen. Dazu gehört auch, dass Arbeitsplätze barrierefrei sind und barrierefrei ausgebaut werden. Hier kann man den öffentlichen Dienst loben, der statt der 5 Prozent eine Quote von 6,3 Prozent erfüllt. Ich habe mir einmal die Liste angeschaut. Die Menschen sind beim HVV, bei der Hamburgischen Staatsoper oder auch bei Bäderland eingestellt.

(Cansu Özdemir)

Das zeigt eigentlich, dass sie wirklich genauso gut arbeiten können und genauso viel leisten können wie Menschen, die keine Behinderung haben. Und das muss eine Selbstverständlichkeit werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir schon von privaten Unternehmen sprechen: Ich habe in SPIEGEL ONLINE einen Bericht gelesen über SAP, ein IT-Unternehmen, das jetzt ein Unter-Unternehmen gegründet hat, das sich Auticon nennt und sehr viele autistische Menschen eingestellt hat. Ich habe mich natürlich gefragt, wie die Bezahlung dort ist und habe dort angerufen. Die Bezahlung soll ganz normal sein, und es sind sozialversicherungspflichtige Jobs, die die Menschen dort haben. Als ich gefragt habe, warum sie gerade Autisten eingestellt haben, meinten sie, wegen ihrer besonderen Fähigkeiten. Das fand ich ziemlich bewundernswert. Ich denke, es wäre für viele private Unternehmen hilfreich, solche Firmen als Vorbild zu nehmen. Mir wurde gesagt, dass es sein könnte, dass ein solches Unternehmen vielleicht auch in Hamburg aufgebaut wird. Das würde ich natürlich begrüßen.

Ansonsten werden wir am Donnerstag über den Landesaktionsplan Menschen mit Behinderung in Hamburg noch einmal diskutieren und unsere Fragen stellen. Darauf freue ich mich, denn wir haben wirklich lange auf den Aktionsplan gewartet.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Gibt es weitere Wortmeldungen? – Wenn das nicht der Fall ist, können wir zur Abstimmung kommen.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das mehrheitlich so überwiesen worden.

Wir kommen zu Punkt 36, Antrag der CDU-Fraktion, Drucksache 20/8004: Starke Stadtteilschulen: Zehn-Punkte-Programm für eine starke Umsetzung.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Starke Stadtteilschulen: Zehn-Punkte-Programm für eine starke Umsetzung
– Drs 20/8004 –]**

Die CDU-Fraktion möchte die Drucksache an den Schulausschuss überweisen. – Herr Heinemann wünscht das Wort, und er hat es.

(Dirk Kienscherf SPD: Das hatten wir doch schon! Warum denn noch mal?)

Robert Heinemann CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eigentlich ist die Stadtteilschule gar kein so emotionales Thema, jedenfalls war sie es in der Enquete-Kommission nicht. Die Frage ist doch, wie wir diesen positiven Geist aus der Enquete-Kommission übernehmen können und wie wir die Idee der Stadtteilschule in Hamburg langfristig erfolgreich umsetzen können. Wir müssen nun einmal feststellen, dass wir die Stadtteilschule nicht konsequent so umgesetzt haben, wie es von der Enquete-Kommission einmal geplant war. Wir müssen leider auch feststellen, dass sie in ihrem Umsetzungsprozess ganz am Anfang keine Priorität hatte. Wir haben uns nämlich alle die Köpfe eingehauen und über die Primarschule diskutiert, aber die Stadtteilschule, ebenso eine neue Schulform, haben wir dabei leider ein wenig vergessen. Eine der Folgen kann man im Moment betrachten, wenn man sich die G8/G9-Debatte anhört. Sie resultiert daraus, dass die Stadtteilschule für viele Eltern noch nicht das ist, was sie eigentlich sein sollte, nämlich eine bewusste Alternative zu G8.

Die Fehler haben wir alle gemacht, so ehrlich sollten wir sein. Es war damals Schwarz-Grün, die das Thema Inklusion der Stadtteilschule gleich mit übergestülpt haben. Wir haben in der Enquete-Kommission damals ausdrücklich vereinbart, sich erst die Stadtteilschule etablieren zu lassen, und erst dann, wenn sie erfolgreich auf dem Weg ist, das Thema Inklusion anzugehen. Da gab es natürlich auch ein bisschen Druck von Herrn Rabe. Aber wir wollen uns nichts vormachen, wir haben gerade das Thema Inklusion behandelt. Es gab eine breite Diskussion über das Thema und dann die mehrheitliche Übereinkunft, das Thema Inklusion früher durchzuführen. Das hat der Stadtteilschule den Start nicht gerade einfacher gemacht. Wir haben damals als schwarz-grüne Koalition auch versäumt, die beruflichen Gymnasien so, wie von der Enquete-Kommission empfohlen, gleich in die Stadtteilschulen zu integrieren.

Nachdem die SPD die Regierung übernommen hat, ist es leider nicht besser geworden, sondern das Thema Inklusion wurde noch einmal schwieriger, indem man die Einzelfalldiagnose abgestellt hat und die Ressourcen für die Kinder in der Inklusion entsprechend beschnitten hat. Ich glaube, ein wirklich fatales Signal war dann der Verzicht auf die äußere Differenzierung nach den KMK-Vorgaben. Aber gerade für die Eltern, die meinen, ihr Kind könne vielleicht aufs Gymnasium gehen, war häufig die Stadtteilschule nicht mehr die Alternative, als die wir sie gemeinsam geplant hatten.

Von daher sollten wir heute, sechs Jahre, nachdem die Enquete-Kommission ihre Beratungen abgeschlossen hat, einmal gemeinsam überlegen, was wir besser machen können und wo wir gemeinsam weiter vorankommen können. Wir könnten noch einmal schauen, was die Enquete-Kom-

(Robert Heinemann)

mission eigentlich geschrieben hatte – häufig war das im Einvernehmen zwischen der CDU und der SPD – und wo wir noch besser werden sollten.

Ein Thema sind nämlich die beruflichen Gymnasien. Wenn wir das Ziel haben – und da sind sich SPD und CDU einig –, dass jede Stadtteilschule selbstverständlich bis zum Abitur führt und dementsprechend eine Oberstufe hat, ob nun allein oder in Kooperation mit einer anderen Stadtteilschule, dann ist natürlich ein Parallelsystem wie die beruflichen Gymnasien, die ihre Berechtigung in Zeiten der Haupt- und Realschulen hatten, ein System, das die Stadtteilschule und ihre Oberstufen schwächt. Wir erhalten hierdurch auch nicht die tolle berufliche Kompetenz, die wir an diesen beruflichen Gymnasien haben, in der Stadtteilschule, wo wir sie eigentlich haben wollen.

Ich verstehe auch nicht, warum wir es bis heute nicht geschafft haben, an den Stadtteilschulen die vollwertige Fachhochschulreife anzubieten, gerade weil wir doch die ganzen Praxisanteile dort nach Ihrem Konzept, Herr Senator, noch weiter stärken. Dann müsste es eigentlich möglich sein, den Praxisanteil, der erforderlich ist, um die vollwertige Fachhochschulreife zu bekommen, so zu integrieren, dass die Schülerinnen und Schüler mit dieser vollwertigen Fachhochschulreife die Stadtteilschule verlassen können.

Wir haben gemeinsam in der Enquete-Kommission – Herr Lein war dabei und hat auch zugestimmt – vereinbart, dass ein Drittel der Lehrkräfte der Sekundarstufe I der Stadtteilschulen Berufsschullehrer sind. Das erreicht man natürlich nicht von heute auf morgen, das ist mir klar. Nur sind wir im Moment nicht bei einem Drittel, noch nicht einmal bei 10 oder 20 Prozent, sondern wir liegen bei 2,8 Prozent Anteil von Berufsschullehrern in den Stadtteilschulen. Wenn man sich die Anteile der letzten Jahre anschaut, dann sieht man, dass dieser Anteil nicht wirklich steigt. Von daher brauchen wir wirklich Anstrengungen, um uns von diesen 2,8 Prozent zumindest ein wenig in Richtung eines Drittels zu bewegen.

Beim Thema Differenzierung nach den Vorgaben der Kultusministerkonferenz sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass Hamburg sich daran hält und nicht wieder einen Sonderweg geht. Und wir sollten gemeinsam – das wird sicherlich zu Konflikten zwischen den Jugendpolitikern und Schulpolitikern führen – schauen, wie wir die Stadtteilschule auch als Ganztagschule als einen Mittelpunkt im Stadtteil verankern können. Der Name Stadtteilschule ist nämlich nicht zufällig gewählt worden, sondern weil wir genau dieses wollten. Wir sahen die Stadtteilschule als den zentralen Anlaufpunkt für Schüler, Jugendliche und junge Menschen im Stadtteil an, aber dafür braucht man andere Koordinierungskompetenzen und Ressourcen, als die Schule sie heute hat.

Es ist ein entscheidendes Thema, dass wir gemeinsam den Bereich Inklusion angehen. Sehr, sehr viele Stadtteilschulen leiden im Moment erheblich darunter, dass sie nicht so können wie sie wollen, weil die Ressourcen einfach nicht da sind. Es gibt leider keinerlei Steuerung für die Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Deshalb haben wir mit unserem Antrag auch vorgelegt, dass es maximal vier Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in einer Klasse sein sollten und maximal eines davon mit Verhaltensstörungen, damit auch in der Schule wirklich Unterricht stattfinden kann. Das würde den Schulen, jedenfalls in einigen Stadtteilen, die Arbeit massiv erleichtern.

(Beifall bei der CDU)

Ein weiterer Punkt, über den wir nachher noch auf Antrag der GRÜNEN debattieren – ein konkreter CDU-Antrag liegt Ihnen als Ausformulierung dazu vor –, ist die Stärkung der Langformschulen, das sind die Stadtteilschulen. Die Kinder, die von Klasse 1 bis 4 eine Stadtteilschule mit Grundschule besucht haben, sollen nun nicht plötzlich in Klasse 5 diese Schule wieder verlassen müssen. Auch das wäre eine Stärkung der Stadtteilschule, wenn wir dort eine gesetzliche Änderung vornehmen würden.

Nun habe ich aber erfreut zur Kenntnis genommen, dass der Schulsenator in manchen Punkten durchaus unserer Meinung ist. Die Forderung von maximal vier Kindern mit Förderbedarf in einer Klasse hat er der Elternkammer zugesagt, und das Thema der getrennten Fächer in den Naturwissenschaften ist auf den Weg gebracht. Von daher sind wir in vielen Punkten durchaus einer Meinung. Das reicht aber nicht, wir müssen jetzt den nächsten Schritt machen.

(Jan Quast SPD: Nie ist Ihnen das genug!)

Ich würde gern die Diskussion zu diesen Themen gemeinsam mit Ihnen im Schulausschuss fortsetzen. Ich habe gehört, dass die SPD einer Überweisung nicht zustimmen will. Das verwundert mich ein wenig. Von daher bleibt uns nur übrig, unsere zehn Punkte einzeln zur Abstimmung aufzurufen. Dann können Sie sich zu den einzelnen Punkten bekennen und damit zeigen, ob Sie noch zu dem stehen, was Sie damals in der Enquete-Kommission gesagt haben, ob Sie zur Stärkung der Stadtteilschule stehen oder nicht. Schöner fände ich es, wenn Sie sich vielleicht doch noch einen Ruck geben würden und einer Überweisung zustimmen, denn das Thema ist so wichtig, dass wir es nicht nur heute hier diskutieren sollten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat jetzt Herr Holster.

Lars Holster SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Schuldebatte Teil zwei. Wenn man genau hinschaut, haben wir vorhin in der Aktuellen Stunde, die wir sehr ausführlich bestritten haben – Sie waren leider nicht dabei, Herr Heineemann –, jeden einzelnen Punkt schon einmal aufgerufen und ihn auch debattiert. Deshalb will ich gar nicht mehr auf alle Punkte eingehen, aber doch noch einmal auf den ersten Punkt, die beruflichen Gymnasien in die Stadtteilschulen zu integrieren.

Frau Prien hat vorhin sehr richtig gesagt, dass die Stadtteilschulen jetzt Ruhe bräuchten, sie brauchen keine großen Strukturveränderungen. Und wir sollten vorsichtig sein bei den beruflichen Gymnasien. Wir haben beispielsweise zwei sehr erfolgreich arbeitende technische Gymnasien in Farmsen und in Wilhelmsburg. Wenn man sie dort beenden und in eine Stadtteilschule integrieren würde, müsste man eine kleine Strukturdebatte führen, aber ich glaube, das ist zurzeit nicht nötig. Wir sollten bei diesem Punkt etwas vorsichtig sein.

(Beifall bei der SPD)

Zum Bereich Berufsorientierung hat Frau Heyenn in der Aktuellen Stunde sehr ausführlich Stellung genommen, und dieser Stellungnahme können wir uns anschließen.

Zum Thema Differenzierung habe ich auch schon etwas in der Aktuellen Stunde gesagt, das will ich noch einmal ein bisschen konkretisieren. Man muss sich fragen, ob sich wirklich alle Schulpolitiker überhaupt mit Schulleitern von Stadtteilschulen unterhalten. Wir haben ein hohes Vertrauen in die Kompetenzen der Lehrerinnen und Lehrer an den Stadtteilschulen, die teilweise hervorragenden binnendifferenzierten Unterricht machen. Ich glaube, dass erfolgreiches Lernen nicht nur in äußerer Differenzierung stattfinden kann.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE* und *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Ich würde gern noch einmal auf die Zwischenfrage von Frau von Berg an Herrn Dr. Scheuerl eingehen, und zwar auf den Punkt der äußeren Differenzierung an den Gymnasien. Wir haben an Gymnasien auch das Thema Hochbegabung, da müsste man ebenso einmal genauer hinschauen. Es ist auch richtig, dass an Gymnasien nicht alle Schülerinnen und Schüler das Abitur anstreben,

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Richtig!)

sondern auch dort einige den Realschulabschluss beziehungsweise den mittleren Schulabschluss machen wollen. Man müsste genauer betrachten, ob es nicht auch dort in die äußere Differenzierung gehen müsste. Das müssen wir noch einmal aufgreifen.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE* und *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Der letzte Punkt ist das Thema Inklusion, es wurde viel debattiert und besprochen. Sie wollen nun wieder zurück zur Einzelfalldiagnose. Die Sonder- und Sozialpädagogen leisten momentan eine sehr wichtige Aufgabe an den Stadtteilschulen. Sie sind mit in den Klassen und machen eine direkte Betreuung am Kind. Wenn wir das jetzt alles wieder zurückdrehen von der systemischen Ressource zur Einzelfalldiagnose, dann müssen genau diese Sonderpädagogen, die viel mehr direkt am Kind und direkt in den Klassenteams arbeiten, wieder viel mehr Gutachten schreiben. Es muss wieder alles endlos dokumentiert werden. Das Ganze muss dann in der Behörde irgendjemand bearbeiten, und es ist eine Flut von Anträgen, wie wir erlebt haben. Ich denke, dass wir diese Ressource für die Sonderpädagogen und die Sozialpädagogen, die momentan an den Stadtteilschulen arbeiten, jetzt sinnvoller einsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Präsidentin Carola Veit: Frau Dr. von Berg, Sie haben das Wort.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir halten den Antrag der CDU in vielen Punkten für kontraproduktiv hinsichtlich der Entwicklung der Stadtteilschule. Wir werden deshalb die allermeisten Punkte ablehnen, und ich will das auch gern begründen.

Ich fange zunächst damit an, welchen Punkten wir zustimmen, weil wir es genauso sehen. Das ist einmal die Steuerung bei der Inklusion, das wird tatsächlich jetzt auch schon durchgeführt. Es gibt also nicht mehr als vier Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in einer Klasse, damit man überhaupt halbwegs mit der durchaus vorliegenden Schräglage der Ressourcierung klarkommt.

Wir werden auch dem Petitum 8 zustimmen, bei dem es im Prinzip darum geht, unsere grüne Idee der Magnetschule umzusetzen. Es geht dort darum, die Stadtteilschule wieder im Mittelpunkt eines Stadtteils zu verorten und regionale Bildungslandschaften zu schaffen. Das ist ein Punkt, den wir dringend befördern müssen, und es ist auch eine konkrete Forderung an den Senat, wenn wir die Schuldebatte von heute Mittag aufgreifen.

(Beifall bei *Christiane Blömeke GRÜNE*)

– Danke, Frau Blömeke.

Welchem Punkt wir jedoch überhaupt nicht zustimmen werden, ist der ganze Bereich der beruflichen Gymnasien. Herr Holster hat es schon kurz erwähnt und hat es damit begründet, dass Ruhe in die Schulen gebracht werden müsse. Wir sehen das noch aus einer anderen Warte, und zwar aus dem Grund, weil alle Bundesländer berufliche Gymnasien haben. Es gibt dort berufliche Gymna-

(Dr. Stefanie von Berg)

sien auch deswegen, weil Jugendliche manchmal Umwege, neue Wege und auch einmal neue Anfänge brauchen. Ich bin selbst Berufsschullehrerin und weiß, dass einige Jugendliche in den beruflichen Gymnasien ankommen und sie als neue Chance nutzen, um einen Neuanfang zu machen und wieder Spaß am Lernen und der Schule zu haben. Wir GRÜNE stehen für Vielfalt und nicht für Einfalt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Matthias Albrecht SPD*)

Wir wären außerdem das einzige Bundesland, das kein berufliches Gymnasium hätte. Das berufliche Gymnasium erfüllt außerdem auch noch die Funktion der Studienvorbereitung, das darf man nicht vergessen. Das jedoch kann und soll die Stadtteilschule so spezifisch für eine bestimmte berufliche Richtung nicht leisten.

Ich habe mir vorgestellt, wie dies wohl werden soll, wenn ein Drittel der Berufsschulkolleginnen und -kollegen an den Stadtteilschulen ist. Dann werden Stadtteilschulen wirklich nur noch Gemischtwarenläden, und das werden wir nicht einfach zulassen. Deswegen stimmen wir auch gegen diesen Punkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man sich den CDU-Antrag ansieht, hat man das Gefühl, es wird eine eierlegende Wollmilchsau. Die Stadtteilschulen sollen alles machen. Wir haben es uns so vorgestellt: Es soll im Prinzip so etwas werden wie eine vorgelagerte berufsbildende Schule. Das heißt, wenn ihre Kinder zehn Jahre alt sind, sollen sich die Eltern entscheiden, ob das Kind aufs Gymnasium, studieren und eine akademische, allgemeinbildende Laufbahn machen soll oder einen Beruf lernen, etwas Praktisches. Ab der fünften Klasse soll schon Berufsorientierung neoliberal und verwertungsorientiert erfolgen. Das lehnen wir deutlich ab. Das ist rückwärtsgewandt und kontraproduktiv, und es wird die Stadtteilschule nicht zu einer gleichwertigen Alternative zum Gymnasium machen, so, wie wir es jedenfalls mit der SPD gemeinsam anstreben. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Frau von Treuenfels das Wort.

Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Heinemann hat mir gerade mitgeteilt, wenn ich etwas Vernünftiges sage, würde er auch klatschen. Ich werde mich sehr darum bemühen.

Trotzdem beginne ich meine Rede mit etwas, das Ihnen vielleicht nicht so gefällt. Es hat nämlich mehrere Jahre gedauert, bis die CDU jetzt ihre eigenen Versäumnisse in ihrer Schulpolitik in Sachen Stadtteilschule erkannt hat – immerhin. Wir

haben heute schon sehr viel über die Stadtteilschule gesprochen.

(*Hans-Detlef Rook CDU:* Was soll das denn?)

Es sollte unser aller Ziel sein, sie zu stärken und zur zweiten Säule zu machen. Ihr Bildungsauftrag ist laut Schulgesetz weit gefasst. Sie soll grundlegende und vertiefte Bildung ermöglichen. Die Schüler sollen mit dem Abitur abschließen oder den Anschluss an einen berufsqualifizierenden Bildungsgang finden. Das ist ein sehr hoher Anspruch, der an diese Schulform gestellt wird, und der Bildungsauftrag ist vielfältig. Dass die berufliche Orientierung frühzeitig und umfassend ein wichtiger Teil des Bildungsauftrags der Stadtteilschulen ist, ist unbestritten. Umso erstaunter las ich den CDU-Antrag, der sich für mich in weiten Teilen so liest, als ob die Stadtteilschule jetzt zu einer Art Berufsschule werden solle.

Zu Ihren Vorschlägen im Einzelnen.

Erstens: Berufliche Gymnasien sollen in die Stadtteilschulen integriert werden. Eine bestehende, gut funktionierende und erfolgreiche Schulform abzuschaffen, um sie in eine neue Schulform zu integrieren und dort zu etablieren, führt unserer Ansicht nach nicht zum Ziel.

(Beifall bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

– Danke schön auch an Sie.

Berufliche Gymnasien haben ein besonderes Profil. Sie profitieren vom engen Austausch der Lehrkräfte an beruflichen Schulen untereinander. Die Schüler nutzen die vorhandene Infrastruktur der beruflichen Schulen und die existierende Kooperation mit der Wirtschaft. Eine Integration in die Stadtteilschulen würde diese Strukturen ohne Not zerschlagen. Kooperationen, gerade in der Oberstufe, sind sinnvoll und eine dringend notwendige Ergänzung des Angebots der Stadtteilschulen. Dazu haben wir neulich schon gemeinsam einen Antrag beschlossen.

Zweitens: Teilqualifizierende Berufsbildungsgänge sollen auch in die Stadtteilschulen integriert werden. Dabei wurden diese mit der Reform der beruflichen Bildung abgeschafft, und das aus gutem Grund. Sie waren de facto nämlich nichts anderes mehr als Warteschleifen, für die es keinen Anschluss gab. Eine Schulform, die sich eigentlich schon überlebt hat, sollte nicht an Stadtteilschulen künstlich am Leben erhalten werden.

(Beifall bei der FDP)

Wer kein Abitur an der Stadtteilschule macht, braucht eine gute Berufsorientierung. Das Ziel muss also die Vermittlung in eine duale Ausbildung sein.

Drittens: Die Stadtteilschulen sollen die Fachhochschulreife mit Praxisteil anbieten. Das hört sich gut

(Anna-Elisabeth von Treuenfels)

an, aber der Praxisteil wird in der Regel nach Abschluss der Klasse 12 im Rahmen eines Jahrespraktikums oder durch eine Berufsausbildung abgeleistet. Einen Praxisteil in die Oberstufe zu integrieren, geht unserer Auffassung nach zulasten der Unterrichtszeit und erschwert damit wieder den jedenfalls von einem Teil dieses Hauses gewollten Weg zum Abitur. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Die Stadtteilschule als Alternativangebot, das ein Abitur in neun Jahren ermöglicht, wird damit als gleichwertige Alternative geschwächt, weil sie nämlich überfrachtet wird. Der Fokus muss auf einer inhaltlichen Stärkung der Stadtteilschulen liegen. Ihre Petita 4 bis 10 bieten hierzu schon einige Vorschläge, die zwar zum Teil nicht neu sind, aber dennoch sehr wünschenswert. Ich nenne davon nun einige, denen Sie auch zustimmen werden: ein besserer Lehrermix mit mehr Berufsschullehrern, eine bessere Vernetzung der Schulen im Stadtteil oder eine zielgenauere Zuweisung der Ressourcen für die Umsetzung der Inklusion, die vom Senator schon zugesagt ist. Dem stimmen wir zu. Besser spät als nie, kann man die Erkenntnisse der CDU zusammenfassen. Wir stimmen dem zum Teil zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Frau Heyenn das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es schließt sich der Kreis zur heutigen Aktuellen Stunde. Was die CDU angedeutet hat, das manifestiert sich in diesem Antrag. Die Stadtteilschule soll auf Berufsausbildung festgelegt werden, und das Gymnasium ist für die wissenschaftliche Laufbahn gedacht, Klammer auf, Abitur, Klammer zu. Dabei wird, das hat Herr Holster eben schon angesprochen, völlig übersehen, dass nicht nur Schülerinnen und Schüler nach Klasse 10 einen Beruf erlernen, sondern dass auch Schülerinnen und Schüler, die mit Abitur das Gymnasium verlassen, bei weitem nicht alle studieren, sondern ebenfalls einen Beruf ergreifen. Insofern stellt sich die Frage, warum man die Berufsorientierung nur an der Stadtteilschule und nicht auch am Gymnasium macht.

(Beifall bei der LINKEN)

In der Gesamtheit atmet Ihr Antrag den Geist, aus der Stadtteilschule eine Berufsausbildungsvorbereitungsschule zu machen. Dem können wir nicht zustimmen. Wir stimmen den Punkten 7 bis 8 zu, dazu sage ich noch etwas, aber ansonsten lehnen wir das alles ab. Es ist klar, dass alle Eltern für ihr Kind das Beste wollen, das heißt, den höchstmöglichen Schulabschluss, also Abitur. Wenn man sich

die CDU-Vorschläge genau ansieht, dann wird eines klar: Der Sog zum Gymnasium wird sich verstärken, denn wenn deutlich wird, dass Stadtteilschulen die Berufsorientierung machen und Gymnasien mehr für das Wissenschaftliche da sind, spricht für das Abitur, dann wird sich dieser Trend verstärken. Schon jetzt landen nur 9 Prozent aller Kinder, die nach der vierten Klasse eine Gymnasialempfehlung haben, auf der Stadtteilschule. Das wird dann noch schlechter werden, und das bedeutet, dass die Vorschläge der CDU die falsche Überschrift tragen. Das ist keine Stärkung der Stadtteilschulen, es ist eine Schwächung.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Insbesondere betrifft das die Punkte 1 bis 3, wobei noch hinzukommt, dass diese Punkte bei genauere Betrachtung Schulstrukturreformen bedeuten. Wenn ich mich dunkel erinnere, dann war es doch die CDU, die Schulfrieden wollte, oder irre ich mich?

(*Hans-Detlef Roock CDU: Alle, alle!*)

Punkt 6 ist natürlich aus pädagogischer Sicht sehr interessant. Es geht um die äußere Differenzierung; das ist ein Steckenpferd von Ihnen, und Sie zitieren immer die KMK. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass die Kultusministerkonferenz in ihren Bestimmungen sehr wohl erlaubt, auf äußere Differenzierung auch zu verzichten, und zwar – ich zitiere –:

"Aus demografischen und strukturellen Gründen kann auf Fachleistungskurse verzichtet werden."

(*Robert Heinemann CDU: Aus demografischen Gründen in Hamburg? Das ist in Brandenburg der Fall!*)

– Und aus schulstrukturellen Gründen; Sie müssen immer beides hören.

Schauen wir doch einmal ins Schulgesetz, Herr Heinemann. In Paragraph 15 Hamburgisches Schulgesetz steht für die Stadtteilschulen und die Gymnasien – ich zitiere –:

"Die Schulen ermöglichen individuelles Lernen durch innere und äußere Differenzierung."

Ich wiederhole: Durch innere und äußere Differenzierung an Stadtteilschulen und Gymnasien. Bei der äußeren Differenzierung vergessen Sie die Gymnasien immer. Ich möchte daran erinnern, dass wir 2010 in sechs Sitzungen à fünf Stunden alle, bis auf die FDP, zusammengesessen und Änderungen des Schulgesetzes beraten haben. Damals haben wir genau diesen Satz, den ich eben zitiert habe, vorgeschlagen. Wir haben den alle beschlossen, und die CDU hat dem zugestimmt. Ich fragte mich, warum Sie jetzt wieder alles zurückdre-

(Dora Heyenn)

hen wollen. Wollten Sie nicht den Schulfrieden? Sie wollten den Schulfrieden.

(Robert Heinemann CDU: Und äußere Differenzierung!)

– Man kann beides machen, aber Sie wollen auf jeden Fall, dass in den Stadtteilschulen äußere Differenzierung stattfindet, eine weitere Separierung.

(Hans-Detlef Roock CDU: Regen Sie sich doch nicht so auf!)

– Wenn man sich nicht mehr aufregt, dann braucht man sich nicht mehr hier vorn hinzustellen.

Wenn Sie selbst einmal in den Unterricht gehen, dann werden Sie feststellen, dass es auch pädagogisch der falsche Weg ist.

(Beifall bei der LINKEN – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Heinemann?

Dora Heyenn DIE LINKE: Aber natürlich.

Zwischenfrage von Robert Heinemann CDU:* Frau Heyenn, ich erinnere mich an die Diskussion sehr genau. Sie haben auf das Wort "und" großen Wert gelegt. Im Moment findet an vielen Stadtteilschulen gar keine äußere Differenzierung mehr statt, also nur eine innere Differenzierung. Genau das Wort "und" bedeutet Nichterfüllung. Genau um das Wort "und" geht es uns.

Dora Heyenn DIE LINKE (fortfahrend): Ich glaube, Sie sind hier falsch informiert. Ich weiß von Stadtteilschulen, dass es in Englisch und in Mathematik auch äußere Differenzierung gibt. Auf dieses "und" lege ich auch sehr großen Wert, und das bedeutet nicht nur äußere Differenzierung.

(Beifall bei der LINKEN)

Äußere Differenzierung ist schon häufig kritisiert worden. Erziehungswissenschaftler weisen darauf hin, dass sie desintegrierend wirkt. Die Fachleistungskurse haben gerade an den Gesamtschulen dazu geführt, dass sie von einer förderorientierten zu einer ausleseorientierten Schule gewandelt wurden. Das bestätigt auch eine Anfrage, die wir als LINKE gestellt haben. Wir haben natürlich gefragt, wie das mit den Fachleistungskursen in Englisch, Deutsch und Mathe zum Beispiel funktioniert. Es ist festgestellt und uns geantwortet worden: In dem Moment, wo ich die Hauptfächer äußerlich in A- und B- oder G- und E-Gruppen aufteile, sind die Jungen die Verlierer auf dieser Strecke und haben viel schlechtere Noten und viel schlechtere Leistungen und Kompetenzen.

Wenn die CDU Fachleistungskurse an Stadtteilschulen einführen will, dann zerstören Sie auch

viele Ansätze von gemeinsamem und individualisiertem Lernen. Gerade das macht doch für viele Eltern die Stadtteilschulen attraktiv. Warum sind denn die Max-Brauer-Schule und die Winterhuder Reformschule von den Eltern derart nachgefragt? Warum werden die denn so oft ausgezeichnet? Weil sie jahrgangsübergreifenden Unterricht machen, weil sie integrativen Unterricht machen, weil sie individualisierten Unterricht machen, deswegen haben sie diese großen Erfolge. Das würde mit Ihrem Antrag alles zerstört werden. Deshalb lehnen wir das ab.

(Beifall bei der LINKEN und bei Lars Holster SPD)

Auch zu diesem Punkt kann man nur sagen, dass Ihre Vorschläge die Stadtteilschulen schwächen würden.

Bei Punkt 7 gebe ich Ihnen Recht. Es hat mich als Naturwissenschaftlerin auch schon sehr aufgeregt, dass im Zeugnis unter Naturwissenschaften die Note 3 steht, wenn ein Schüler in Biologie eine eins hat und in Chemie und Physik eine vier. Das hat die gleiche Wertung wie Philosophie 3. Das geht nicht, da geben wir Ihnen vollkommen Recht. Wir appellieren hier auch an den Senat, und ich glaube, erste Schritte sind gemacht. Das muss auf jeden Fall wieder geändert werden. Das ist keine Wertschätzung der Naturwissenschaften und der Leistung der einzelnen Schüler in den einzelnen Fächern.

Was die Punkte 9 und 10 betrifft, ist festzustellen, dass auch hier die CDU das Schulgesetz wieder zurückdrehen will. Es ist zwar richtig, dass die Behörde pro Klasse nur vier Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf vorsieht. Doch ist dann wieder die Frage: Warum nur an Stadtteilschulen und nicht auch an Gymnasien? Wenn Sie dann noch fordern, dass von diesen vier Kindern maximal eines mit Förderbedarf bei sozialer und emotionaler Entwicklung, was Sie lax verhaltensgestört nennen, sein darf, dann kommen wir natürlich wieder in die Einzelfalldiagnose. Das ist in langen Diskussionen und bei Expertenanhörungen abgelehnt worden. Wenn man sich das genau ansieht, dann machen Sie davon die Ressourcenzuweisung abhängig. Das würde für die Stadtteilschulen, was Inklusion betrifft, nicht mehr, sondern weniger Ressourcen bedeuten. Auch deswegen lehnen wir das ab. Wir sind der Auffassung, dass es eine Schwächung der Stadtteilschulen ist.

Insgesamt legen Sie mit Ihrem 10-Punkte-Programm im Grunde einen Totalumbau der Stadtteilschulen vor, der für diese Schulen keine Stärkung, sondern eine Schwächung ist. Deshalb sind wir der Auffassung, dass man dem Antrag der CDU bis auf diesen einen Punkt auf keinen Fall folgen sollte.

(Dora Heyenn)

(Beifall bei der LINKEN – *Dietrich Wersich*
CDU: Manchmal hat auch die Minderheit recht!)

Präsidentin Carola Veit: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, können wir zur Abstimmung kommen.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache an den Schulausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir stimmen in der Sache ab. Vonseiten der Fraktionen der GRÜNEN, der FDP und der LINKEN ist eine ziffernweise Abstimmung beantragt worden. Wir beginnen mit den Ziffern 1, 2 und 3 des CDU-Antrags.

Wer möchte diese annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Ziffern 1, 2 und 3 abgelehnt.

Wir kommen zu Ziffer 4.

Wer möchte sich dieser anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 4 mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zu Ziffer 5.

Wer stimmt zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 5 abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 6 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann hat auch Ziffer 6 keine Mehrheit gefunden.

Wir kommen zu Ziffer 7.

Wer möchte hier seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch Ziffer 7 abgelehnt.

Wer schließt sich Ziffer 8 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 8 ist abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 9 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 9 ist abgelehnt.

Wer stimmt Ziffer 10 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 10 ist abgelehnt.

Wer möchte dem Berichtersuchen zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist damit abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 38, Drucksache 20/8017, Antrag der GRÜNEN Fraktion: Kommunales Wahlrecht für Bürgerinnen und Bürger aus Nicht-EU-Ländern.

**[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
 Kommunales Wahlrecht für Bürgerinnen und Bürger aus Nicht-EU-Länder
 – Drs 20/8017 –]**

Hierzu liegt Ihnen ein Antrag der FDP-Fraktion vor, Drucksache 20/8158.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
 Kommunales Wahlrecht für Bürgerinnen und Bürger aus Nicht-EU-Ländern
 – Drs 20/8158 –]**

Beide Anträge sollen auf Wunsch der SPD- und der Fraktion an den Verfassungs- und Bezirksausschuss überwiesen werden.

Wer wünscht das Wort? – Frau Demirel, bitte.

Phyliss Demirel GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bei den Wahlen 2011 habe ich meine Nachbarin, die sechs Monate zuvor aus Portugal gekommen war, um in Hamburg zu arbeiten, im Wahllokal getroffen. Sie darf bei den Bezirksversammlungswahlen wählen. Auf dem Rückweg sah ich meinen Nachbarn aus der Türkei vor der Bäckerei und habe ihn angesprochen, ob er auch wählen war. Das war wohl die falsche Frage. Daraufhin hat er ein langes Referat gehalten, dass er nun schon seit weit mehr als 30 Jahren hier lebe, seine Enkelkinder in die Schule gingen und er es unmöglich fände, nicht einmal bei den Bezirksversammlungswahlen wählen zu dürfen. Er hat recht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Er fuhr fort: Ich werde hier behandelt wie ein Bürger zweiter Klasse. Warum hat ein EU-Bürger mehr Rechte als ich. Ich wohne doch länger als viele EU-Bürgerinnen und EU-Bürger in diesem Land, sogar viel länger als die Bundeskanzlerin. Dann meinte er: Ich habe doch dieses Land mit aufgebaut,

(*Olaf Ohlsen* CDU: Dann kann er ja den deutschen Pass beantragen!)

und mit meinen Steuern werden hier Straßen saniert und Schulen gebaut. Warum muss ich mich unbedingt einbürgern lassen, um hier vor Ort entscheiden zu dürfen? Für ihn war das eine Frage der Gerechtigkeit.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Meine Damen und Herren, es ist unglaublich laut. Vielleicht können wir ein bisschen mehr der Rednerin lauschen. Fahren Sie fort, Frau Demirel.

Phyliss Demirel GRÜNE (fortfahrend): Danke schön. – Ich habe ihm Anfang der Woche von unserem Antrag berichtet und er schaute mich einfach an und sagte: Lieber spät als nie, Frau Demirel, ich bin sehr gespannt, was als Ergebnis herauskommt.

(Phylliss Demirel)

Richtig, meine Damen und Herren, lieber spät als nie. Es ist schon 22 Jahre her, dass das Bundesverfassungsgericht zum staatlichen und kommunalen Wahlrecht ein Urteil gefällt hat, dass das Wahlrecht direkt an die deutsche Staatsbürgerschaft gekoppelt hat. Zwei Jahre danach war diese Rechtsprechung schon überholt. Angestoßen durch das Europarecht änderte der Bundestag den Artikel 28 des Grundgesetzes und führte das kommunale Wahlrecht für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger ein. Dem folgte das Wahlrecht zu den Europaparlamentswahlen. Das war eine Kehrtwende im Wahlrecht.

Seitdem ist das Wahlrecht in Deutschland nicht mehr an die deutsche Staatsangehörigkeit gebunden, sondern an den ständigen Wohnsitz. Ob jemand wahlberechtigt ist, richtet sich nicht mehr nach der Staatsangehörigkeit, sondern, zumindest bei den EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern, ganz einfach danach, ob jemand seinen Wohnsitz in Deutschland hat. Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit aus Nicht-EU-Ländern wurde dieses Recht aber bislang nicht eingeräumt. Dieser Teil unserer Bevölkerung ist von der politischen Teilhabe ausgeschlossen. Durch dieses Demokratiedefizit dürfen Millionen Menschen in Deutschland nicht dort wählen, wo sie leben. Das können wir nicht länger hinnehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Es kann nicht sein, dass Menschen, die seit Jahrzehnten hier leben, die zum Wohlstand beitragen, ihre Steuern zahlen, ihre Kinder und Enkelkinder in die Schule schicken, zur Mitwirkung an Staat und Gesellschaft aufgerufen werden, aber keinerlei Einfluss auf Entscheidungen haben, die ihr Lebensumfeld betreffen. So können wir nicht weitermachen.

In Hamburg lebten Anfang 2002 rund 238 000 Migrantinnen und Migranten ohne deutsche Staatsangehörigkeit, davon kommen etwa ein Drittel aus EU-Ländern und zwei Drittel aus Nicht-EU-Ländern. Die Zahl der Nicht-EU-Bürger im wahlberechtigten Alter ohne deutsche Staatsangehörigkeit beträgt rund 145 000. Diese 145 000 Leute leben in Hamburg ohne Stimmrecht. Wenn wir die Integration aber als gleichberechtigte Teilhabe auf allen Ebenen definieren, wozu auch die politische Partizipation gehört, läuft hier einiges schief. Während EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern nach einem dreimonatigen Aufenthalt in Hamburg das kommunale Wahlrecht zusteht, dürfen Menschen, die seit 20, 30 Jahren hier leben, nicht mitbestimmen, wenn es um Angelegenheiten in ihrer Kommune geht. Dafür gibt es keine vernünftige Erklärung.

In vielen europäischen Ländern ist das kommunale Wahlrecht eine Selbstverständlichkeit, so in Estland, Finnland, Luxemburg, Schweden, Dänemark, Belgien oder in den Niederlanden. Die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, der

Ausschuss der Regionen haben in vielen Beschlüssen dazu aufgefordert, auch Bürgerinnen und Bürger aus Nicht-EU-Ländern das kommunale Wahlrecht einzuräumen. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen und Verbände unterstützen diese Forderung, wie der DGB in Hamburg. Wir müssen endlich diese Benachteiligung von Drittstaatsangehörigen aus dem Weg räumen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Tim Golke*
DIE LINKE)

Die Stadt Bremen hat im vergangenen Jahr diesen Schritt gewagt, ein kommunales Wahlrecht für Bremen und Bremer, die weder die deutsche Staatsangehörigkeit noch eine andere EU-Staatsbürgerschaft besitzen, einzuführen. Das Gesetz zur Ausweitung des Wahlrechts wurde in der Bremischen Bürgerschaft im Januar 2013 in erster Lesung beschlossen und dem Staatsgerichtshof zur Prüfung vorgelegt. Auch der Schleswig-Holsteinische Landtag forderte die Landesregierung im April 2013 auf, durch eine Bundesratsinitiative die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass dauerhaft in Deutschland lebende Drittstaatsangehörige das aktive und passive Wahlrecht für Kommunalwahlen erhalten. Auch Hamburg sollte diesen Weg gehen. Wir wollen mit unserem Antrag die rechtlichen Möglichkeiten der FHH prüfen lassen, das kommunale Wahlrecht auf die Hamburgerinnen und Hamburger auszuweiten, die nicht aus EU-Ländern kommen und ihren ständigen Wohnsitz in Hamburg haben. Gleichzeitig fordern wir mit unserem Antrag den Senat auf, eine Bundesratsinitiative zum kommunalen Wahlrecht auf den Weg zu bringen und sich vorhandenen Bundesinitiativen anzuschließen.

Meine Damen und Herren! Hier geht es nicht um irgendwelche Klientelpolitik oder Wahlkampfgetöse.

(*Kai Voet van Vormizeele* CDU: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Hier geht es um Teilhabe und Chancengleichheit. Hier geht es um die Gerechtigkeit. Wir können noch so viele Maßnahmen und Projekte und Konzepte erstellen, das wird nicht viel helfen, solange nicht alle Menschen demokratische Mitgestaltungsrechte haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Christiane Schneider* und *Mehmet Yildiz*, beide *DIE LINKE*)

Zum Schluss würde ich gern, wie Ihr Genosse Björn Tschöper aus Bremen, Willy Brandt zitieren. Willy Brandt sagte zur parlamentarischen Demokratie:

"Solche demokratische Ordnung braucht außerordentliche Geduld im Zuhören und außerordentliche Anstrengung, sich gegenseitig zu verstehen. Wir wollen mehr Demokra-

(Phylliss Demirel)

tie wagen. Wir werden unsere Arbeitsweise öffnen."

Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat Frau Steppat.

(Anja Hajduk GRÜNE: Jetzt gibt es Zustimmung zum Antrag, nicht, Frau Steppat? – Gegenruf von Ksenija Bekeris SPD: Wenn Sie das Integrationskonzept gelesen hätten, dann wüssten Sie es längst!)

Sabine Steppat SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich gleich zu Beginn meiner Rede betonen, dass sich die SPD für das kommunale Wahlrecht von Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürgern einsetzt.

(Farid Müller GRÜNE: Dann müssen Sie auch mal klatschen!)

Das Thema ist nicht neu. Ich möchte nur zwei Stationen aus der Vergangenheit nennen. Erstens: Die SPD forderte bereits in ihrem Grundsatzprogramm von 1989, Ausländerinnen und Ausländern das kommunale Wahlrecht einzuräumen. Zweitens: Es hat dazu in der Bürgerschaft in der vergangenen Legislaturperiode auch von unserer Fraktion mehrere Initiativen gegeben.

Seit 1992 dürfen EU-Bürgerinnen und -Bürger bei Kommunalwahlen mitwählen. Ein Kommunalwahlrecht für alle Ausländer erfordert eine Grundgesetzänderung. Schon 1993 hat die SPD auf Bundesebene versucht, in der gemeinsamen Verfassungskommission eine solche Grundgesetzänderung herbeizuführen, leider ohne Erfolg. Weitere gesetzgeberische Aktivitäten auf Bundesebene scheiterten in den folgenden Wahlperioden stets an der strikten Ablehnung durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Auch in der Großen Koalition war die Union, obwohl es zwischen den Koalitionären vereinbart war, nicht bereit, dem SPD-Vorschlag zu folgen.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Frau Steppat, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Müller?

Sabine Steppat SPD (fortfahrend): Das möchte ich nicht, danke.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Ach, das ist doch ein Netter!)

In dieser Legislaturperiode hat die SPD-Bundestagsfraktion ebenfalls einen Antrag zur Änderung des Grundgesetzes eingebracht. Erreicht werden sollte durch Änderung von Artikel 28 Absatz 1 des

Grundgesetzes, dass die hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der EU besitzen, das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen erhalten. Der Gesetzentwurf wurde, ebenso wie die Initiativen der GRÜNEN und der LINKEN, von der schwarz-gelben Mehrheit im Bundestag abgelehnt. Das ist also die derzeitige Gefechtslage auf der entscheidenden Ebene, der Bundesebene. Wir können nur hoffen, dass nach der Bundestagswahl im September die schwarze Blockadehaltung aufgegeben wird und man nicht einfach einem hier lebenden Anteil der Bevölkerung das Recht auf politische Mitwirkung verwehrt.

(Beifall bei der SPD)

Eines ist klar: Für eine Grundgesetzänderung braucht es eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat.

(Dietrich Wersich CDU: Zum Glück!)

Die ist, das wissen wir alle, nur dann möglich, wenn sich auch die Union bewegt und den hier lebenden Ausländerinnen und Ausländern endlich ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird. Andere Länder haben uns das längst vorgemacht, wie Frau Demirel bereits ausgeführt hat. Damit komme ich zurück auf die Landesebene. Dass auch dieser Senat das Ziel verfolgt, Ausländerinnen und Ausländern das kommunale Wahlrecht zu verleihen, hat er unter anderem gerade im Hamburger Integrationskonzept ausdrücklich betont.

(Beifall bei der SPD)

In dem Anfang des Jahres beschlossenen Konzept, mit dem wir in Hamburg große Fortschritte in der Integrationspolitik einleiten konnten, wurde hierzu im Kapitel "Einbürgerung und politische Mitgestaltung" formuliert – Zitat –:

"Außerdem sollten nach dem Willen des Senats auch Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger auf kommunaler Ebene wählen dürfen."

– Zitatende.

(Farid Müller GRÜNE: Was machen Sie dafür?)

Im nachfolgenden Satz kommt dann der wichtige Hinweis, dass dies jedoch nicht auf Landesebene entschieden werden kann, da es sich hierbei um Bundesrecht handelt. Auch Bundesratsinitiativen hat es zu dem Thema schon gegeben. 1997 beschloss der Bundesrat einen Gesetzentwurf mit rot-grüner Mehrheit. 2007 gab es einen Gesetzesantrag des SPD-regierten Landes Rheinland-Pfalz. So wird in Punkt 2 des Petitums des hier vorliegenden Antrags der GRÜNEN auch wieder gefordert, dass wir uns einer Bundesratsinitiative zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-Staatsangehörige anschließen sollten. Ich denke aber, und ich habe schon ausführlich darauf hinge-

(Sabine Steppat)

wiesen, dass dieses Unterfangen angesichts der bestehenden Zusammensetzung auf Bundesebene und der wiederholten Ablehnung im Bundestag wenig erfolgversprechend ist.

(*Farid Müller GRÜNE*: Deswegen ist der Bremer Vorstoß doch umso wichtiger! – *Anja Hajduk GRÜNE*: Genau!)

Nun beschreibt der vorliegende Antrag der GRÜNEN auch Initiativen anderer Bundesländer, so auch die aus Bremen. Anfang 2013 wurde in erster Lesung ein Gesetz zur Einführung des Wahlrechts für EU-Bürger zur Bremer Bürgerschaftswahl sowie für Nicht-EU-Bürger zur Wahl der dortigen Stadtparlamente beschlossen.

(Beifall bei der SPD – *Katharina Fegebank GRÜNE*: Was sagt die SPD-Fraktion dazu? – Gegenruf von *Ksenija Bekeris SPD*: Das haben wir doch schon gesagt!)

Dabei hat sich der zuständige Ausschuss einer Rechtsmeinung angeschlossen, dass die Bindung der Länder an den Staatsvolkbegriff mit der Änderung von Artikel 28 Grundgesetz zur Öffnung des Kommunalwahlrechts für EU-Bürger aufgehoben worden sei. Die Bürgerschaft in Bremen hat nun von der dort bestehenden Möglichkeit der präventiven Normenkontrolle Gebrauch gemacht. Der Bremer Staatsgerichtshof prüft gegenwärtig also die verfassungsrechtliche Tragfähigkeit. Die zweite Lesung ist bis zu einer Entscheidung des Staatsgerichtshofs über die Verfassungsgemäßheit ausgesetzt.

(*Jens Kerstan GRÜNE*: Was denken Sie denn jetzt? Finden Sie das alles gut?)

Wir sind also in Hamburg gut beraten, wenn wir das Ergebnis dieser Entscheidung abwarten und in die Überlegungen für unser weiteres Handeln einbeziehen.

(Beifall bei der SPD)

Dies macht auch Sinn mit Blick auf das Petition im Antrag der GRÜNEN. In Punkt 1 wird die Prüfung einer Einführung des Wahlrechts zu den Bezirksversammlungen für Nicht-EU-Staatsangehörige gefordert. Eine neue Sachlage ist aber erst mit dem Urteil des Staatsgerichtshofs Bremen zu erwarten, weil wir dann erstmalig neben den Rechtsmeinungen der Rechtslehre auch eine aktuelle landesverfassungsgerichtliche Rechtsmeinung hätten. Noch einmal möchte ich betonen, dass es unser Anliegen ist, auf allen Ebenen die Integration von in Deutschland lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern umfassend zu fördern. In Hamburg haben wir dafür das Integrationskonzept auf den Weg gebracht, in dem sich der Senat übrigens auch vorgenommen hat, die gleichberechtigte Beteiligung von ausländischen Staatsangehörigen im Rahmen der Hamburger Volksgesetzgebung zu prüfen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich abschließend auf zwei Initiativen dieses Senats zu sprechen kommen, von denen Nicht-EU-Bürger entscheidend profitieren werden. Im Herbst 2011 hat der Senat die größte Einbürgerungsinitiative seiner Geschichte gestartet.

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh! – *Ksenija Bekeris SPD*: Das gefällt Ihnen wohl nicht! – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Lassen Sie Frau Steppat doch bitte ausreden.

Sabine Steppat SPD (fortfahrend): Bürgermeister Olaf Scholz hat rund 137 000 in Hamburg lebende Menschen mit Migrationshintergrund ohne deutschen Pass angeschrieben und sie aufgefordert, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen. Diese Initiative des Senats ist auf großes Interesse gestoßen und hat zu einem Schub bei den Einbürgerungen geführt.

(Beifall bei der SPD – *Klaus-Peter Hesse CDU*: Wer hat Ihnen das denn aufgeschrieben?)

Sie hat zur Folge, dass Menschen mit Migrationshintergrund volle Mitwirkungsrechte erhalten, insbesondere das volle aktive und passive Wahlrecht, das für alle Parlamente auf allen politischen Ebenen gilt. Außerdem setzen wir uns für die Ermöglichung der doppelten Staatsbürgerschaft und die Abschaffung des Optionszwangs auf Bundesebene aktiv ein.

(Beifall bei der SPD)

Hamburg will das unter anderem mithilfe einer Bundesratsinitiative erreichen. Die Menschen, die danach die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben, würden dann das volle Wahlrecht erhalten.

Meine Damen und Herren! Den Antrag der GRÜNEN und auch den Zusatzantrag der FDP sollten wir an den Verfassungsausschuss überweisen, um dort auch mit Blick auf die Entscheidung des Bremer Staatsgerichtshofs über das weitere Vorgehen und die einzelnen rechtlichen Details zu beraten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat Herr Voet van Vormizeele.

(*Ksenija Bekeris SPD*: Auch die CDU macht mit! – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Wenigstens bei der Überweisung macht die CDU mit!)

Kai Voet van Vormizeele CDU: – Auch hier, lieber Kollege Dr. Dressel, muss ich Sie enttäuschen. Wir werden bei der Überweisung nicht mitmachen.

(Kai Voet van Vormizeele)

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh!)

Ich finde es sehr faszinierend, was wir eben gehört haben, und das alles, Frau Demirel, hat überhaupt nichts mit dem 22. September zu tun.

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Das hat überhaupt nichts mit Wahlkampf zu tun. Ich freue mich schon auf die vielen Themen, die in den nächsten Sitzungen alle wieder aufkommen werden und die komischerweise allesamt mit Wahlkampf nichts zu tun haben. In der vorigen Sitzung war es die doppelte Staatsangehörigkeit. Hier trauen Sie doch offensichtlich Ihrem eigenen Beschluss nicht richtig, denn wenn Sie wirklich die doppelte Staatsangehörigkeit als das Nonplusultra fordern, warum wollen Sie dann eigentlich noch das kommunale Wahlrecht einführen?

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Weil es auch an Ihnen scheitert!)

Mit der doppelten Staatsangehörigkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, hätten Sie doch längst das, was Sie haben wollen, aber hier trauen Sie Ihrer eigenen Begründung offensichtlich nicht.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde auch den Beitrag, den die Kollegin eben vorgelesen hat, sehr faszinierend. Die Aussage war deutlich: Wir als Sozialdemokraten stehen hier weit vorn, sehr weit vorn. Wir haben das schon seit Jahren gefordert, und deshalb überweisen wir den Antrag nun zur Prüfung an den Ausschuss. Sie sollten sich wirklich einmal selbst fragen, was Sie eigentlich beschließen. Sie haben eben all die hervorragenden Anträge, die Sie schon gestellt haben und was Sie alles beschließen wollten, aufgezählt. Sie haben aber offensichtlich große Zweifel daran, ob das, was Sie beschließen wollen, überhaupt rechtlich zulässig ist und, mit Verlaub, zu Recht. Es ist mit unserer Verfassung schlichtweg nicht vereinbar. Das wissen auch die Kollegen in Bremen.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt, glaube ich, nicht allzu viele Bundesländer, die in ihrer Verfassung diese präventive Normenkontrolle stehen haben. Die ist für Politiker ganz toll. Man beschließt erst einmal jeden Blödsinn, und dann fragt man vorsichtshalber ein Gericht, ob man das überhaupt beschließen darf. Das haben wir glücklicherweise in Hamburg nicht, und auch der Bund hat es nicht.

Es hat sich unserer Auffassung nach nichts verändert. Aus unserer Sicht ist es der richtige Weg, dass EU-Bürger natürlich das kommunale Wahlrecht haben, und ich finde es bemerkenswert, Frau Demirel, wie wenig Sie eigentlich den Unterschied zwischen einem EU-Bürger und einem Drittstaatsbürger verstanden haben. Wir haben eine europäische Bewegung, die genau die EU geschaffen hat

und die nicht nur irgendein loses Wirtschaftsbündnis ist. Wir wählen im nächsten Jahr wiederum ein gemeinsames europäisches Parlament, und wir haben so etwas wie eine europäische Staatsangehörigkeit, an der wir seit langer Zeit arbeiten. Das ist ein riesiger Unterschied, und wenn Sie das nicht verstehen, dann tun Sie mir leid. Dann haben Sie auch den Grundgedanken, der Europa eigentlich ausmacht, nicht verstanden.

(Zuruf von Mehmet Yildiz DIE LINKE)

– Ich freue mich, dass Sie sich darüber aufregen, aber es wird daran auch nicht viel ändern, liebe Kollegen.

(Glocke)

– Sofort, ich will nur einen Satz zu Ende bringen, dann darf Frau Demirel gerne fragen.

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass die Mehrheiten im Bundestag dafür nicht vorhanden gewesen sind und es auch nicht sein werden, und das, liebe Kollegen, ist auch gut so. – Frau Demirel.

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Sie machen mich um 21 Uhr richtig arbeitslos. Frau Demirel hat das Wort, das ist schon okay.

Kai Voet van Vormizeele CDU: Ich dachte mir, es geht schneller.

Zwischenfrage von Phyliss Demirel GRÜNE: Ich möchte Sie noch einmal kurz fragen, ob Sie wissen, dass auch einige Kollegen im Hamburger Westen unseren Antrag in gewisser Weise interessant finden?

Kai Voet van Vormizeele CDU (fortfahrend): Die Kollegen im Hamburger Westen, da gebe ich Ihnen recht, fanden das sehr interessant. Sie haben dann noch einmal nachgefragt und sich überlegt, ob es wirklich eine gute Idee ist, das gut zu finden, nachdem Sie gerade Ihren Antrag gelesen haben. Die Formulierungen in diesem Antrag – besonders im Antrag in der Bezirksversammlung, der noch viel faszinierender ist – zeigen, mit welchem staatsrechtlichen Feingefühl Sie arbeiten. Da wird die Innenbehörde aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, und danach sollen Innenbehörde und Senat gemeinsam in den Bundesrat gehen. Sie zeigen, welche diffizile Kenntnisse Sie von unserem Staatsrecht in Hamburg haben. Verehrte Kollegen, dieser Antrag führt nicht zum richtigen Ergebnis. Wir werden hier heute erneut Nein sagen,

(Zuruf von Anja Hajduk GRÜNE – Jens Kerstan GRÜNE: Mehr ist da nicht, oder was?)

und seien Sie ganz sicher, dass auch die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag dazu nicht Ja sagen

(Kai Voet van Vormizeele)

wird. Wir werden bei dem bleiben, was wir bisher gesagt haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Kaesbach.

Martina Kaesbach FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Damen und Herren! Frau Steppat, Ihr Agieren ist sehr durchsichtig. Sie winden sich und wollen die beiden Anträge überweisen mit einem Argument, das wirklich herbeigeholt ist, mit dem Abwarten auf das Ergebnis der Prüfungen durch den Bremer Staatsgerichtshof. Stimmen Sie doch dem FDP-Antrag zu.

(*Kazim Abaci SPD:* Was machen Sie denn in Berlin?)

Dessen Petition 1 ist ganz klar, da steht geschrieben: gleiche Unterstützung der Bundesinitiativen, die eben schon laufen.

(*Kazim Abaci SPD:* Was machen Sie denn im Bundestag?)

Wir kennen das doch: Sie zögern die Behandlung im Ausschuss hinaus, bis der Senat vortprescht, eine eigene Initiative startet und sich wieder einmal feiern lässt.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Sie denken immer so negativ!)

Herr van Vormizeele, Sie lenken ab mit Verweisen auf die doppelte Staatsbürgerschaft und dass die Verfassung geändert werden müsse. Die Verfassung muss geändert werden, das wissen wir auch,

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das müssen Sie mal in Berlin besprechen!)

insofern muss man da einfach auf Bundesebene eine Initiative starten. Wir haben gehört, woran es liegt und wodurch es gebremst wurde. Seien Sie doch ehrlich und sagen ganz offen, dass Sie Drittstaatlern das kommunale Wahlrecht einfach nicht zugestehen wollen.

(*Ksenija Bekeris SPD:* Dann lesen Sie sich das doch mal durch, Frau Kaesbach!)

Die FDP-Fraktion schließt sich der Intention des GRÜNEN-Antrags an. Ein kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige zu fordern und einzuführen ist wichtig und richtig,

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei den GRÜNEN und bei *Tim Golke DIE LINKE*)

nicht zuletzt, weil die Forderung eine urliberale Forderung ist. So trieb der damalige Kultur- und Wissenschaftssenator und zudem Zweite Bürgermeister Hamburgs, Ingo von Münch, die Einführung eines Gesetzes zur Einführung des Wahl-

rechts für Ausländer zu den Bezirksversammlungen vom 20. Februar 1989 maßgeblich voran.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Was ist denn daraus geworden?)

– Wir hören es gleich.

Das hatte auch seinen Grund, Herr Dr. Dressel. Damals wurde genau dieses Gesetz vom Bundesverfassungsgericht für unvereinbar mit dem Grundgesetz erklärt. Warum? Weil nur alle Macht vom Volke und damit damals nur von den deutschen Staatsangehörigen ausgehen durfte. Mittlerweile, das haben wir hier schon mehrfach gehört, hat Artikel 28 Grundgesetz eine Reform erfahren, und so dürfen EU-Bürger bereits an Wahlen für die Kreise und Gemeinden teilnehmen.

Genau dieses Wahlrecht soll nun nach unseren Vorstellungen auch Nicht-EU-Bürgern möglich sein. Genau dieses ist aber nur durch eine Änderung des Grundgesetzes möglich. Der Wortlaut von Artikel 28 Grundgesetz ist dahingehend mehr als eindeutig. Daher macht ein Prüfauftrag, so wie die GRÜNEN es in ihrem Antrag fordern, keinen Sinn. Warum prüfen, wenn wir das Ergebnis schon kennen? Daher fordern wir klar und deutlich, dass sich auf Bundesebene aktiv für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige eingesetzt und sich vorhandenen Initiativen anderer Bundesländer angeschlossen wird, damit das Grundgesetz geändert werden kann.

(Beifall bei der FDP)

Im Anschluss an die Grundgesetzänderung sollte das hamburgische Gesetz über die Wahl zu den Bezirksversammlungen in Paragraf 4 Absatz 2 entsprechend angepasst werden. Auch hierfür ist der geforderte Prüfauftrag der GRÜNEN aus unserer Sicht nicht notwendig. Während die GRÜNEN das kommunale Wahlrecht ohne Voraussetzungen vergeben wollen, setzen wir einen legalen Aufenthalt in Deutschland von fünf Jahren voraus. Wir bleiben bei dieser Forderung unter der relativ hohen Bedingung für die Einbürgerung, denn eine Einbürgerung erfolgt in der Regel erst nach acht Jahren legalen Aufenthalts in Deutschland. Nach fünf Jahren ist aber davon auszugehen, dass der Nicht-EU-Bürger die Sprache und die behördlichen wie auch die kulturellen Verhältnisse hier kennengelernt und auch einen Eigenbezug zu diesem Land entwickelt hat.

(Zuruf von *Mehmet Yildiz DIE LINKE*)

Hält sich ein Drittstaatsangehöriger fünf Jahre lang legal und rechtmäßig in Deutschland auf, so soll ihm die Möglichkeit eröffnet werden, sowohl das passive als auch das aktive Wahlrecht auszuüben. Wer hier lebt, arbeitet und Teil der Gesellschaft ist, sollte auch an der Gestaltung des Gemeinwesens teilnehmen können.

(Beifall bei der FDP)

(Martina Kaesbach)

Er sollte bestimmen dürfen, wie seine gezahlten Steuern, zumindest kommunal, verwendet werden. Er sollte sich einbringen und seine Umgebung mitgestalten dürfen. Gerade unserer Weltstadt Hamburg, wie sie von so vielen betitelt wird, steht es gut an, für das kommunale Wahlrecht von Drittstaaten einzutreten.

Deshalb fordere ich Sie auf, unserem Zusatzantrag zuzustimmen. Wir begrüßen es schon, dass die SPD-Fraktion der Überweisung zustimmen wird. Geben Sie unseren in Hamburg lebenden Nicht-EU-Bürgern die Möglichkeit, sich vor Ort einzusetzen und ihre Umgebung mitzugestalten. Lassen Sie uns jetzt eine Bundesratsinitiative starten, um dann in Hamburg loslegen zu können. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Golke.

Tim Golke DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr van Vormizeele, ich finde es schon fragwürdig, das Wahlrecht, und sei es das Wahlrecht für Menschen aus Nicht-EU-Mitgliedsstaaten, als Quatsch zu bezeichnen.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Wann habe ich das Wort Quatsch gesagt? Das sagen Sie mir bitte!)

– Gerade eben. Irgendeinen Quatsch an den Staatsgerichtshof in Bremen, so Ihre Worte. Das können wir gerne klären, die Plenarprotokolle liegen demnächst vor.

(Dirk Kienscherf SPD: Können wir mal zum Thema kommen? – Jens Kerstan GRÜNE: Irgend so einen Quatsch beschließen, irgend so etwas war das!)

Wir haben einen Antrag der GRÜNEN, das ist gut, und wir unterstützen ihn, keine Frage. Ich habe mich ein bisschen damit auseinandergesetzt, was in der letzten Legislaturperiode so gelaufen ist, und das war ganz interessant.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Da gab es bestimmt einen Antrag der SPD!)

Da gab es einen Antrag der SPD und einen Antrag der LINKEN, die in einer Sitzung nach einer heftigen Debatte von den GRÜNEN mitabgelehnt wurden. Und Sie haben einen Antrag eingebracht, in dem steht:

"Der Senat wird ersucht, der Bürgerschaft über die Entscheidungsfindung zum kommunalen Wahlrecht von Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürgern in Bundestag und Bundesrat regelmäßig zu berichten."

Zu einem solchen Antrag – nicht zum Wahlrecht, sondern zu etwas anderem –, der in diesem Haus unter meiner Anwesenheit beraten wurde, habe ich schon einmal gesagt, er habe den Regelungsgehalt eines Brötchenkorbs – und das trifft auf diesen auch zu.

Aber vielleicht bessern Sie sich. Vielleicht liegt es auch daran, dass Sie in der Opposition sind, oder möglicherweise – da stimme ich Herrn Voet van Vormizeele zu – liegt es daran, dass wir gerade Wahlkampf haben. Umso besser, aber dann frage ich mich, warum Sie für Hamburg das kommunale Wahlrecht, meint übersetzt natürlich das Wahlrecht zu den Bezirksversammlungen, fordern. Sie begründen das mit einem massiven Gewinn an Entscheidungsqualität, wobei die Liste dessen, was Bezirksversammlungen dürfen, doch wesentlich kürzer ist als die Liste dessen, was sie nicht dürfen, gerade hinsichtlich der Entscheidungsfragen, die auch in Ihrer Rede genannt wurden, Frau Demirel. Schulpolitik wird nicht in den Bezirksversammlungen gemacht, sondern – wir erleben es hier jede Sitzung wieder – in der Bürgerschaft. Ich will jetzt kein Bezirks-Bashing oder Ähnliches betreiben, aber ich fände es sinnvoll, weil Hamburg eine Sonderrolle einnimmt mit einem Landesparlament, das faktisch eine Zwitterrolle zwischen einer Kommunalvertretung und einem Landesparlament wahrnimmt, dass man sich auch damit auseinandersetzt, ob man nicht zum einen Menschen aus EU-Staaten und zum anderen auch Menschen aus Nicht-EU-Staaten das Wahlrecht für die Bürgerschaft ermöglicht. Es gibt eben gewichtige Themen, die in Flächenländern eher auf Kommunal-ebene angesiedelt sind – wenige Länder sind komplett Schulträger –, und das findet eher in Landkreisen, manchmal sogar in Samtgemeinden statt. Da könnte man sich eine hamburgische Lösung überlegen und im Zweifelsfall auch auf eine grundgesetzliche Regelung hinarbeiten, die die hamburgische Sonderkonstellation an dieser Stelle berücksichtigt. Das wäre aus unserer Sicht vernünftig, denn dass diese Menschen mitentscheiden können sollen und wahrscheinlich auch wollen, ist klar.

(Beifall bei der LINKEN)

Vielleicht wollen sie bei Wahlen auch mit darüber abstimmen, dass dieser Senat sich positiv zum Widerspruch der Bundesregierung gegen das europäische Fürsorgeabkommen im Bereich des SGB II geäußert hat und eben nicht mitmachen möchte bei Bundesratsinitiativen, die da laufen.

Ich möchte meine Rede schließen – wir unterstützen die Ausschussüberweisung genauso wie den Antrag – mit einem kleinen Hinweis in Richtung FDP. Es ist aus meiner Sicht nicht einzusehen, warum wir hier eine weitere Hürde einführen sollten. Die Hürde, die im Gesetz steht, sind drei Monate, die man – und Frau auch – in Hamburg ge-

(Tim Golke)

lebt haben muss, um zur Bezirkswahl oder zur Bürgerschaftswahl wahlberechtigt zu sein. Als ich nach Hamburg gekommen bin, wusste ich, wer der Hamburger Bürgermeister war, und ich wusste auch, wer es denn demnächst werden würde, aber von den Untiefen und Tiefen hamburgischer Politik hatte ich keine große Ahnung. Und ich komme immerhin nur aus dem 120 Kilometer weit entfernten Bremen.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Das hat sich geändert, aber ich war de facto nach drei Monaten wahlberechtigt. Ich sehe nicht ein, warum dann Menschen fünf Jahre warten sollen, die mit ähnlichen Voraussetzungen wie ich persönlich hierhergekommen sind.

(Beifall bei der LINKEN – *Dora Heyenn DIE LINKE*: Sagen Sie mal, wer da Bürgermeister war!)

– Der letzte Bürgermeister war schon abgewählt, als ich hergezogen bin, das war Ortwin Runde, und gewählt, aber noch nicht im Amt war Herr von Beust in der Koalition aus CDU, Schill und FDP.

(Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Es ging jetzt so lange gut, und Sie alle wissen, wann der Kollege Golke nach Hamburg gekommen ist. Jetzt sollten Sie auch seinem Schlusssatz zuhören.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Tim Golke DIE LINKE (fortfahrend): Ich möchte schließen mit einem Zitat aus dem gemeinsamen Appell des Runden Tisches Integration im Bezirk Altona vom 14. Februar 2013. Dort heißt es in der Begründung:

"Die politische Teilhabe über Wahlen und Abstimmungen ist eines der Kernelemente jeder demokratischen Verfassung, so auch unseres Grundgesetzes. Mitwählen bedeutet mitgestalten. Mitgestalten bedeutet Mitverantwortung und ist somit eine Voraussetzung für das Gelingen der Integration."

Dem gibt es nichts hinzuzufügen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Müller.

Farid Müller GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sollten alle nicht zu lange arbeiten, aber ein paar Worte möchte ich doch zum Abschluss dieses wichtigen Themas noch sagen.

(Zurufe von der SPD)

Von der CDU haben wir heute gelesen – Ihr Kollege Weinberg aus dem Bundestag –, sie würde gern mehr auf die sogenannten Ausländer zugehen, um etwas großstadttauglicher zu werden. Mit der Rede, die wir heute von Ihnen gehört haben, wird das nichts mit der Großstadttauglichkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN, vereinzelt bei der SPD und bei *Katja Suding FDP*)

Es ist nett von der FDP, dass sie diese Verfassungsänderung will, aber Sie sind am Drücker. Hätten Sie in Berlin auf die CDU eingewirkt, dann würden wir heute hier so nicht mehr darüber reden. Ihnen ist anderes wichtiger, das muss man zur Kenntnis nehmen, aber glaubwürdig war Ihre Rede hier heute nicht.

Auch von der SPD habe ich heute gelesen, man wolle nun einen Arbeitskreis auf Bundesebene gründen, aber dann frage ich mich, warum Sie unserem Antrag heute nicht zustimmen. Da steht nichts Böses drin.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der SPD)

Darin steht, dass Sie die Initiative der Bremer Genossen prüfen sollten. Man kann schon erwarten, dass die Kollegen in Bremen einmal etwas Schlaues machen, und das machen sie auch.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Hamburg muss immer von Bremen lernen!)

Die Bremer Genossen wagen nämlich die Öffnung. Oder wollen wir ewig auf die CDU warten?

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: So lange warten wir nicht!)

Das ist eine große Chance, und ich hätte mir gewünscht, Sie würden diese Chance heute nicht allein dem Ausschuss überlassen. Es wäre natürlich ein gutes Signal Richtung Bundestagswahl, dass wir daran arbeiten wollen, dass die Bremer Initiative in Hamburg ernst genommen wird. Natürlich müssen wir parallel über den Bundesrat arbeiten. Es mag sein, dass wir da zurzeit keine Zweidrittelmehrheit haben, aber das stört Sie bei der Fraueninitiative hinsichtlich der Quotenfrage auch nicht.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Dafür brauchen wir keine Zweidrittelmehrheit!)

Trotzdem ist es aber so, dass wir auch im Bundestag die CDU dafür brauchen, und wir müssen dafür kämpfen, auch über den Bundesrat, die Mehrheiten in diesem Land dafür zu organisieren, dass wir das Grundgesetz möglicherweise ändern müssen, wenn es in Bremen nicht gut ausgeht. Daran müsste der Senat jetzt arbeiten und nicht erst die Anträge an den Ausschuss überweisen. Ich habe auch gar nicht herausgehört, dass Sie dagegen sind, sondern ich habe jetzt irgendwie nur mitbekommen, das sei etwas Grünes, es komme in den

(Farid Müller)

Ausschuss, Sie fänden es irgendwie alles ganz gut, aber eigentlich wollten Sie es dann doch nicht über uns machen.

(Olaf Ohlsen CDU: Nun mach mal Schluss, das reicht!)

Das finden wir schade. Wir werden im Ausschuss natürlich die Bremer Lösung abwarten und dann gegebenenfalls wieder aktiv werden. Ich hoffe zumindest, dass wir dann auf Ihre Hilfe zählen dürfen. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Duwe.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Jetzt kommt Harburg!)

Dr. Kurt Duwe FDP:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Hamburgische Verfassungsgericht hat gerade entschieden, dass die Bezirksversammlungen, die wir in dieser Stadt haben, eigentlich keine richtigen kommunalen Parlamente sind und dass man da überhaupt keine Prozenzhürden haben muss. Die CDU ist scheinbar dagegen, dass man in diesen Verwaltungsausschüssen Nicht-EU-Bürger mitentscheiden lassen sollte, was ich sehr schade finde. Ich würde dafür werben, jetzt Nägel mit Köpfen zu machen und nicht nur zu prüfen. Für meine Person kann ich sagen, dass wir vielleicht noch ein, zwei Jahre warten sollten. Und wenn dann auf Bundesebene nichts passiert, dann sollte Hamburg sich einmal ein bisschen am Riemen reißen und sagen, wir versuchen es. Die Bezirksversammlungswahlen sind die niedrigschwelligsten Wahlen in Deutschland, und wenn wir mit diesen Parlamenten anfangen können, falls es auf Bundesebene eben nicht reicht, dann sollte man das versuchen.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das hat von Münch auch gesagt!)

Dann kommt irgendwann das Verfassungsgericht, und es kann sein – auf See und vor Gerichten weiß man das nie –, dass es uns zustimmt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, deshalb können wir zur Abstimmung kommen.

Wer einer Überweisung der Drucksachen 20/8017 und 20/8158 an den Verfassungs- und Bezirksausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit an den Ausschuss überwiesen.

Wir kommen zu Punkt 3, den Berichten des Eingabenausschusses, den Drucksachen 20/7922 und 20/7923.

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben – Drs 20/7922 –]

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben – Drs 20/7923 –]

Ich beginne mit dem Bericht 20/7922.

Wer sich der Empfehlung anschließen möchte, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 97/13 abgegeben hat, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wer der Empfehlung zu der Eingabe 195/13 folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch diese Eingabe ist mit Mehrheit angenommen.

Wer sich dann noch der Empfehlung zu der Eingabe 242/13 anschließt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch diese Eingabe ist mit Mehrheit angenommen.

Wer schließlich der Empfehlung 219/13 folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Die Eingabe ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Bericht 20/7923, hier zunächst zu Ziffer 1. Hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten.

Wer sich diesen anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Von der Ziffer 2 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

haben Sie erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer den Überweisungsbegehren unter B zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Die Überweisungsbegehren sind angenommen.

(Vizepräsidentin Barbara Duden)

Punkt 3d, Drucksache 20/7409, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Lernt jede Hamburger Schülerin und jeder Hamburger Schüler Hamburgs wichtigste Kulturinstitutionen kennen?

**[Große Anfrage der CDU-Fraktion:
Lernt jede Hamburger Schülerin und jeder
Hamburger Schüler Hamburgs wichtigste Kul-
turinstitutionen kennen?
– Drs 20/7409 –]**

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Schulausschuss überweisen.

Wer dem Überweisungsbegehren folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus der Drucksache 20/7409 Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zum Punkt 13, Drucksache 20/7948, der Unterrichtung der Präsidentin: Volkspetition "Hamburg atmet auf!".

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bür-
gerschaft:
Volkspetition "Hamburg atmet auf!"
– Drs 20/7948 –]**

Die Bürgerschaft hat gemäß Paragraf 6 Absatz 4 Satz 1 des Gesetzes über Volkspetitionen über das Zustandekommen der Volkspetition zu entscheiden.

Wer beschließen möchte, dass die Volkspetition zustande gekommen ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Gemäß Paragraf 6 Absatz 4 Satz 3 des Gesetzes über Volkspetitionen haben wir die Volkspetition nun an einen Ausschuss zu überweisen. Die Fraktionen haben gemeinsam vorgeschlagen, dass dieses der Umweltausschuss beraten soll.

Wer nun einer Überweisung der Drucksache 20/7948 an den Umweltausschuss zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist einstimmig angenommen.

Die GRÜNE Fraktion beantragt zusätzlich eine Überweisung zur Mitberatung an den Verkehrsausschuss.

Wer diese Drucksache nun noch zusätzlich mitberatend an den Verkehrsausschuss überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist in munterer Uneinlichkeit angenommen worden.

Wir kommen zum Punkt 22, Drucksache 20/7961, dem Bericht des Wissenschaftsausschusses: Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Härte- und einer Wartezeitquote bei der Zulassung zu Masterstudiengängen.

**[Bericht des Wissenschaftsausschusses über
die Drucksache 20/7296:
Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer
Härte- und einer Wartezeitquote bei der Zulas-
sung zu Masterstudiengängen (Senatsantrag)
– Drs 20/7961 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/8150 ein Antrag der CDU-Fraktion vor.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Kein bürokratischer und rechtlich zweifelhafter
Schnellschuss bei der Zulassung zu Masterstu-
diengängen!
– Drs 20/8150 –]**

Über diesen lasse ich nun zunächst abstimmen. Die GRÜNE Fraktion möchte den CDU-Antrag ziffernweise abstimmen lassen.

Wer sodann der Ziffer 1 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Ziffer 1 ist abgelehnt.

Wer Ziffer 2 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 2 ist abgelehnt.

Wir kommen nun zum Bericht des Wissenschaftsausschusses aus der Drucksache 20/7961.

Wer der Ausschussempfehlung folgen und das Gesetz zur Schaffung einer Härte- und einer Wartezeitquote bei der Zulassung zu Masterstudiengängen aus der Drucksache 20/7296 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Es bedarf hier einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist erkennbar der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist erkennbar nicht der Fall.

Wer das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Gesetz ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

(Vizepräsidentin Barbara Duden)

Punkt 23, Drucksache 20/7992, Bericht des Innenausschusses: Verlängerung des Glasflaschenverbotsgesetzes und Verlängerung des Glasflaschenverbotes.

[Bericht des Innenausschusses über die Drucksachen 20/7423 und 20/7571:

Verlängerung des Glasflaschenverbotsgesetzes (Antrag der SPD-Fraktion) und Verlängerung des Glasflaschenverbotes (Antrag der GRÜNEN Fraktion)
– Drs 20/7992 –]

Wer zunächst Ziffer 1 der Ausschussempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Ziffer 1 ist angenommen.

Wer sich Ziffer 2 der Ausschussempfehlung anschließen und das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verbot des Mitführens und Verkaufs von Glasgetränkebehältnissen in bestimmten Gebieten aus Drucksache 20/7423 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit angenommen.

Auch hier bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Gesetz ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wer sich darüber hinaus Ziffer 2 der Ausschussempfehlung anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 2 mit Mehrheit angenommen.

Schließlich stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von Ziffer 3 der Ausschussempfehlungen Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zum Punkt 31, Drucksache 20/7999, Antrag der CDU: Klassenwiederholungen und bessere Lernförderung als pädagogische Instrumente.

[Antrag der CDU-Fraktion: Klassenwiederholungen und bessere Lernförderung als pädagogische Instrumente
– Drs 20/7999 –]

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Schulausschuss überweisen.

Wer dem Überweisungsbegehren zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt.

Fünfminutenbeiträge gibt es nicht, das ist die gute Nachricht.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

– Gut natürlich nur im Sinne der Zeitersparnis, das ist klar.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den CDU-Antrag aus der Drucksache 20/7999. Die FDP-Fraktion möchte diesen Antrag zifferweise abstimmen lassen.

Wer sodann Ziffer 1.1 sowie dem dritten Spiegelstrich aus Ziffer 2 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer die übrigen Ziffern des Antrags annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Punkt 34, Drucksache 20/8002, Antrag der CDU-Fraktion: Probleme mit wild lebenden Katzen ernst nehmen.

[Antrag der CDU-Fraktion: Probleme mit wild lebenden Katzen ernst nehmen
– Drs 20/8002 –]

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Gesundheitsausschuss überweisen.

(Zuruf aus dem Plenum: Miau! – Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Wer dem Überweisungsbegehren zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt.

Ich finde, das ist ein ernstes Thema,

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

und deshalb können wir jetzt zur Abstimmung in der Sache kommen.

Wer sich dem Antrag der CDU-Fraktion aus der Drucksache 20/8002 anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Punkt 35, Drucksache 20/8003,

(Vizepräsidentin Barbara Duden)

Antrag der CDU-Fraktion: Hoher Nachfrage an der Schule Strenge in Wellingsbüttel Rechnung tragen.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Hoher Nachfrage an der Schule Strenge in Wellingsbüttel Rechnung tragen
– Drs 20/8003 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/8188 in der Neufassung ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Transparenz bei den Aufnahmeverfahren bei Schulanmeldungen schaffen
– Drs 20/8188 (Neufassung) –]**

Diesen Antrag möchte die SPD-Fraktion an den Schulausschuss überweisen.

Wer dem Überweisungsbegehren folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist angenommen worden.

Wir kommen nun zum Antrag der CDU-Fraktion aus der Drucksache 20/8003. Mir ist mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der Fraktion der CDU und der LINKEN hierzu gemäß Paragraph 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. Herr Thering bekommt es für maximal fünf Minuten.

Dennis Thering CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass zu später Stunde mein vorheriger Antrag zu den wild lebenden Katzen noch für so viel Erheiterung gesorgt hat; das ist gut.

Jetzt haben wir ein weiteres wichtiges Thema, und ich hoffe, dass Sie dieses Thema etwas ernster nehmen. Wir hätten uns gern diesen Fünfminutenbeitrag im Sinne der zukünftigen Erstklässlerinnen und Erstklässler an der Schule Strenge erspart. Gegen jegliche Vernunft wollen Sie unseren Antrag zur einmaligen Einführung eines vierten Klassenzuges an der Schule Strenge ablehnen. Natürlich ist die Zügigkeit normalerweise nicht Thema in diesem Hause. Da Sie aber Ihren Schulentwicklungsplan einfach schlecht gemacht haben und in dem Punkt nicht bereit waren nachzubessern, blieb uns leider an dieser Stelle nichts anderes übrig.

(Beifall bei der CDU)

Bei 102 Anmeldungen in der letzten Anmeldeunde kam es zu sage und schreibe 33 Ablehnungen. Die Schulleitung, der Elternrat, die betreffenden Eltern und die CDU-Fraktion setzen sich für einen vierten Klassenzug ein. Die Folgen für die abgelehnten Kinder sind fatal. Nicht nur, dass Senator Rabe und die SPD-Fraktion soziale Bindungen der zukünftigen Erstklässler aufbrechen, nach Vorstel-

lung der Schulbehörde müssen sechsjährige Kinder, die in unmittelbarer Nähe der Schule Strenge wohnen, zukünftig bis zu 4 Kilometer Fußweg auf sich nehmen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist nicht mehr der neueste Stand!)

Meine Damen und Herren von der SPD, das kann doch wohl auch nicht in Ihrem Sinne sein. Liebe SPD, wo bleibt hier das Motto Ihres Senators "Kurze Beine, kurze Wege"? Das müssen Sie uns erklären, Herr Rabe. Es ist den sechsjährigen Kindern schlichtweg nicht zuzumuten, diese Strecke über zahlreiche Hauptverkehrsstraßen auf sich zu nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, geben Sie sich im Sinne der zukünftigen Erstklässler in Wellingsbüttel einen Ruck und stimmen Sie unserem Antrag zu. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Holster.

Lars Holster SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Thering, Sie sind ein engagierter Wahlkreisabgeordneter,

(Beifall bei der CDU)

und ich kann auch sehr gut verstehen, dass Sie sich hier für den Wahlkreis Wellingsbüttel und auch für die Grundschule Strenge einsetzen.

(Katharina Wolff CDU: Ist doch prima!)

Ich kann Ihnen versichern, dass auch die SPD-Fraktion und der Senat in engem Kontakt mit den betroffenen Eltern sind. Auch wir werden weitere Gespräche mit den Eltern führen, um zu guten Lösungen mit den betroffenen Eltern zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Die Schulzuweisungen für Hamburgs Schülerinnen und Schüler sollten aber grundsätzlich nicht hier in der Bürgerschaft erfolgen.

(Robert Heinemann CDU: Ach nee! Ist Ihnen das unangenehm, oder was?)

Wir sollten das Thema Aufnahmeverfahren bei Schulanmeldungen aber grundsätzlich unabhängig von Einzelfällen im Schulausschuss diskutieren. Deshalb haben wir auch ausdrücklich dem Antrag der Fraktion DIE LINKE zugestimmt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der CDU-Fraktion aus der Drucksache 20/8003 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 37 der Tagesordnung, Drucksache 20/8016, dem Antrag der GRÜNEN Fraktion: Arbeitsbedingungen für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter nachhaltig verbessern!

**[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
Arbeitsbedingungen für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter nachhaltig verbessern!
– Drs 20/8016 –]**

Diese Drucksache möchten die Fraktionen der SPD und der FDP an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen. Die FDP-Fraktion beantragt zusätzlich eine Überweisung zur Mitberatung an den Innenausschuss.

Wer einer Überweisung der Drucksache 20/8016 an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist mit Mehrheit angenommen.

Wer diese Drucksache nun zusätzlich mitberatend an den Innenausschuss überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren an den Innenausschuss ist nicht zustande gekommen.

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Roland Heintze, Uwe Lohmann, Dorothee Martin, Barbara Nittrich, Finn-Ole Ritter, Dr. Wieland Schinnenburg, Heike Sudmann und André Trepoll

Wir kommen zum Punkt 39 der heutigen Tagesordnung, der Drucksache 20/8018, Antrag der GRÜNEN Fraktion: Rechtssicherheit für Schülerinnen und Schüler der Hamburger Langformschulen schaffen!

**[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
Rechtssicherheit für Schülerinnen und Schüler der Hamburger Langformschulen schaffen!
– Drs 20/8018 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/8151 ein Antrag der CDU-Fraktion vor.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Übergang von Klasse 4 nach Klasse 5 sichern
– Drs 20/8151 –]**

Die SPD-Fraktion möchte beide Drucksachen an den Schulausschuss überweisen.

Wer einer Überweisung der Drucksache 20/8018 an den Schulausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wer auch die Drucksache 20/8151 an den Schulausschuss überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch diese Drucksache ist überwiesen.

Mir bleibt nur noch festzustellen, dass wir am Ende der heutigen Sitzung angelangt sind. – Danke.

Ende: 21.32 Uhr

Anlage

Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO

für die Sitzung der Bürgerschaft am 29. Mai 2013

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
3 a	7267	Lebensmittelverschwendung in Hamburg
3 e	7410	Klassenwiederholungen und Abschlungen
12	7947	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 13. Februar 2013 – Drs. 20/6677: "Investitionsfonds des Sonderinvestitionsprogramms Hamburg 2010 hier: Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Mehrkosten beim Bau des Wälderhauses"
14	7958	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 5. März 2009 – Drs. 19/2356: "Umgestaltung des Hansaplatzes umsetzen!"
15	7959	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 13. September 2012 – Drs. 20/5114: "Wohnraumförderung zukunftsfähig gestalten – Mittel aus dem Entflechtungsgesetz weiterhin zweckentsprechend einsetzen!"
16	7889	Bericht des Verkehrsausschusses
17	7936	Bericht des Verkehrsausschusses
18	7894	Bericht des Schulausschusses
19	7919	Bericht des Stadtentwicklungsausschusses
20	7920	Bericht des Stadtentwicklungsausschusses
21	7921	Bericht des Stadtentwicklungsausschusses
24	7993	Bericht des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration
25	7888	Bericht der Härtefallkommission

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
4	7581	Traumjob Wissenschaft? Zur Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses und allgemein des akademischen Personals an den Hamburger Hochschulen (II)	SPD	Wissenschaftsausschuss
9	7909	Stellungnahme des Senats zu den Ersuchen der Bürgerschaft vom 29. März 2012 "Verbesserungen zur Attraktivitätssteigerung in der Kindertagespflege" (Drucksache 20/2145) und "Keine weiteren Hürden für die Kindertagespflege in Hamburg – Senat muss sich für unbürokratische Regelung bei der Umsetzung der EU-Hygienevorschriften einsetzen" (Drucksache 20/2825)	CDU	Familien-, Kinder- und Jugendausschuss

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
30	7997	Einführung von Spracherkennungsprogrammen in Dienststellen der Freien und Hansestadt Hamburg	SPD und FDP	Haushaltsausschuss
32	8000	Finanzielle Situation der Rechtsreferendare verbessern	SPD und FDP	Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung